Volkswille

ORGAN FUR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 145 | Gelsenkirchen, Mittwoch, den 25. Juni 1930 | 12. Jahrgang

Kalte Privatisierung

Die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen eine Beute des Privatkapitals

Die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen haben aufgehört, eine kommunale Versorgungsgesellschaft zu sein. Nach zum Teil recht scharfen Auseinandersetzungen haben am Dienstag Aufsichtsrat und Generalversammlung mit Mehrheit einem Vorschlag der Generaldirektoren (Vorstand der Gesellschaft) zugestimmt, der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft vorsieht, in der künftig ein deutsch-amerikanisches Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank 50 Prozent der Aktien besitzen und damit praktisch die Führung haben wird.

Das Gesellschaftskapital der V. E. W. betrug 75 Millionen Mark, von denen aber erst rund 60 Millionen Mark eingezahlt sind. Nach Umwandlung in eine Aktiengesellschaft soll das Kapital auf 120 Millionen Mark erhöht werden. 60 Millionen Mark erhalten die bisherigen Gesellschaftsträger (mit Ausnahme einer geringen Beteiligung des preußischen Staates durchweg Kommunen und kommunale Verbände), 60 Millionen Mark werden der Deutschen Bank zu treuen Händen gegeben. Dafür wird der neuen Aktiengesellschaft zunächst befristet bis 1. 1. 1934 ein Schuldscheindarlehn in Höhe von 66 Millionen Mark gegeben, Zinsfuß 6½ Proz., Auszahlung 92. Nach Durchführung dieser Aktion ist die Herausgabe einer weiteren Tranche der Amerika-Anleihe in Höhe von 10 Millionen Dollar in Aussicht gestellt. Die amerikanischen Anleihegeber stellen auch in erster Linie die Mittel für das Schuldscheindarlehn zur Verfügung. Das Schuldscheindarlehn und gegebenenfalls die weitere Anleihe sollen verwendet werden zur Abstoßung von kurzfristigen Schulden, die rund 80 Millionen Mark betragen, und für den weiteren Ausbau der Werke.

1934 kann die Bankengruppe die Zurückzahlung des Schuldscheindarlehns fordern. In erster Linie aber ist daran gedacht, die Rückzahlung durch Hergabe der neuen Aktien zu leisten, die mit 110 Prozent angerechnet werden. Das Konsortium hat ein Anrecht auf die volle Uebernahme der neuen Aktien. Ohne seine Einwilligung kann also die kommunale Gruppe, um sich eine Mehrheit von dem 120 Millionen Mark betragenden Aktien-Kapital zu sichern, keine dieser neuen Aktien erwerben. Ausdrücklich wurde auch von den Bankengruppen abgelehnt, den bisherigen kommunalen Trägern des V. E. W. ein Bezugsrecht auf die neuen Aktien sicherzustellen. Daraus geht klar hervor, daß die Bankengruppe den Vorteil, der mit dem Besitz eines 50prozentigen Aktienpakets verbunden ist, nicht aus der Hand geben will. Die neuen Aktien sollen mit einer Vorzugsdividende von 6½ Proz. ausgestattet werden, wenn 5 Jahre lang nach Herausgabe der neuen Aktien eine Dividende von 8 Prozent ausgeschüttet werden kann, soll der Vorzugscharakter der neuen Aktien fallen.

Diese Regelung zeigt, daß sich die Bankengruppe alle Rechte vorbehalten hat. Sie kann Zurückzahlung fordern, sieht sie aber ein Geschäft in der Uebernahme der Aktien, dann hat sie Anspruch auf die vollen 60 Millionen neue Aktien. Ihre Position ist so stark, daß sie mit ihrem 50prozent. Anteil tatsächlich bestimmend wirken kann. Auch ist damit zu rechnen, daß die Bankengruppe das Aktienpaket weiter verkauft und damit den kommunalen Mitbesitzern der neuen Gesellschaft einen Partner gibt, der diesen recht wenig genehm sein kann.

In der bürgerlichen Presse hört man oft Klagen über „kalte Sozialisierung." Hier hat man ein gegenteiliges Beispiel: Kalte Privatisierung.

Man kann die bisherige Verwaltung des V. E. W. von einer Schuld an dieser katastrophalen Entwicklung nicht freisprechen. Diese Schuld stellen wir fest, obwohl wir wissen, daß ihr bei der starken Expansion der letzten Jahre im allgemeinen kein Vorwurf zu machen ist. Die Vereinigten Elektrizitätswerke wurden 1925 gegründet. Hauptträger waren die Dortmunder Elektrizitätswerke und das E. W. Westfalen (Bochum). Im Laufe der Zeit wurden eine Reihe größerer und kleinerer Werke angeschlossen und das Versorgungsgebiet im Sauer- und Münsterland stark ausgedehnt. Der Stromabsatz wurde mehr als verdoppelt. Grundsätzlich wurde diese Expansionspolitik auch von uns befürwortet, um eine großzügige Elektrizitätsversorgung auf kommunaler Grundlage in Westfalen, aufgebaut auf der Steinkohle, durchzuführen. Eine andere Frage ist aber, ob die Verwaltung bei den einzelnen Angliederungen, besonders in finanzieller Hinsicht, nicht zu „großzügig" war, und ob ihr die zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten nicht hätten Anlaß sein müssen zum Kürzertreten.

Wir wissen, die Verwaltung rechnete damit, daß es ihr bereits im vergangenen Jahr möglich sein würde, eine weitere Tranche der Amerikaanleihe hereinzunehmen. Die Entwicklung auf dem amerikanischen Börsenmarkt machte dies unmöglich. Daraus kann man der Verwaltung keinen Vorwurf machen. Wohl aber konnte erwartet werden, daß die Verwaltung sich alsbald mit dem Aufsichtsrat und den Gesellschaftern in Verbindung setzte, als sie sah, daß die Voraussetzungen für die Finanzierung nicht mehr gegeben waren. Das hat sie nicht getan. Sie wirtschaftete darauf los, bis die kurzfristigen Schulden sich turmhoch angesammelt hatten und verband dann die Mitteilung darüber sofort mit einem Ueberrumpelungsvorschlag zur Umwandlung in eine gemischt-wirtschaftliche Gesellschaft. Es wurden von sozialdemokratischer Seite Vorschläge gemacht, durch Interessierung des Staates die V.E.W. als Besitz der öffentlichen Hand zu sichern. Man muß feststellen, daß die Verwaltung sich nicht nur dagegen aussprach, sondern auch alles tat, um diesen Weg zu sabotieren. Die rosigsten Schilderungen wurden gegeben, was alles zu erreichen wäre auf dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg. Das Endergebnis wurde oben geschildert, es ist katastrophal.

Deshalb lehnten auch die sozialdemokratischen Vertreter im V. E. W. den Vorschlag der Verwaltung ab. Sie forderten Vertagung der Beschlußfassung um vier Wochen. In der Zwischenzeit sollte mit der Bankengruppe nochmals verhandelt werden, um wenigstens ein Bezugsrecht der Gemeinden nach 1934 auf die neuen Aktien sicherzustellen. Falls eine solche Zusicherung nicht gegeben würde, sollten Verhandlungen mit anderen Geldgebern erfolgen. Für diesen Antrag traten auch die Vertreter der Preußen-Elektra im Aufsichtsrat ein. Bei der Abstimmung wurde er auch unterstützt von bürgerlichen Vertretern. Die große Mehrheit aber sprach sich für den Vorschlag der Verwaltung aus. Doch muß hinzugefügt werden, als Vertrauensvotum kann die Verwaltung diese Abstimmung nicht betrachten. Der größte Teil gab seine Zustimmung nur, weil er keinen anderen Ausweg sah.

Der „Vorwärts" schreibt in Bezug auf diese Vorgänge von einem „unerhörten Privatisierungsskandal". Er sagt von dem Vertrag, daß er bewußt als seidene Schnur aufgezogen sei, um auch in der Zukunft den kommunalen Einfluß zu erdrosseln. Ein scharfes Urteil, aber ein Urteil, zu dem Veranlassung vorliegt. Es wird des geschlossensten Auftretens der Kommunen und größerer Wachsamkeit, gepaart mit größerem Mißtrauen gegen die Verwaltung, bedürfen, wenn künftig ein noch weiterer Verlust des kommunalen Einflusses verhindert werden soll.

Diese Entwicklung ist besonders traurig für die Stadt Dortmund, die als größter Gesellschafter ihre Elektrizitätswirtschaft bis zur letzten Lampe in die VEW. eingebracht hat. Der Verlust, der Dortmund droht, war besonders auch für die sozialdemokratische Fraktion Veranlassung, im Stadtparlament einen Antrag zu stellen, der die Vertretung der Stadt Dortmund aufforderte, im Sinne des oben genannten Antrages der sozialdemokratischen Vertreter in der Aufsichtsratssitzung zu stimmen. Der Antrag wurde am Montag abend in geheimer Stadtverordnetensitzung angenommen — bei starker Stimmenthaltung bei den bürgerlichen Fraktionen, die zum Teil völlig direktionslos dieser Situation gegenüber standen. Leider hatte vorher schon der Magistrat einen zustimmenden Beschluß gefaßt, so daß kein übereinstimmender Gemeindebeschluß vorlag. Dieser Umstand führte dazu, daß bei der entscheidenden Abstimmung in der Gesellschafterversammlung der Dortmunder Vertreter sich der Stimme enthielt. Wir glauben, auch im Magistrat wäre eine Mehrheit für die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft nicht zu erzielen gewesen, wenn dort bei der Beratung schon bekannt gewesen wäre, daß die Bankengruppe auf Anfrage nach Sicherung eines Bezugsrechtes der Gemeinden auf die neuen Aktien absolut ablehnenden Bescheid gab. Es war anfänglich von der Verwaltung des VEW. eine Schilderung gegeben worden, als wäre den Gemeinden ganz leicht möglich, neue Aktien zu erwerben.

Die kommunale Wirtschaft in Westfalen hat durch die Umwandlung der VEW. einen harten Schlag erlitten. Hoffentlich ist er ernste Mahnung. Auch für die Zentralstellen. Würde den Kommunen die Aufnahme von Anleihen leichter gemacht worden sein, dann hätte es möglich sein müssen, daß durch eine kommunale Sammelanleihe zum Zwecke der Kapitalerhöhung der privatkapitalistische Einfluß ferngehalten worden wäre.

Steuerdiktat – Artikel 48?

Dietrichs Programm
Zwei- bis dreiprozentiges Beamten-Notopfer

Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Man tat sehr gut daran, auch den Gerüchten, die im Laufe des Dienstag über die Lösung der Krise auftauchten, sehr mißtrauisch gegenüberzustehen. Aber zum Schluß haben sich doch aus dem vielfältigen Gerede einige positive Anhaltspunkte ergeben.

Zunächst: Herr Dietrich ist grundsätzlich entschlossen, trotz der von seiner Fraktion gehegten Bedenken, das Amt des Finanzministers zu übernehmen. Seine Vorbedingung ist nur die, daß das Kabinett seinen Finanzreformprojekten zustimmt, und auch diese Zustimmung scheint sicher, obwohl die Deutsche Volkspartei dem Reichskanzler von ihrer ablehnenden Haltung Mitteilung gemacht hat und man infolgedessen vorläufig nicht weiß, ob sie nicht möglicherweise noch ihren letzten Minister aus der Regierung zurückzieht. Die Vorschläge Dietrichs haben in der Hauptsache folgenden Inhalt:

Er will zunächst nicht das ganze Defizit von 750 Millionen decken, sondern sich in der Hauptsache auf die Sanierung der Arbeitslosenversicherung beschränken. Zu diesem Zweck ist er entschlossen, sich die bisherigen Pläne des Kabinetts im großen und ganzen zu eigen zu machen (Erhöhung der Beiträge, Abbau der Leistungen, Einschränkungen bei der Krankenversicherung). Außerdem beabsichtigt er einen allgemeinen fünfprozentigen Steuerzuschlag auf die höheren Einkommen von 8400 Mark abzulassen und ein zwei- bis dreiprozentiges Notopfer von den Einkommen der Beamten zu fordern. Daneben soll die Schankverkehrssteuer, die auch in den sozialdemokratischen Richtlinien angefordert wurde, in Kraft treten und es erscheint nur noch unklar, ob die eingehenden Beträge den Gemeinden verbleiben oder der Staatskasse zugeführt werden sollen. Auch von einer Aktion zur Preisherabsetzung durch Abänderung der Kartellgesetzgebung ist die Rede. Weiter sollen Ersparnisse in Höhe von 100 bis 120 Millionen am Etat vorgenommen werden.

Das scheint im wesentlichen das Programm zu sein.

Der Regierung nahestehende Kreise verkünden, daß das Kabinett ohne Rücksicht auf die möglichen Konsequenzen zu diesem Programm stehen werde. Nun sind sachliche Erklärungen von diesem Kabinett schon häufig abgegeben worden, aber es sieht fast so aus, als ob dieses Mal ernst gemacht werden sollte.

Angesichts der Haltung der Deutschen Volkspartei glaubt die Regierung nicht mehr an die Möglichkeit einer Erledigung ihrer Vorlagen auf dem geordneten parlamentarischen Wege. Sie will ihre Entwürfe in einem Ermächtigungsgesetz zusammenfassen und da sie mit dem Zustandekommen einer Mehrheit für das Ermächtigungsgesetz noch weniger rechnen kann, droht sie mit dem Artikel 48, der zunächst ohne vorherige Auflösung des Reichstages in Anwendung gebracht werden soll. Erst

wenn eine Majorität des Parlaments von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch macht und die Aufhebung der auf dem Wege des Artikels 48 getroffenen Maßnahmen fordern sollte, will man den Reichstag nach Hause schicken und Neuwahlen ausschreiben.

Möglich, daß sich an alledem noch mancherlei ändert. Jedenfalls aber zeichnen sich die Absichten des Kabinetts durch eine Kühnheit aus, die schließlich auch vor einer Verletzung der Verfassung nicht zurückschreckt. Denn es ist nach unserer Meinung eine Verletzung der Verfassung, Steuern mit Hilfe des Artikels 48 anzuordnen und es ist ein mindestens ebenso schwerer Verstoß gegen sie, das Parlament aufzulösen, wenn es die diktatorischen Verordnungen rückgängig machen will. Wir stehen also vor großen Konflikten und schweren Krisen und es ist nur ein recht geringer Trost, feststellen zu können, daß es wieder

in erster Linie die Deutsche Volkspartei ist, die eine Situation heraufbeschwören will, in der die parlamentarische Demokratie den denkbar schwersten Gefährdungen ausgesetzt ist.

Wie die „Vossische Zeitung" erfahren haben will, soll eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem Führer der Deutschen Volkspartei, die gegen Abend stattgefunden hat, er-

gebnislos verlaufen sein. Das Ausscheiden der Deutschen Volkspartei aus der Regierung gilt, wie das Blatt meldet, als gewiß.

Der „Abend", die Spätausgabe des „Vorwärts", teilt mit: In Ermangelung positiver Nachrichten über die weitere Entwicklung der politischen Lage werden von Vertretern der bürgerlichen Presse allerhand Gerüchte über Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und Vertretern der sozialdemokratischen Partei kolportiert. Man nennt bereits einige Namen führender Sozialdemokraten, die bei einer Umbildung der Regierung in das Kabinett eintreten sollen. Diese Gerüchte entbehren jeder tatsächlichen Grundlage.

Bisher sind keinerlei Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und der Sozialdemokratie geführt worden.

*

Aus der Fraktionssitzung des Zentrums

CNB. Berlin, 24. Juni. (Eig. Meldung.) Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschäftigte sich heute mit der gesamtpolitischen Lage, wie sie durch den Rücktritt Moldenhauers entstanden ist. Besonders stark kritisiert wurde in der Besprechung das Verhalten der Deutschen Volkspartei. Ihr Verlangen, zunächst einmal nur die Sanierung der Arbeitslosenversicherung auf parlamentarischem Wege vorzunehmen und alles andere bis zum Herbst zu verschieben, wurde nicht nur durch den Kanzler, sondern auch durch die Fraktion energisch zurückgewiesen.

Die Zentrumsfraktion soll dem Vernehmen nach auch für den Fall der Neudiktatur mit Hilfe des Artikels 48 hinter Brüning stehen.

Die preußische Regierung zuversichtlich

Berlin, 24. Juni. (Drahtmeldung.) Der Mittwochsitzung des Preußischen Landtages sieht man mit der größten Spannung entgegen. In ihr soll nämlich die namentliche Abstimmung über den preußischen Haushalt für 1930 vorgenommen werden. Diese Abstimmung muß wiederholt werden, weil die Koalitionsparteien durch Nichtabgabe von Stimmkarten den Landtag beschlußunfähig gemacht und dadurch die Verabschiedung des Etats verhindert hatten. Die Regierungsparteien sind, wie die VDZ. hört, der festen Zuversicht, daß die notwendige Stimmenzahl von ihnen allein am Mittwoch aufgebracht wird. Demokraten und Sozialdemokraten werden vollständig zur Stelle sein, vom Zentrum sollen nur zwei Mitglieder durch Krankheit am Erscheinen verhindert sein. Die sozialdemokratische Fraktion zählt im Preußischen Landtag 138 Stimmen, das Zentrum 71, die Demokraten 21. Die Regierungsparteien haben also 230 Mandate. Zur Beschlußfähigkeit des Hauses sind, da der Preußische Landtag insgesamt aus 450 Abgeordneten besteht, 226 Abgeordnete notwendig. Es müßte also den Regierungsparteien allein schon gelingen, das Haus beschlußfähig zu halten. Die Gefahr ist auch deshalb nicht so groß, weil schon in der letzten Abstimmung Abgeordnete der Deutsch-Hannoveraner, der Volkspartei und des Christlich-Sozialen Volksdienstes sich an der Abstimmung beteiligt haben. Wenn sie auch nicht vollzählig zur Stelle sein werden, dürfte auch bei den Parteien der Rechten, besonders auch nach den Erfahrungen der Sachsenwahlen, wenig Neigung bestehen, im Sommer es zu Landtagswahlen kommen zu lassen. Deshalb rechnet man bestimmt nicht mit einem neuen Obstruktionsversuch in der Mittwochsitzung. Die preußische Regierung selbst ist ihrer Sache so sicher, daß sie, wie von maßgeblicher Seite verlautet, die Möglichkeit einer Landtagsauflösung noch nicht einmal erörtert hat, geschweige denn, daß Vorbereitungen dafür getroffen worden sind.

Aus Kreisen der Deutschen Volkspartei wird erklärt, man werde der Regierung die Verabschiedung des Etats nicht erleichtern. Der Fraktionsvorstand dieser Partei wird sich am Mittwoch früh noch einmal mit dieser Frage beschäftigen.

Erhöhung der Grundvermögensteuer vom Staatsrat genehmigt

VDZ. Berlin, 24. Juni. (Drahtmeldung.) Der Preußische Staatsrat genehmigte am Dienstag nach längerer Debatte die Erhöhung der staatlichen Grundvermögensteuer. Der Vorlage zur Bereitstellung von 15,8 Millionen Reichsmark für die Sanierung und Fortführung der Schichauwerke wurde zugestimmt; ebenso der weiteren Vorlage, wonach der niederschlesischen Bergbau A.-G. ein Kredit von 5,5 Millionen Mark gewährt werden soll.

Streichungen am Etat des Auswärtigen Amtes

VDZ. Berlin, 24. Juni. (Drahtmeldung.) Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm am Dienstag eine Reihe erheblicher Streichungen an dem Etat des Auswärtigen Amtes vor. Zunächst wurden drei neue Botschafterstellen in Rio de Janeiro, Santiago und Buenos Aires gegen die Stimmen der Demokraten und der Deutschen Volkspartei gestrichen. Ein Antrag, auch den Botschafterposten beim Heiligen Stuhl zu streichen, wurde abgelehnt. Im Besoldungsplan des Auswärtigen Amtes wurden rund 2¾ Millionen Mark an Auslandszulagen gestrichen. Bei den persönlichen Verwaltungsausgaben der Vertretungen des Reiches im Auslande wurden rund ½ Millionen Mark gestrichen. Der Posten für die Gesandtschaft in Tirana wurde ebenfalls gestrichen. In Tirana soll ein Konsulat errichtet werden.

Die Sammelschulen

Der Staatsgerichtshof weist die Deutschnationalen ab

Leipzig, 24. Juni. (Drahtmeldung.) In der verfassungsrechtlichen Streitsache der Deutschnationalen Volkspartei im Preußischen Landtag gegen das Land Preußen wegen Nichtigkeitserklärung von Maßnahmen zur Bildung von religionslosen Sammel-Klassen und Schulen hat der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich sämtliche Anträge der Landtagsfraktion zurückgewiesen.

Katastrophale Arbeitsmarktlage

Berlin, 24. Juni. (Drahtmeldung.)

In der ersten Hälfte des Monats Juni hat sich, nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung in der Zeit vom 1. bis 18. 6. 1930 der Rückgang der Belastung des deutschen Arbeitsmarktes und der Arbeitslosenversicherung noch weiter abgeschwächt. Die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, die in der ersten Hälfte des Monats Mai noch um rund 130 000, in der zweiten Hälfte um 80 000 abgenommen hatte, ist in der Berichtszeit nur noch um 45 000 geringer geworden. Dem steht nicht nur ein weiteres Anwachsen der Krisenunterstützung um rund 13 000 gegenüber, sondern auch die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden hat — zum ersten Mal wieder seit Anfang März — eine geringe Erhöhung, um etwa 12 000, gefunden. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug, nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter, am 15. Juni in der Arbeitslosenversicherung 1 505 804, in der Krisenunterstützung 351 984. Die Summe beider Zahlen liegt mit annähernd 1 858 000 um 900 000 über der entsprechenden Summe des Vorjahres. Die Ueberlagerung der Unterstützungsziffer ist mithin gegenüber dem Stand des 1. 6. (875 000) weiterhin, wenn auch langsam angewachsen.

Stinnes der Zweite

Neuauflage des Kriegsanleiheprozesses

Berlin, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Von unserem Korrespondenten

Berlin-Moabit hat einen großen Tag. Es erscheint Herr Hugo Stinnes junior, umgeben von zahlreichem Gefolge, teils Mitangeklagten, teils Rechtsanwälten, um sich aufs neue wegen seiner dunklen Kriegsanleihemanipulationen, die im Mai 1927 zu einem Riesenprozeß mit anschließendem Freispruch geführt haben, zu verantworten. Man munkelte seiner Zeit, daß der Prozeß Stinnes endgültig begraben werden solle, um nicht ein für die verschiedensten Leute sehr gefährliches Exempel statuieren zu müssen. Die Unterirdischen, die dem Kriminalfall Stinnes das Grab schaufeln wollten, waren jedoch nicht mächtig genug. Nach sichtlichem Zögern entschloß sich die Staatsanwaltschaft, das Verfahren wieder aufzunehmen.

In dem seiner Zeit vom Gericht gefällten Freispruch waren allerdings einige Flecken auf der schönen Millionärsweste des betriebsamen Junior zurückgeblieben. So hatte das Gericht u. a. festgestellt, daß die geschäftlichen Aktionen, die Herr Stinnes in Sachen Kriegsanleihe durchgeführt und an denen er ein Vermögen verdient hat, nicht den „Gepflogenheiten ehrsamer Kaufleute" entsprochen hätten. Es bestände ein schwerwiegender Verdacht, daß Hugo Stinnes schon von Anfang an über den betrügerischen Charakter seiner Geschäfte orientiert gewesen sei und in der bewußten Absicht gehandelt habe, den Staat zu betrügen. Da allerdings der letzte Zweifel, ob Schuld oder Nichtschuld vorlag, dem Gericht nicht gänzlich behoben schien, kam es vielleicht in allzugroßer Gewissenhaftigkeit zu einem Freispruch, der allgemeines Kopfschütteln erregte. Sicherlich war das Urteil vom Mai 1927 für Herrn Stinnes und seine Komplizen, moralisch gewertet, eine Stäupung, wie sie vernichtender nicht gedacht werden kann. Da aber auch gutsituierte Kaufleute im allgemeinen über robuste Nerven zu verfügen pflegen, wird das Herrn Stinnes die Ruhe nicht allzusehr geraubt haben.

Warten wir ab, was das Berufungsgericht für ein Urteil abgibt.

Sie sind fast alle erschienen, die Herren, die uns aus dem ersten Prozeß nur zu gut bekannt sind. Alle Konfessionen, alle Schichten, sozusagen alle Nuancen des Merkantilismus auf Schleichwegen sind vertreten. Neben dem blonden streng arischen Herrn von Waldow sitzt Herr Bela Groß, ein Typ östlicher Prägung. Neben dem großen Stinnes der findige lauernde Herr Hirsch, Typ des internationalen Geschäftsmachers jeder Form. Wie man sieht, war der Sohn ebenso liberal wie der Vater, wenn es um das Geschäft ging. Nur zwei Männer, die wir ebenfalls gern in unserer Mitte gesehen hätten, glänzen durch Abwesenheit, der eine ist Herr Eugen Hirsch, wohl der betriebsamste im dritten Rang der kleinen Sünder. Er mußt häufig drei, vier Sachen auf einmal, kein Wunder, daß ihm dabei häufig ein etwas dunkles Dessin unterläuft. Der andere ist eine kleine Berliner Lokalberühmtheit, Herr Schneidt, ein wettergefester breitschultriger Genießer, der sich seiner Zeit einen Namen dadurch gemacht hat, daß er sich mit dem treuesten seiner Garde in einem Vergingungsetablissement des Berliner wilden Westens verbarrikadierte, als ihn Gerichtsvollzieher und Offenbarungseide ans Licht der Oeffentlichkeit schleppen wollten.

Herr Stinnes, den auch dieses Mal Rechtsanwalt Alsberg, Spezialist für millionenschwere Fälle, vertritt, hat sich nicht verändert. Noch immer hat er die scheu in sich verkrampfte Art, das merkwürdige greifende Zucken der nervösen Hände, den harten, stumpfen Blick der bläßlichen Augen und die zergrübelte Stirn eines Menschen, der mit sich selbst im ständigen Kampfe liegt. Wenn er etwas sagt, so klingt die Stimme hohl, wie abwesend. Man hat das Gefühl, daß der Angeklagte mit seinen Gedanken immer ganz wo anders ist. Hier ist nichts von der glutvollen, wenn auch skrupellosen Energie zu spüren, die den Vater auszeichnete. Das ist ein vergrübelter, innerlich entnervter Mensch, inaktiv, mürrisch, verbittert, phlegmatisch, er scheint sich selbst und den andern zur Last zu fallen. Als er damals, wie die Anklage wenigstens behauptet, den Kriegsanleihebetrug beging, tat er es vielleicht aus der Untergangsstimmung jener Menschen heraus, die einem gewaltigen Erbe nicht gewachsen sind und unsicher alles auf eine, wenn auch schmutzige Karte setzen.

Herr Waldow, Wolf mit Vornamen, ist ein Mensch aus alter Aristokratenfamilie und betont das gern mit einer gewissen Selbstverliebtheit; schlank, elastisch, blond, hat er eine unnachahmliche Art, selbst in den heikelsten Situationen sich zu wahren, was er wahrscheinlich die Würde des Gentleman zu nennen pflegt. Wenn er etwas sagt oder auf einen Vorwurf antwortet oder selbst angreift, so tritt in die blauen Augen ein oft geübter Schimmer tiefster Ironie und gutdosierten Blaublütterhochmuts. Er war der Privatsekretär von Hugo Stinnes und glaubt in jeder Beziehung der Betrogene zu sein. Von der Illegalität der Stinnesschen Geschäfte will er keine Ahnung gehabt haben. Alles ging, soweit er seine Hand im Spiele hatte, korrekt, vornehm und solide zu. Aber so forsch und unnahbar das alles klingt und so kühn auch die blauen hochmütigen Augen leuchten, die Sache hat doch einen Haken. Herr von Waldow soll nämlich noch gewisse eigene Geschäfte getätigt haben, die die Staatsanwaltschaft mit einem recht kritischen Auge betrachtet. Bei aller Vornehmheit scheint der Privatsekretär des Herrn Stinnes junior über eine gute, wenn nicht allzugut entwickelte geschäftliche Ader zu verfügen.

Herr Bela Groß, in jeder Beziehung der Widerpart des Herrn von Waldow, war einer von jenen Männern des internationalen Zwischengeschäftes, mit denen Herr Stinnes den Absatz seiner Anleihen regelte. Es handelte sich nun darum, ob Herr Bela Groß von der Fragwürdigkeit der Geschäfte gewußt und ob und inwieweit man ihn verantwortlich machen kann. Herr Bela Groß sieht aus wie ein Philosoph oder wie ein Gelehrter, aber nicht wie ein gerissener Geschäftemacher. Jedenfalls weiß er im Strafgesetzbuch beinahe besser Bescheid wie der Staatsanwalt und wenn er mit selbstzufrieden neckischer Gebärde einen kleinen behördlichen Schnitzer korrigieren zu können glaubt, so strahlt er übers ganze Gesicht.

Vor dem Vorsitzenden, dem Landgerichtsdirektor Tolk, häufen sich die Akten. Auch die Staatsanwaltschaft schwimmt in säuberlich getipptem Papier. Auf der Anklagebank, wo die Herren rund um Stinnes und Stinnes selbst um ihre goldene Freiheit kämpfen, Papier, nichts als Papier ... Um das Papier herum sitzt eine Serie geschickter und erfahrener Rechtsanwälte, bereit, für gutes Honorar alles und auch nichts zu beweisen. Wie wird das Ringen Hugo Stinnes und Genossen ausgehen? Die Staatsanwaltschaft sitzt schon sehr in Schweiß, aber das ist ja schließlich auch kein Wunder, bei plus 33 Grad selbst im Moabiter Gerichtsschatten.

Preußischer Landtag

Bremen-Preußen — Die Schulgelderhöhung

Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtber.)

Der preußische Landtag befaßte sich am Dienstag mit dem Gesetzentwurf betreffend den Staatsvertrag über eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Bremen und Preußen, der kürzlich unterzeichnet wurde und nach den Bestimmungen der Verfassung noch der Genehmigung des Landtages bedarf. Um das Neben- und Gegeneinanderarbeiten der preußischen und der Bremer Häfen zu verhindern, ist in dem Vertrag eine Hafenbetriebsgemeinschaft zwischen Bremen und Preußen gegründet worden. Die Vorlage wurde dem Hauptausschuß überwiesen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte durch den Abgeordneten Leinert ihre Zustimmung zu dem Vertrag erklären lassen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung entfesselte die zweite Lesung des Gesetzentwurfes der Regierungsparteien über die Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen eine längere Aussprache. Der vierte Teil der Erhöhung soll der Begabtenförderung zur Verfügung gestellt werden. Außerdem soll der Staat nach einem Entschließungsantrag der Regierungsparteien aus dem Mehraufkommen noch einmal den dritten Teil, das ist 1 Million, für Erziehungsbeihilfen zur Unterstützung von Arbeiterkursen, Stipendien usw. zur Verfügung stellen.

Die Mittelschulen sollen in die Erhöhung nicht mit einbezogen werden und die sogenannte Geschwisterermäßigung soll sich künftig nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Erziehungsberechtigten richten. In dieser Form wurde der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen.

Am Mittwoch nachmittag werden die Abstimmungen über den Gesamtetat für 1930 in dritter Lesung wiederholt.

7¾ Stundentag im Kohlenbergbau

Abschluß der Ausschußarbeiten in Genf

Genf, 24. Juni. (Drahtmeldung.)

Die Kommissionsarbeiten über die einheitliche Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau ist heute abgeschlossen worden. Eine Konvention, die jetzt der Vollversammlung der Internationalen Arbeitskonferenz zugeht, lehnt sich im wesentlichen an die Vorschläge des Internationalen Arbeitsamtes an. Der Braunkohlenbergbau ist auf einen deutschen Antrag hin aus dem Entwurf herausgenommen worden. Die internationale Regelung der Arbeitszeit beschränkt sich auf den Steinkohlenbergbau, wo nach dem Inkrafttreten der Konvention eine Arbeitszeit von 7¾ Stunden zu gelten hat. Unter die Bestimmungen der Konvention fallen alle die unter Tage beschäftigten Bergarbeiter im Steinkohlenbergbau. Ausgenommen ist das Aufsichtspersonal. Sonntags- und Feiertagsarbeit ist nur in genau festgelegten Ausnahmefällen zuzulassen. Ueberstunden sind nur in ebenfalls genau festgelegten Fällen (z. B. auf Grund von Betriebsstörungen) gestattet.

Ein Antrag der deutschen Regierung, an 60 Tagen im Jahr insgesamt sechzig Ueberstunden aus wirtschaftlichen Gründen zuzulassen, ist von der Arbeitergruppe einstimmig abgelehnt worden. Die Konvention tritt nach dem Entwurf in Kraft, wenn folgende Länder ratifiziert haben: England, Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Polen und die Tschechoslowakei. Die Festlegung der sieben hauptkohlenproduzierenden Staaten ist von Bedeutung im Hinblick auf das spätere Zustandekommen einer internationalen Kohlenkonvention, die eine Marktregelung zum Gegenstand hat. Ob der Konventionsentwurf die Zustimmung der Vollversammlung finden wird, ist noch nicht unbedingt gesagt.

Die Schlesienfahrt des Zeppelin

die am Dienstag stattfand, ist glatt verlaufen. Das Luftschiff nahm von Staaken aus Kurs nach Frankfurt a. d. Oder, flog dann in Richtung Guben über Kottbus, Görlitz, das Waldenburger Bergland nach Breslau und von dort nach Berlin zurück, wo es auf dem Staakener Flugplatz um ½8 Uhr landete. Um 22,35 Uhr startete das Schiff zur nächtlichen Fahrt nach Friedrichshafen.

Nr. 145. 12. Jahrg.
Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Mittwoch, den 25. Juni 1930.

STADT GELSENKIRCHEN

Ist Gelsenkirchen etwa nur ein „vestisches" Hinterdorf?

Vor mir liegt ein Gelsenkirchener Zeitungsblatt vom 21. Mai dieses Jahres. Und was lese ich da? Da steht in einem mit einem Kartenbild versehenen Aufsatz über „das bäderreiche Emscher-Lippe-Land":

„Die geringe Anzahl der Hallenbäder in unserem West (die Sperrung ist vom Schreiber dieser Zeilen) ist bestimmt ein großer Mangel . . . Bisher standen nur zwei Schwimmbadhallen zur Verfügung: das Hallenbad an der Hindenburgstraße in Gelsenkirchen . . . und das nur einbeckige Gladbecker Stadtbad." Ferner: „Im West ist der Landkreis Recklinghausen gut mit Sommerbädern versehen, während die Stadtgebiete im Süden (Gelsenkirchen-Buer, Gladbeck, Bottrop, Osterfeld) die schlechtesten Zahlen aufweisen." Im weiteren Text ist dann die Rede von Marl, Herten, Datteln, Oer-Erkenschwick, Waltrop, Recklinghausen, Bottrop, Osterfeld, Herwest-Dorsten, Gelsenkirchen. Der Leser denkt beim Lesen und nach der ganzen Aufmachung unwillkürlich immer ans West und an vestische Orte. Gelsenkirchen wird für das West geradezu annektiert. Nur einmal ist so nebenbei erwähnt, daß Gelsenkirchen unlängst zum Regierungsbezirk Münster geschlagen worden sei. Auch wird Gelsenkirchens Lob gesungen hinsichtlich des Freibades Grimberg, jedoch im vestischen Rahmen. Und wenn zum Schluß jenes Aufsatzes gesagt wird, daß die Bäder des Westes einen großen Vorteil hätten: „sie lägen für den Verkehr äußerst günstig und seien alle durch die Linien der Straßenbahnen oder Kleinbahnen zu erreichen" — so kommt der fremde Leser auf den Gedanken: Gelsenkirchen gehört zum West! So wird in dem in Frage stehenden Aufsatz Gelsenkirchen eigentlich ohne viel Federlesens dem „West" eingemeindet. Und so leistet der Aufsatz dem in neuerer Zeit mehr und mehr hervortretenden Bestreben, diese und jene Einrichtung, Behörde usw. von Gelsenkirchen wegzunehmen und ins West zu verlegen, sehr gute Handlangerdienste. Gelsenkirchen wird, ob gewollt oder ungewollt, mehr und mehr in eine Aschenbrödelstellung hineinmanövriert, es scheint eben noch gut genug mit seinem Geldbeutel zu sein. —

Uebrigens: Was soll das häufige Betonen — nicht bloß in dem erwähnten Aufsatz — von „West", „vestisch", „Vestanern", dazu noch die gänzlich unbegründete Ankurbelung Gelsenkirchens an das West? In historischen, heimatkundlichen Aufsätzen ist „West", „Mark" usw. durchaus berechtigt. Aber was soll das „West" in neuzeitlichen Ausführungen, bei modernen Einrichtungen? „West" erinnert doch an die Zeit der übelsten deutschen Kleinstaaterei. Und zudem, was den „Vestanern" recht ist, muß doch auch den anderen billig sein. Die Rotthausener können sich also nach vestischem Muster mit ebensoviel Stolz nennen „Stifft-Essendische mit dem ff", die Gelsenkirchener bei jeder mehr oder weniger passenden (oder unpassenden) Gelegenheit „Märker" oder — in Anlehnung an das Wort „Vestaner" — „Markaner", die Hinsbecker „Abtei-Werdener" oder „Werdener Klosterleute", die Styrumer „Herrschaft-Styrumer", die Anholter „Graf-von-Anholter" oder „Bronckhorst-Batenburger", die Bewohner des Ortes Gemen „Herrschaft-Gemener", die Dortmunder mit ihrer reichen geschichtlichen Vergangenheit „Reichsstadt-Dortmundische". Und so könnte man in lieblicher Folge das bunte Tapetenmuster unserer mehr als vormärzlichen Landkarte weiter abrollen lassen. Nein, wir wollen froh sein, daß wir aus dem unglückseligen Kleinkram heraus sind, wir wollen nicht allerkleinststaatliche Leichname konservieren. Wir Gelsenkirchener danken bestens für die uns zugedachte Ehre, so als angehängte „Vestaner" mit verschlissen zu werden. Wir wollen vielmehr zu einer noch viel umfassenderen staatlichen Einheit gelangen. Können aber die „Vestaner" aus ihrer Ur-Ur-Väterhaut nicht heraus, na, dann mögen sie weiter „westen", uns Gelsenkirchener aber mit der uns zugedachten „vestischen" Nebenrolle gütigst verschonen.

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, daß Zweige der Gelsenkirchener Stadtverwaltung nicht frei seien von „vestischen" Anwandlungen. Sollte das der Fall sein, so könnte endlich damit Schluß gemacht werden. G.

Schweres Unglück an der Dessauer Straße

Radlerin schlägt vor ein Auto.

Gestern vormittag, kurz nach 11 Uhr, ereignete sich an der Ecke Bochumer und Dessauer Straße ein schwerer Verkehrsunfall. Ein junges Mädchen kam auf dem Fahrrad aus der Dessauer Straße und hatte vor, in die Stadt zu fahren. An der Ecke bemerkte sie, daß ein Auto sich ihr näherte, und sie gab sich Mühe, diesem Fahrzeug auszuweichen. Ehe es ihr aber gelang, völlig der Gefahr zu entgehen, rannte sie mit voller Geschwindigkeit vor ein anderes Personenauto. Sie stürzte in hohem Bogen auf das Pflaster und blieb hier schwer verletzt liegen. Die Verletzte hat durch den Anprall schwere Kopfverletzungen davongetragen. Sie wurde sogleich ins Knappschaftskrankenhaus eingeliefert. Wir können auf Grund unserer Erkundigungen weiter mitteilen, daß es sich um die am 28. April 1913 geborene Käthe Dawidowski handelt, die hier in der Liboriusstraße 113 wohnt. Sie erlitt bei ihrem Sturz eine Gehirnerschütterung und eine Wunde an der Lippe. Lebensgefahr besteht zur Zeit nicht, und man hofft, die D. wiederherstellen zu können.

Ein gewissenloser Betrüger

In letzter Zeit ist hier ein Mann aufgetreten, der sich an Erwerbslose heranmacht und ihnen erzählt, daß er in der Lage wäre, Arbeit zu beschaffen. Das Fahrgeld zur auswärtigen Arbeitsstelle sowie Geld für die erste Beköstigung ließ sich der Schwindler im voraus zahlen und verschwand dann auf Nimmerwiedersehen. Vor dem Schwindler sei hiermit gewarnt. Sollte er noch fernerhin auftreten, so wird gebeten, sofort die nächste Polizeidienststelle zu benachrichtigen, damit die Festnahme erfolgen kann.

Vom Tode des Ertrinkens gerettet. An einem der letzten Abende fiel die 5jährige Gerda Raß aus der Leopoldstraße, ungefähr 100 Meter östlich der Kanalbrücke, in den Rhein-Herne-Kanal. Die Tante des Kindes, Ehefrau Kowalzik, zog das Kind aus dem Wasser. Hierbei wäre sie selbst beinahe ertrunken, wenn ihr nicht ein junger Mann Hilfe geleistet hätte. Die K. hatte bereits die Besinnung verloren. Sie wurde mit dem städtischen Krankenwagen zu ihrer Wohnung gebracht.

Wichtige Vorlagen zur nächsten Stadtverordnetensitzung

Erhöhte Schlachthofgebühren / Bau von Büroräumen auf dem Schlachthof notwendig
Neupachtung des Flugplatzes auf 15 Jahre? / Bachregulierungen im Stadtteil Buer

Wir haben bereits gestern darauf hingewiesen, daß es am kommenden Freitag eine recht ausgiebige Stadtverordnetensitzung geben dürfte. Wir bringen schon heute einige von den wichtigen Vorlagen im Wortlaut, die ganz gewiß neben den von uns gestern besonders betonten Punkten der Tagesordnung großes Interesse verdienen.

Vom Schlachthof

Infolge verschiedener Neuanschaffungen und Verbesserungen im Schlachthof hat es sich als notwendig erwiesen, in der Gebührenordnung für die Benutzung des Städtischen Schlachthofes folgende Aenderungen eintreten zu lassen:

Für eingeführtes Fleisch soll eine Schlachthofbenutzungsgebühr von 3 statt bisher 2,5 Pfennig je Kilogramm erhoben werden.

Entsprechend der Anpassung der Kühlzellengebühr an die Jahreszeit muß auch für die tageweise Benutzung des Vorkühlraumes eine entsprechende Gebühr erhoben werden, weshalb die Gebühr für eine Laufkatze auf 3 RM, die für einen Haken auf 2 RM pro Tag festzusetzen ist.

Um dem Wunsche einiger Metzger auf monateweise Erhebung der Kühlzellengebühr nachzukommen, ist außer einer Jahresgebühr, die in fünf Raten zu zahlen ist, und wofür die Kühlzelle während des ganzen Jahres benutzt werden kann, eine Monatsgebühr festzusetzen, die entsprechend der Leistung für das Kühlhaus in den Monaten April bis Oktober 18 RM, in den übrigen Monaten 4 RM je Quadratmeter betragen soll.

Die Gebühr für den Pökelraum ist aus dem gleichen Grunde gemäß Vorschlag festzusetzen.

Zu „I Marktgebühren" ist hinzuzufügen, daß die Marktgebühr mindestens für die in den Buchten angeschriebene Zahl der Plätze, auch bei nicht voller Belegung der Plätze, zu entrichten ist.

Zur Rampengebühr ist zu bemerken, daß sie für jeden angefangenen Tag zu bezahlen ist, um ein möglichst sofortiges Ausladen der angekommenen Fleischwagen und damit die Verhinderung von Diebstählen zu erreichen, und um eine schnelle Uebersicht über das zum Verkauf stehende Fleisch zu erzielen. Außerdem sind noch einige weniger wichtige redaktionelle Aenderungen vorgenommen.

Bei der Zusammenlegung der Schlachthöfe hat sich gezeigt, daß am Schlachthof ein empfindlicher Mangel an Büros und an einem geeigneten Aufenthaltsraum für die Fleischergesellen besteht; besonders von der Buerer Metzgern wird der derzeitige Zustand bemängelt. Auch mußten seit einiger Zeit schon die Aufenthaltsräume der Tierärzte und Beamten den Fleischgroßhändlern zur einstweiligen Benutzung überlassen werden. Trotzdem sind noch einige Händler ohne Büro. Diesem nach übereinstimmender Ansicht des gesamten Schlachthofausschusses unhaltbaren Zustand soll durch Umänderung der Garderobenabteilung abgeholfen werden, wo dann statt 8 zur Zeit wenig geeigneter 12 gute Räume zur Verfügung stehen und später ohne erhebliche Kosten jederzeit eine beliebige Anzahl eingerichtet werden kann.

Es wird beantragt, Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Aenderung der Gebührenordnung in der vorgelegten Form und der Einrichtung von Büroräumen wird zugestimmt. Die 28 000 RM betragenden Kosten werden mit 10 000 RM aus ersparten Mitteln für die Erweiterung des Kühlhauses und der Eisherstellungsanlage und im übrigen aus den Schlachthofeinnahmen des Betriebsjahres 1929 bewilligt.

Der Schlachthofausschuß hat sich in seiner Sitzung am 16. April 1930 mit der Gebührenordnung und der Einrichtung von Büros in der dargelegten Form einverstanden erklärt.

J. V.: Sprenger.

•

Neupachtung des Flugplatzes

Erwerb der Anteile der Westdeutschen Fluggesellschaft mbH., Uebernahme einer Bürgschaft für den Westdeutschen Traber-Zucht- und -Rennverein sowie Abschluß eines Pachtvertrages mit den Vereinigten Stahlwerken.

Die Stadt Gelsenkirchen ist mit der Stadt Essen Gesellschafterin der Westdeutschen Fluggesellschaft mbH. in Gelsenkirchen. An der Gesellschaft, die über ein Kapital von 160 000 Reichsmark verfügt, ist die Stadt Gelsenkirchen mit 47 Prozent und die Stadt Essen mit 53 Prozent beteiligt. Der Flugplatz ist Eigentum der Vereinigten Stahlwerke und von diesen bis zum 28. Februar 1932 gepachtet. Zwecks besserer Ausnutzung des Geländes ist ein Teil an den Westdeutschen Traber-Zucht- und -Rennverein verpachtet worden. Die Vereinigten Stahlwerke haben sich das Recht vorbehalten, nach vorhergehender vierteljährlicher Kündigung Geländeteile aus der Pacht herauszunehmen. Von diesem Recht haben sie nunmehr zwecks Erweiterung des Zechenbahnhofs der Schachtanlage Zollverein 4-5 Gebrauch gemacht. Die Aufkündigung ist rechtzeitig erfolgt. Auf dem von den Stahlwerken zurückverlangten Geländeteil hat der Rennverein eine Tribüne sowie Stallungen errichtet, die nunmehr an anderer Stelle des Platzes wieder aufgebaut werden müssen. Zur Deckung der hierzu erforderlichen Aufwendungen haben die Vereinigten Stahlwerke sich bereiterklärt, dem Rennverein auf 5 Jahre ein Kapital von 80 000 RM, 1 Prozent über Reichsbankdiskont verzinslich, zu gewähren, wenn die Stadt die selbstschuldnerische Bürgschaft für Kapital und Zinsen übernimmt. Der Rennverein ist bereit, der Stadt die ihm gehörigen Anlagen und Einrichtungsgegenstände zur Sicherung zu übereignen.

Voraussetzung für diese Regelung ist aber der Abschluß eines neuen, langfristigen Pachtvertrages mit den Vereinigten Stahlwerken. Da die Stadt Essen, die inzwischen über den Flugplatz Essen-Mülheim verfügt, an der Westdeutschen Fluggesellschaft nicht mehr interessiert ist, hat sie sich bereiterklärt, ihre Gesellschaftsanteile im Nennwerte von 85 000 RM der Stadt Gelsenkirchen gegen Zahlung von 20 000 RM zu übertragen. Die Zahlung hätte in zwei zinslos gestundeten Raten von je 10 000 RM am 1. Oktober 1930 bzw. am 1. Mai 1931 zu erfolgen. Der geforderte Preis dürfte insofern angemessen sein, als die auf dem Platz errichteten und der Gesellschaft gehörigen Anlagen — Trabrennbahn, Starterhaus, Toto, Tribüne, Restauration, Stallungen, drei Flugzeughallen usw. —, die einen ursprünglichen Goldmarkgestehungswert von 601 119 RM darstellten, nach erfolgten Abschreibungen in der Goldmarkeröffnungsbilanz vom 1. Januar 1924 mit 162 400 RM aufgeführt werden. Die Gebäude haben einen zeitigen Tarwert von 114 900 RM. Da die Gesellschaft mit Rücksicht auf den baldigen Pachtablauf starke Abschreibungen vorgenommen hat, beträgt der Wert der Anlagen nach der Bilanz vom 31. Dezember 1929 76 538 RM. Die Stadt Essen würde daher bei ihrer Beteiligung von 53 Prozent eine Abfindung von 40 000 RM verlangen können. Neben der Deckung der laufenden Kosten — Pacht an Zollverein, Steuern, Unterhaltung usw. — in Höhe von 17 486 RM wird durch die Einnahmen in Höhe von 25 081 RM ein jährlicher Ueberschuß von 7500 RM erzielt. Es empfiehlt sich daher, den Weg zum Abschluß eines neuen Pachtvertrages mit den Vereinigten Stahlwerken durch Uebernahme der Geschäftsanteile der Stadt Essen freizumachen.

Die Vereinigten Stahlwerke sind bereit, den Flugplatz in Größe von 250,256 Morgen zu einem Pachtpreis von 40 RM je Morgen für weitere 15 Jahre, also bis zum 28. Februar 1947, zu verpachten. Der Stadt wird ein jederzeitiges Kündigungsrecht mit vierteljährlicher Kündigung eingeräumt. Der Abschluß des Pachtvertrages sichert der Stadt die Weiterbenutzung des erst vor kurzem als Verkehrslandeplatz anerkannten Flugplatzes und gewährleistet das Weiterbestehen des Rennvereins, der durch seine Veranstaltungen jährlich viele tausend Fremde nach Gelsenkirchen zieht.

Ich bitte daher, zu beschließen: Es wird zugestimmt:

1. der Uebernahme der selbstschuldnerischen Bürgschaft für ein von den Vereinigten Stahlwerken dem Westdeutschen Traber-Zucht- und -Rennverein auf 5 Jahre zu gewährendes Darlehn in Höhe von 80 000 RM, verzinslich zu 1 Prozent über Reichsbankdiskont;
2. der Uebernahme der Gesellschaftsanteile der Stadt Essen an der Westdeutschen Fluggesellschaft mbH. gegen Zahlung eines Betrages von 20 000 RM, zahlbar in zwei zinslos gestundeten Raten von je 10 000 RM zum 1. Oktober 1930 und 1. Mai 1931; Deckung der ersten Rate aus 77 des Haushalts 1930;
3. dem Abschluß eines Pachtvertrages mit den Vereinigten Stahlwerken über das Fluggelände zum Preise von 40 RM je Morgen bis zum 28. Februar 1947.

J. A.: Dr. Große-Boymann.

•

Bachregulierungen im Stadtteil Buer

Die Stadt Gelsenkirchen-Buer leitet die Abwässer des nördlichen Stadtteils von Buer schon seit vielen Jahren in den offenen Pir-, Hasseler- und Rapphofsmühlenbach. Das gleiche geschieht durch die Bergwerks-Aktiengesellschaft Recklinghausen sowie durch die Gemeinde Westerholt und die Bergwerks-Aktiengesellschaft Hibernia, durch die beiden letzteren allerdings nur in ganz geringem Maße. Die vorausgeführten Bachläufe werden durch diese Abwässer verschlammt und verschmutzt. Die Anlieger erheben deshalb schon seit vielen Jahren mit Erfolg Schadenersatzansprüche gegen die Stadt bzw. die übrigen Verschmutzer. So haben die Verschmutzer beispielsweise im

Jahre 1924 37 995 RM.,
Jahre 1925-26 103 375,68 RM.,
Jahre 1927 40 753,54 RM,
Jahre 1928 32 714,85 RM und im
Jahre 1929 20 024,85 RM

als Entschädigung an die Anlieger der Bachläufe zahlen müssen. Eine große Anzahl von Schadenersatzansprüchen schwebt noch, teils im Ermittelungs-, teils im Prozeßverfahren.

Die Schäden treten vor allem dadurch auf, daß die Bäche beim Uebertreten über die Ufer die angrenzenden Wiesen verschmutzen und so das Gras bzw. Heu verderben. Wiederholt ist auch Vieh eingegangen, das verschmutztes Bachwasser getrunken oder verdorbenes Heu oder Gras gefressen hatte. Die dauernden Schäden drohen auch dadurch größer zu werden, daß die Wiesen durch die ständige Ablagerung von Schmutz und Schlamm verunkrauten. Diesen an sich auch unwürdigen Zustand möglichst bald zu beseitigen, halten deshalb die Verschmutzer für dringend notwendig.

Der Lippeverband hat es übernommen, die fraglichen Bachläufe zu regulieren. Mit dem Pir- und Hasselermühlenbach ist dieses bereits bis zum Hause Lüttinghoff geschehen, der Unterlauf (Rapphofsmühlenbach), an dem die meisten Schäden auftreten, ist aber noch nicht reguliert. Die Regulierung des Rapphofsmühlenbaches erfordert nach dem Projekt des Lippeverbandes zirka 580 000 RM, der erste Bauabschnitt (der Unterlauf), von der Papiermühle in Dorsten bis zur Rapphofsmühle 240 000 RM.

Der Lippeverband ist bereit, diesen Bauabschnitt diesen Sommer durchzuführen, wenn die ihm fehlenden Mittel von den Verschmutzern, und zwar von der Stadt Gelsenkirchen-Buer und der Bergwerks-Aktiengesellschaft Recklinghausen als Darlehn vorgestreckt werden. Das Angebot des Lippeverbandes anzunehmen, liegt im Interesse der Stadt, denn der Lippeverband erhält für diese Arbeiten, wenn sie sofort ausgeführt werden, aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge 6000 Tagewerke, gleich 90 000 RM, so daß nur ein Betrag von 150 000 RM zu finanzieren übrigbleibt. Von diesem Betrag will die Bergwerks-Aktiengesellschaft Recklinghausen, obwohl sie nur mit einem Drittel an der Verschmutzung der Bäche beteiligt ist, die Hälfte darlehnsweise übernehmen, gleich 75 000 RM, so daß auf die Stadt Gelsenkirchen-Buer ebenfalls ein Darlehn von 75 000 RM entfällt. Das Darlehn von 75 000 RM will der Lippeverband mit 7 Prozent verzinsen und spätestens innerhalb drei Jahren zurückbezahlen.

Der Nachteil dieser Regelung liegt allein darin, daß die Stadt das Darlehn nur mit 7 Prozent verzinst erhält, während sie ihrerseits für Darlehn bzw. Anleihen im Durchschnitt 9½ Prozent zu bezahlen hat. Der Zinsverlust stellt sich deshalb auf jährlich 1875 RM, allerdings längstens auf 3 Jahre. Demgegenüber steht ein mit Sicherheit zu erwartendes Nachlassen der Schadenersatzansprüche, die sich augenblicklich im Jahresdurchschnitt auf 30 000 RM belaufen. Da in dem Unterlauf des Rapphofsmühlenbaches die meisten Schäden auftreten, so ist damit zu rechnen, daß diese Schadenersatzansprüche auf 10- bis 15 000 RM zurückgehen, das bedeutet eine jährliche Ersparnis in Höhe von nahezu 20 000 RM, die sich lediglich um 1875 RM Zinsverluste verringert. Weiter ist zu bedenken, daß durch diese Regulierung ein einer Großstadt unwürdiger Zustand beseitigt wird, endlich auch durch die Beschäftigung von Erwerbslosen, die das Landesarbeitsamt zur Pflicht macht, eine Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Die Stadt muß sich jedoch sofort entschließen, weil das Landesarbeitsamt die 6000 Tagewerke nur noch wenige Tage für diese Arbeit reservieren kann, endlich auch die Bergwerks-Aktiengesellschaft Recklinghausen bei einer Verzögerung unter Umständen ihr so günstiges Angebot, die Hälfte des Darlehns an den Lippeverband zu übernehmen, zurückzieht.

Der Hauptausschuß wolle deshalb beschließen:

„Der Hauptausschuß ist damit einverstanden, daß die Stadt dem Lippeverband zum Zwecke der Regulierung des Rapphofsmühlenbachs ein Darlehn von 75 000 RM, verzinslich mit 7 Prozent und Rückzahlung längstens in 3 Jahren, gibt. Der Betrag von 75 000 RM ist der Rücklage für die Schuldenverwaltung — Abschnitt 9 C Nr. 1325 des Haushalts 1930 — zu entnehmen und dieser Rücklage bei Rückzahlung wieder zuzuführen."

J. A.: Dr. Deppermann.

Brandstiftung auf Disings Hof in Bismarck?

Landwirt Kläsner nur wegen Versicherungsbetrugs zu drei Monaten Gefängnis verurteilt

In der Morgenfrühe des 30. Oktober ging das in Gelsenkirchen an der Breddestraße gelegene bäuerliche Anwesen des Landwirts R. Kläsner in Flammen auf. Sämtliche Baulichkeiten, zwei aus Fachwerk errichtete Gebäude, ein Wohnhaus und eine Scheune mit landwirtschaftlichen Maschinen, Einrichtungsgegenständen und den noch vorhandenen Getreidevorräten wurden ein Raub der Flammen. Ein Teil des lebenden Inventars konnte aus dem brennenden Gebäude gerettet werden.

Die Brandkatastrophe erfolgte unter derart ungewöhnlichen Begleiterscheinungen,

daß der Verdacht auftauchte, der Brand sei vorsätzlich angelegt, und zwar fiel der Verdacht der Brandstiftung auf den Landwirt Kläsner, der einige Tage nach der Brandstiftung verhaftet wurde. Auf Grund des im Ermittlungsverfahren zutage geförderten Belastungsmaterials erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den Landwirt, und so gab es jetzt in dreitägiger Verhandlung vor dem Essener Schwurgericht das umfangreiche Nachspiel zu der Brandkatastrophe. Zu der Verhandlung, die unter Vorsitz des Landgerichtsrats Brenken stattfand, waren

nicht weniger als 45 Zeugen

geladen worden. Der Angeklagte wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Ihm wurde nicht allein vorsätzliche Brandstiftung, sondern auch versuchter Versicherungsbetrug zur Last gelegt. Die Staatsanwaltschaft vertrat die Auffassung, daß der Angeklagte Haus und Scheune in Brand gesteckt hat, um sich eine hohe Versicherungssumme zu verschaffen, deren er dringend bedurfte, weil er in wirtschaftliche Notlage geraten war und den Hof räumen sollte.

Das Anwesen, das ein Raub der Flammen geworden ist, liegt in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Bismarck. Es ist ein 50 Morgen großer Bauernhof, bestehend aus Acker- und Wiesenland. Eigentümer des Hofes sind die Mannesmann-Röhrenwerke, Abteilung Bergwerke, in Gelsenkirchen. Der Angeklagte war Pächter. Schon seit Jahr und Tag gab es zwischen ihm und der Eigentümerin Unstimmigkeiten wegen des Pachtzinses und anderer Dinge, und diese Unstimmigkeiten führten schließlich zur Kündigung und zu einem Räumungsprozeß. Am 31. Oktober sollte der Angeklagte den Hof räumen. Ausgerechnet am Tage vor der Räumung ging die Besitzung in Flammen auf. Das Feuer verbreitete sich mit solcher Schnelligkeit über die Fachwerkbauten, daß nur noch Mauerreste stehenblieben. Als es im Vorjahre abermals zur Kündigung und zur Räumungsklage kam, endete der Prozeß vor dem Amtsgericht Gelsenkirchen mit einem Vergleich des Inhalts, daß der Angeklagte sich bereit erklärte, den Hof am 31. Oktober 1929 zu räumen. In der Zwischenzeit hatte er sich zwar bemüht, eine anderweitige Pachtung in der Landwirtschaft zu finden, aber das war ihm nicht geglückt, so daß er sich mit dem Gedanken trug, vorübergehend nach Sterkrade überzusiedeln in der Hoffnung, dort einstweilen bei dem mit ihm befreundeten Landwirt Weber Unterschlupf zu finden. Aber wohin mit dem toten und lebenden Inventar?

Der Hof mußte an dem vereinbarten Termin unweigerlich geräumt werden,

denn er war in der Zwischenzeit anderweitig verpachtet worden, und der neue Pächter wollte am 1. November den Hof übernehmen. So kam der 30. Oktober, der Tag der Brandkatastrophe, heran. Der Angeklagte war in aller Frühe aufgestanden und machte Pferd und Wagen zurecht, um mit seinem Sohn fortzufahren. Angeblich wollte er zu dem Landwirt Weber nach Sterkrade fahren, der ihm bei der Pacht eines Hofes behilflich sein sollte. Seine Frau und die übrigen Familienmitglieder waren auf dem Hofe zurückgeblieben.

Es war um 5.30 Uhr früh, als der Angeklagte von seinem Hofe abfuhr.

Kaum eine Viertelstunde später wurde Alarm geschlagen, die Feuerwehr mobilisiert, denn das ganze Anwesen stand in hellen Flammen. Einer der ersten Beobachter des verheerenden Brandes war ein Schlosser, der auf dem Bahnhof Bismarck beschäftigt ist und eben seine Arbeit antreten wollte. Die Feuerwehr konnte sich nur noch darauf beschränken, eine weitere Ausdehnung des Großfeuers über das Gehöft zu verhindern.

Den Angeklagten erreichte die Nachricht von dem Brande erst einige Stunden später in Sterkrade.

In Begründung der Behauptung, daß der Angeklagte den Brand vorsätzlich angelegt habe, machte der Vertreter der Staatsanwaltschaft in der Verhandlung im wesentlichen folgende Gesichtspunkte geltend: Der Angeklagte befand sich in außerordentlich bedrängter wirtschaftlicher Lage. Den fälligen Schulden gegenüber waren die ihm zur Verfügung stehenden Barmittel ganz unerheblich, trotzdem er einen großen Teil der Erntevorräte zu Geld gemacht hatte. Er mußte das gesamte lebende und tote Inventar vom Hofe mitnehmen, ohne es verwerten zu können und ohne eine anderweitige Pachtung zu haben. Nun hatte er im Mai 1928 bei der Altonaer Feuerversicherungsgesellschaft eine Versicherung abgeschlossen, der einige Monate später noch eine Nachversicherung folgte.

Die Versicherungssumme betrug 30 000 RM.

Es mußte daher für den Angeklagten von größtem Interesse sein, die Versicherungssumme für die wenig wertvollen und veralteten Betriebs- und Einrichtungsgegenstände in die Hände zu bekommen. In dieser Tatsache bestand die einzige Rettung aus seiner bedrängten Wirtschaftslage. Was aber den Angeklagten auch sonst noch in den dringenden Verdacht gebracht hat, sein Pachtgehöft in Brand gesteckt zu haben, ist sein Verhalten bei den Schadenersatzverhandlungen, die mit der Feuerversicherung gepflogen worden sind.

Der Angeklagte hat bei seiner Schadenanmeldung vielfach falsche Angaben gemacht.

Die von ihm geltend gemachten Schadenersatzansprüche beliefen sich auf 21 000 RM. In Wirklichkeit war der Wert des durch den Brand vernichteten Inventars weit geringer. Demgegenüber

bestritt der Angeklagte

mit aller Entschiedenheit, die Tat begangen zu haben. Er macht zu seiner Entlastung geltend, daß in der Nähe des Gehöftes die Eisenbahn entlangfährt und folgert daraus, daß der Brand durch Funkenauswurf aus der Lokomotive verursacht worden sein kann. Der Anklagevertreter bestritt diese Möglichkeit, denn die Entfernung vom Gehöft bis zur Eisenbahn betrage mindestens 200 Meter. Ferner machte er geltend, daß Landstreicher nächtlicherweile in das Gehöft eingedrungen seien und aus irgendwelchen Beweggründen den Brand gelegt haben können. Tatsächlich gelang es dem Angeklagten auch, einen Zeugen beizubringen, der in der Morgenfrühe des fraglichen Tages eine angeblich verwahrloste Person in der Nähe des Bahnhofs Bismarck gesehen haben will. Auch die Hunde auf dem Gehöft des Angeklagten sollen um die fragliche Zeit angeschlagen haben, wie ein Zeuge gehört haben will. Aber auf alle diese Beobachtungen und Bekundungen legt der Vertreter der Staatsanwaltschaft gar keinen Wert.

Mit Sicherheit ergibt die Beweisaufnahme, daß der Angeklagte versucht hat, die Feuerversicherung zu betrügen,

indem er Vorräte, Betriebsmittel und Inventar als durch den Brand vernichtet angegeben hat, die in Wirklichkeit gar nicht vernichtet worden sind. So beanspruchte er beispielsweise Ersatz für große Getreidevorräte, für ein ganzes Heer von Geflügel, die in geringem Umfange vorhanden waren, und was sonst noch an Unregelmäßigkeiten vorgekommen ist. Insoweit ist der Angeklagte freilich zum Teil geständig, aber er will hier nur aus Unkenntnis oder Fahrlässigkeit, nicht aber aus Vorbedacht gehandelt haben. Die Feuerversicherung ist allerdings so vorsichtig gewesen, die bei ihr angemeldeten Schadenersatzansprüche einstweilen nicht auszuzahlen, sondern zunächst den Ausgang des Schwurgerichtsprozesses abzuwarten. Ihr Vertreter war daher auch als Zeuge geladen und hat der dreitägigen Verhandlung bis zum Schluß beigewohnt.

Der erste Verhandlungstag zog sich bis abends um 9 Uhr hin. Am zweiten Tag wurde die Sitzung unterbrochen, weil die Vernehmung eines Knechtes, der zur Zeit des Brandes auf dem Gehöft des Angeklagten beschäftigt war, sich als notwendig herausgestellt hatte. Der Zeuge liegt zur Zeit im Gelsenkirchener Krankenhaus, so daß die gerichtliche Vernehmung, die mehrere Stunden in Anspruch nahm, am Krankenbett erfolgen mußte. Am dritten Verhandlungstag wurde zunächst der letzte Abschnitt der Zeugenvernehmung erledigt. Dann begannen um die Mittagsstunde die Plaidoyers, die sich stundenlang hinzogen. Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtzuchthausstrafe von einem Jahr und neun Monaten und fünf Jahre Ehrverlust. Der Verteidiger erachtete mindestens die Brandstiftung als nicht erwiesen. Der Angeklagte selbst beteuerte in seinem Schlußwort nochmals seine Unschuld und bat, wenn er bestraft werden müsse wegen der Versicherungsangelegenheit, es mit der erlittenen Untersuchungshaft bewenden zu lassen.

Das Gericht erkannte auf Freispruch

mangels ausreichenden Beweises von der Anklage der Brandstiftung und verurteilte den Angeklagten, der heute in Sterkrade bei dem Landwirt Weber wohnt,

wegen versuchten Betruges

auf drei Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind.

Deutscher Metallarbeiterverband, Gelsenkirchen

Wahl der Delegierten zum Verbandstag.

Wir machen unsere Kollegen auf die am Sonntag, dem 29. Juni, von 10 bis 16 Uhr, stattfindenden Wahlen der Delegierten zum Verbandstag aufmerksam. In allen Bezirkslokalen wird gewählt. — Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Die Ortsverwaltung.

STADTTEIL BUER

Singestunde des Städtischen Jugendamtes in Buer

Die Werbung der ersten öffentlichen Singestunde, die Robert Kothe am 21. dieses Monats in Buer abhielt, fand so starke Zustimmung, daß nun eine wöchentliche Singestunde eingerichtet wird.

Die erste Singestunde findet am Donnerstag, dem 26. dieses Monats, 20 Uhr, in der Oberrealschule statt. (Altes Amtsgebäude, Essener Straße.) Das Unterrichtsgeld — eine Reichsmark für den Monat — ist so niedrig festgesetzt, daß weite Kreise teilnehmen können.

Auch solche Jugendliche, die an der öffentlichen Singestunde nicht teilgenommen haben, aber doch gern der Singeschar beitreten wollen, können am 26. dieses Monats, 20 Uhr, erscheinen.

Schwerer Verkehrsunfall

In der Bochumer Straße, Ecke Verbandsstraße, wurde am Dienstagmorgen die Ehefrau Elisabeth Bunge mit ihrem Fahrrade von einem überholenden Motorradfahrer angefahren und schwer verletzt. Die Verletzte, die einen Schulterbeinbruch davontrug, fand Aufnahme im Erler Krankenhaus. Der Motorradfahrer und sein Soziusfahrer trugen leichte Verletzungen davon. Die polizeiliche Untersuchung ist im Gange.

Grasbrand durch Fahrlässigkeit lagernder Personen. Am Forsthaus entstand kürzlich ein Grasbrand. Es verbrannten etwa 60 Ruten. Polizeibeamte und Zivilpersonen löschten den Brand. Es liegt Fahrlässigkeit seitens dort lagernder Personen vor.

Verkehrsunfälle. Auf der Bismarckstraße im Ortsteil Erle ereignete sich am Montagnachmittag durch eigene Schuld des Fahrers ein Motorradunfall. Ein Motorradsportler aus Herne, der sich mit seinem Begleiter auf der Heimfahrt befand, geriet auf vorgenannter Straße ins Schleudern und kam zu Fall. Während der Fahrer selbst nur eine geringe Verletzung davontrug, wurde dem Mitfahrer auf dem Soziussitz recht böse mitgespielt. Dieser trug eine erhebliche Verletzung am Oberschenkel davon und hatte außerdem noch einen zerrissenen Anzug zu beklagen. Das Motorrad wurde nur wenig beschädigt. — Am Dienstagmorgen geriet ein jugendlicher Radfahrer mit dem Vorderrad in die Straßenbahnschienen und kam dadurch zu Fall. Der Junge zog sich eine leichte Armverletzung zu.

Richtfest. Die Bautätigkeit hat im Ortsteil Scholven vorzugsweise mit dem Vorjahre ungefähr gleichen Schritt gehalten. Dies kommt wohl daher, weil auf der Schachtanlage Scholven selbst und an der Berliner Straße größere industrielle Anlagen im Bau begriffen sind. Zur Zeit weht der Richtkranz bei den Neubauten der erst vor einigen Wochen in Angriff genommenen Bergmannssiedlung (38 Wohnungen) an der Berliner Straße. Nunmehr können die Dachdecker und Klempner sowie die Verputzer hier mit ihren Arbeiten beginnen. Wahrscheinlich können die Wohnungen noch vor dem angesetzten Termin (Oktober) bezugsfertig hergerichtet werden.

STADTTEIL HORST

Straßensperrung

Die Markenstraße zwischen Kranefeld- und Wilhelmstraße in Horst-Emscher wird zwecks Aufbringung einer neuen Decke auf die Dauer vom 23. Juni bis 15. Juli für den gesamten öffentlichen Verkehr gesperrt. Die Umleitung des Verkehrs erfolgt durch die Kranefeld- und Wilhelmstraße.

Verschüttet

Der in der Grabenstraße wohnende Arbeiter Hermann Rogalla geriet am Dienstagmorgen gegen 10.40 Uhr an der Ecke Roßheide- und Bonstraße unter zusammenbrechende Erdmassen, die sich infolge Erdarbeiten, die zur Zeit von dem Rheinisch-Westfälischen Wasserwerk dort ausgeführt werden, gelockert hatten. R. zog sich dabei eine schwere Beckenquetschung zu. Die alarmierte Rettungswache überführte den Schwerverletzten ins Horster Krankenhaus.

Büdo Metallputz für alle Metalle

Lebensmittel

zu Serienpreisen

1 Pfd. Polnische 95,
1 Pfd. Weißwurst 95,
1 Pfd. Streichmettwurst 95,
1 Pfd. feine Leberwurst 95,
1 Pfd. Bierwurst 95,
5 Pfd. weiße Bohnen 95,
4 Pfd. Malzkaffee 95,
1½ Liter Salatöl ... 95,
1 Liter Zitronenmost .. 95,
5 Pfd. Burmah-Reis ... 95,
2½ Pfd. Margarine 95,
1 Pfd. Erfrisch.-Waffeln 95,
2-Pfd.-Eimer Apfel-Gelee 95,
2-Pfd.-Eimer Pflaumen-Konfitüre 95,
1 Pfd. deutsch. fett. Speck, ger. 95,
1 Pfd. vollfetter Goudakäse 45% 95,
1 Pfd. frischgebrannt. reinschmeck. Santoskaffee 1.95
1 Pfd. frischgebrannt. hocheiner Caracaskaffee 2.95
3 Fl. 28er Zeller schwarze Katz 3.95

Alsberg

Gelsenkirchen A.-G.

Gerichtliches

Schöffengericht Gelsenkirchen.

Vorsicht ist besser ...

Der Berginvalide S. war in Gemeinschaft mit seinem Sohne Th. in der Nacht zum 3. März von einer Bierreise heimgekehrt, und beide stiegen fröhlich und vergnügt die Treppe ihres Hauses hinauf, um in die Wohnung zu gelangen. Auf der Plattform der ersten Etage aber fühlte S. plötzlich eine Person, und er fürchtete, sie habe sich in das Haus geschlichen, um — es war morgens gegen 5.30 Uhr — irgendeinen Diebstahl auszuführen. Denn erst vor nicht allzu langer Zeit war ein Haufen Wäsche hier gestohlen worden. Er fragte darum die Person nach Namen und Vorhaben, erhielt aber keine Antwort, sondern der Geheimnisvolle riß sich los und wollte die Treppe hinunterlaufen. S. war schnell mit seinem Stock bei der Hand und schlug zweimal kräftig darauflos. Und nun stellte es sich heraus, daß der Unbekannte der Kostgänger Sch. war, der bei einer Familie in dem gleichen Hause in Logis wohnt. Einmal in Fahrt, ließen sich die Teilnehmer nicht mehr halten. Ehe alles endgültig beigelegt war, kam es zu neuen erheblichen Handgreiflichkeiten. S. wurde mit einer Bierflasche zu Boden geschlagen. Die Fensterscheiben des Einwohners, zu dem Sch. geflüchtet war, wurden ebenso wie die Tür eingeschlagen und demoliert. Auch der Arzt mußte kurze Zeit danach in Tätigkeit treten. Das Ende vom Lied ist, daß der A. S. zu 100 RM, der Th. S. zu 50 RM Geldstrafe verurteilt wird.

Ist das der Richtige?

Der Schlosser W. K. aus Wanne-Eickel befand sich am 20. Februar auf dem Wege nach Hause, als er, ohne daß es wohl seine Absicht war, in einen Knäuel Menschen geriet, die wegen verbotener Demonstration verhaftet werden sollten. Einer dieser Sichergestellten ist dann von einem Zivilisten beinahe befreit worden, und dieser versuchten Gefangenenbefreiung soll sich der Angeklagte schuldig gemacht haben. Der Befreite sagt allerdings selbst aus, daß K. als der Täter dieses Deliktes nicht in Frage komme. Der Polizeiwachtmeister nimmt jedoch von seiner Aussage nichts zurück und bleibt dabei, daß er K. bestimmt wiedererkenne. Das Gericht folgte dem Polizeibeamten und hielt den K. für überführt. An Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von acht Tagen muß er 20 RM Geldstrafe zahlen.

Ein Opfer schlauer Agenten.

Der Berginvalide H. L. kam durch Verwandte mit einer Firma in Verbindung, bei der er besseres Fortkommen zu finden hoffte, und bei der er sich um eine Stelle als Warenverteiler bewarb. Er erhielt diese Stelle und gab seinen bisherigen Beruf auf. Vorher hatte er mit dem Generalvertreter der Firma abgemacht, ein gewisses Firum auf jeden Fall zurückbehalten zu dürfen. Eine Weile ging das Geschäft ohne Zwischenfälle, bis auf einmal die Firma von dieser Abmachung nichts wissen wollte und den L. auf Rückzahlung dieses Geldes verklagte. Durch eine Unterschrift hatte L. seine Möbel dieser Firma — wie der Vertreter gesagt hatte, „nur pro forma" — sichergestellt. Als die Firma aber pfänden wollte, hatte er die Sachen schon längst seiner Tochter übereignet. Die Firma stellte daraufhin Strafantrag wegen Untreue und Unterschlagung.

Nr. 145. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Mittwoch,
den 25. Juni 1930.

Krankenkassen-Tagung

Ordentliche Mitglieder-Versammlung des Landesverbandes Westfalen-Lippe des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen e. V. zu Hohenlimburg

Starker Besuch aus allen Teilen Westfalens — Dr. Gerson spricht über die Behandlung der Tuberkulose durch Diät — Glänzende Erfolge bei Hauttuberkulose und Lupus — Kein Abbau der Krankenversicherung — Der Unternehmer-Syndikus Karst-Bielefeld bricht eine Lanze füe den reaktionären Gesetzentwurf — Annahme einer Protestentschließung

Hohenlimburg, 23. Juni. Von außerordentlicher Bedeutung sind die Gegenstände, die auf der Tagesordnung des Sonntag und Montag in Hohenlimburg im Bentheimer Hof tagenden Landesverbandes Westfalen-Lippe des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen stehen. Kein Wunder, daß die Tagung außerordentlich gut besucht ist. Westfalen zählt 99 Krankenkassen mit 442 869 Versicherten, die dem Verbande angeschlossen sind. Hiervon hatten 83 Kassen insgesamt 212 Vertreter entsandt. Unter diesen befanden sich 44 Arbeitgeber, 110 Versicherte und 58 Angestellte. Der große Saal des „Bentheimer Hofes" reichte kaum aus, um die Menge zu fassen. Man saß daher zum Teil in „qualvoll fürchterlicher Enge", was besonders bei der warmen Witterung die Teilnahme an den Beratungen recht anstrengend machte.

Aus den Gegenständen der Tagesordnung ragen hervor der Vortrag des Dr. Gerson, Kassel, über die Diätbehandlung der Tuberkulösen, die Stellungnahme zum Gesetzentwurf über die „Reform" zu der Krankenversicherung und endlich ein Vortrag, der heute gehalten wird, über die Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Krankenkassen. Geleitet wurde die Tagung von dem langjährigen Vorsitzenden van Kessel.

Die neue Methode der Diätbehandlung von tuberkulös Erkrankten, um die sich vor allen Dingen der früher in Bielefeld, jetzt in Kassel-Wilhelmshöhe tätige Arzt Dr. Gerson verdient gemacht hat, hat die lebhafte Kritik der Fachwissenschaft hervorgerufen. Auf dem letzten Tuberkulose-Kongreß wurde die Methode für die Heilung der Lungen-Tuberkulose abgelehnt, was übrigens wohl auch damit zusammenhing, daß die Diät-Therapeutiker dort nicht hervortraten.

Dr. Gerson scheute sich gestern keineswegls, die Schwierigkeiten der Methode und die Grenzen der bisherigen Erfolge freimütig zuzugeben. Das wirkt unbedingt sympathisch. Er verzichtete auch auf eingehende wissenschaftliche Darlegungen und beschränkte sich darauf, seine Erfahrungen mitzuteilen. Entscheidende Erfolge erzielte er bisher mit der Ausheilung von Lupus, Haut- und Knochen-Tuberkulose und zwar meist in Fällen, die von den Aerzten, die nach der klassischen Methode arbeiten, aufgegeben waren. Interessant war seine Mitteilung, daß er in Bielefeld seine ersten Haupterfolge mit Arbeiterpatienten errungen hat, die im Besitze eines Gärtchens waren und von dort frisches Gemüse, „lebendige" Nahrung, zur Hand hatten. Noch ganz in den Anfängen stecken Gersons Versuche mit der Lungentuberkulose. Sein grundsätzliches Ziel ist auch hier, durch nahrungs-chemische Beeinflussung die blutführenden Kapillar-Gefäße zur Neubildung anzuregen und damit die Ausscheidung der Giftstoffe dem geschwächten Körper zu ermöglichen. Die schlichte Persönlichkeit Gersons verfehlte nicht ihren Eindruck auf die Zuhörer. Zweifellos ist er von dem Glauben an den endlichen Erfolg seiner Methode durchdrungen. Er ist der Ansicht, daß die Ernährungsmethode wegen ihrer relativen Billigkeit und unschwierigen Durchführung besonders für die werktätige Bevölkerung in Frage kommt. Ob sein Appell an die Aerzteschaft, sich mit dieser Methode vertraut zu machen, wohl den Widerhall findet, den er verdient?

Ein brennendes politisch-wirtschaftliches Problem berührte der Geschäftsführer Bohlmann-Berlin, als er im Hinblick auf die Tagesordnung des 34. Krankenkassen-Tages, der in Dresden stattfindet, die gesetzgeberische Notgeburt der Krankenversicherungs-„Reform" einer näheren Kritik unterzog. Die einzelnen Punkte dieses Gesetzentwurfs, der nur geschaffen wurde, weil kein anderes Mittel zur „Sanierung" der Arbeitslosenversicherung in den Köpfen der jetzigen Regierung auftauchte. Die Einzelheiten dieses Entwurfs, der die Leistungen der Krankenkassen erheblich beeinträchtigen würde, sind durch die Presse hinreichend bekanntgemacht. Die Regierung hat den Entwurf verabschiedet und er gelangt in den nächsten Tagen an den Reichsrat. Der Geschäftsführer Bohlmann setzte sich eingehend damit auseinander. Wie zu erwarten war, blieben seine Darlegungen nicht ohne Widerspruch. Der Arbeitgeber-Syndikus Karst aus Bielefeld bemühte sich mit großer Wichtigkeit, darzutun, daß dieser Entwurf etwas durchaus Gesundes sei. Er bezwecke eine Reihe von Auswüchsen zu beseitigen. Alle Sozial-Versicherung, so auch die Kranken-Versicherung, könne nicht Selbstzweck sein, und für die Wirtschaft sei sie nur soweit tragbar, als diese Belastungen sie nicht selbst vernichte. Der neue Entwurf sei geeignet, jede unrechtmäßige Inanspruchnahme der Krankenkassen, vor allen Dingen in Bagatell-Sachen, zu verhindern, um damit die Hilfe auf die wirklich Kranken zu beschränken. Es wurde ein wenig dramatisch, als der Gewerkschaftssekretär Scheer auf diese Ausführungen mit dem Hinweis antwortete, daß sie gerade die große Gefahr zeigten, die von der Gegenseite drohe. Im übrigen beschränkte Scheer sich auf kurze weitere sachliche Darlegungen, da die Mittagsstunde schon längst überschritten war. Weiterhin nahm dann noch Bohlmann zu den Karst'schen Auslassungen Stellung. Die Durchbringung einer Entschließung suchte Karst dadurch zu verhindern, daß er auf die Statuten des Verbandes hinwies, nach denen „Politik" dem Verbande verboten sei. Mit großer Genugtuung nahm die Versammlung daraufhin die Entgegnung des Vorsitzenden auf, der meinte, daß es sich hier um eine innerste Angelegenheit der Krankenkassen handele, die mit Politik nichts zu tun habe. Die Protest-Entschließung wurde dann angenommen gegen eine Minderheit von 11 Arbeitgeberstimmen. Mit der Annahme eines weiteren Antrages auf Aenderung der Beschlußorganisation der Mitgliederversammlungen fanden die Beratungen des ersten Tages ihren Abschluß. Die Teilnehmer nahmen dann das Mittagessen ein und fuhren darauf an den Hengsteysee.

Sitzungsbericht

Die ordentliche Mitgliederversammlung des Landesverbandes Westfalen-Lippe im Hauptverband Deutscher Krankenkassen wurde gestern vormittag um 10 Uhr im Bentheimer Hof durch den Vorsitzenden van Kessel eröffnet. Er wies darauf hin, daß die Tagung nach Hohenlimburg verlegt sei wegen der bevorstehenden 700-Jahrfeier. Als besondere Ehrengäste hieß er willkommen den Landrat Dr. Loos-Iserlohn, den Bürgermeister Dr. Goetz, den Landesrat Fix von der Landesversicherungsanstalt Münster, die Oberregierungs-Direktoren Schieren und Schneider vom Oberversicherungsamt Dortmund, den Regierungsrat Breuker vom Arbeitsamt Iserlohn, den Vorsitzenden des Versicherungsamtes Hohenlimburg, Lindenbrink, den Vorstand der Ortskrankenkasse Hohenlimburg, Lindenberg, Stadtrat Dr. Guttmann-Hagen, endlich die hiesige Aerzteschaft, insbesondere Stadtarzt Dr. Hofmann, Sanitätsrat Dr. Hunsdieker und den Vertreter Kornacker vom ZdA., Düsseldorf. Mit kurzen Worten sprach der Redner noch über die augenblickliche wirtschaftliche Krise, die in ihrer Auswirkung auch erhebliche finanzielle Belastungen der Krankenkassen im Gefolge hätte. Der Verlauf des letzten Jahres war keineswegs erfreulich zu nennen. Die große Kältewelle im Jahre 1929 brachte eine erhöhte Krankenziffer und eine unfreiwillige Arbeitslosigkeit mit sich. Aber die Krankenkassen waren gerüstet und konnten den Ansturm bewältigen. Bei dieser Gelegenheit hat sich gezeigt, wie notwendig es ist, Reserven anzusammeln. Weiter beschäftigte sich der Redner mit der Erwerbslosenversicherung, die auf Kosten der Krankenkassen verbessert werden solle. Ebenfalls seien Bestrebungen im Gange, die Krankenkassen zu zwingen, ihre Beiträge zu erhöhen. Diese Maßnahmen bringen Beunruhigung in die Reihen der Versicherten, weil eine Zurückschraubung der Selbstverwaltung die Folge ist. Bei passender Gelegenheit müssen unsere Wünsche geäußert werden, damit die maßgebenden Behörden wissen, wie wir uns die Reichsversicherungsordnung denken. Von der heutigen Tagung erwarten wir fruchtbringende Arbeit im Interesse aller Versicherten.

Landrat Dr. Loos dankte für die Einladung und wies auf die Tatsache hin, daß die Krankenkassen sich in schwieriger Lage befinden. Er ermahnte zu gemeinsamer Arbeit, die allein die Not beheben könne. Er bemerkte dann noch, daß er außer als Landrat als Vorsitzender der Bezirks-Fürsorgeverbände mit besonderem Interesse an den Beratungen teilnehme.

Bürgermeister Dr. Goetz sprach seine Freude aus, daß Hohenlimburg als Tagungsort gewählt sei und machte die Teilnehmer auf die Schönheiten des alten Städtchens aufmerksam. Weiter sprachen Regierungsrat Schieren-Dortmund im Namen des Regierungspräsidenten König, als des Präsidenten des Oberversicherungsamtes, weiter Stadtrat Dr. Guttmann als Vorsitzender des Prüfungsamts der Krankenkassenangestellten. Ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungsträgern Westfalens gab seiner Freude Ausdruck, daß der Angriff auf die Sozialversicherung abgeschlagen sei. Den Schluß der Begrüßungsredner machte der Vorsitzende der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hohenlimburg, Lindenberg, der darauf hinwies, daß bereits vor 20 Jahren, ehe die Gesetzgebung an Krankenversicherungen dachte, in Hohenlimburg die Krankenkasse der Arbeiter und Angestellten begründet wurde als Vorläuferin der jetzigen Ortskrankenkasse. Die Tagung möge die Krankenkassen in ihren Bemühungen um die Volksgesundheit weiter bestärken.

Das Ernährungsproblem in der Medizin

Dr. med. Gerson, Kassel-Wilhelmshöhe, ergriff hierauf das Wort zu einem Vortrage über

„Die Diättherapie der tuberkulösen Erkrankungen".

Der Redner erklärte gleich zu Anfang, daß er frei über seine Erfahrungen der letzten Jahre sprechen wolle ohne vorherige wissenschaftlich-theoretische Ausführungen. Er erinnerte daran, daß das Ernährungsproblem in der Medizin gerade bei den Aerzten der alten Zeit eine ungeheure Rolle gespielt habe. Der berühmteste griechische Arzt, Hippokrates, sei ein Bekenner der Ernährungstherapie gewesen und habe schon gewußt, welchen Einfluß der Standort der Pflanzen auf ihren Nähr- und Heilwert ausmache. Er habe auch gewußt, welche Kräuter bei den einzelnen Krankheiten von ausschlaggebendem Wert waren. Diese feine Kenntnis der Ernährungsheilmittel sei leider verloren. Besonders in der heutigen Zeit einer mehr oder weniger schematischen Rationalisierung sei das Gefühl für die feinen Unterschiede der Pflanzen nicht mehr vorhanden. Auch der große Künstler und Denker Leonardo da Vinci habe sich mit dem Ernährungsproblem befaßt. Unverkennbar seien die ungeheuren Schwierigkeiten dieses Problems, das in den Lebensgrund der Natur hinabreiche und die feinsten Geheimnisse des chemischen Aufbaues der Lebewesen enthalte. Möglich sei hier nur der Weg der praktischen Erforschung. Mehr oder weniger durch Zufall sei er dazu gekommen, der

Heilung der tuberkulösen Erkrankungen auf diättherapeutischem Wege

nachzugehen. In Bielefeld habe er einen Kranken behandelt, der an Migräne und zugleich an Lupus litt. Er machte dann die Feststellung, daß mit der Heilung der Migräne zugleich der Lupus verging. Diese vor 9½ Jahren gemachte Beobachtung sei der Ausgangspunkt seines neuen Vorgehens gewesen. Er habe damals in Bielefeld gewirkt und nur Patienten aus Arbeiterkreisen hätten ihm in der Hauptsache zur Verfügung gestanden. Seine Erfolge seien hier die besten seither gewesen. Er führte dies darauf zurück, daß diese Arbeiter meist einen kleinen Garten hatten, wo sie frisches Gemüse jederzeit leicht gewinnen konnten. Dieses sei ausgewaschen und ausgepreßt und den Kranken verabreicht worden. Die verständnisvolle Hilfe der Arbeiterfrauen sei ihm hierbei von großem Werte gewesen. Es handelte sich hier in der Hauptsache darum, die wirksamsten Komponente aus den Nahrungsmitteln zu finden. Untersuchungen hierüber lasse er in Kassel durch mehrere Chemiker anstellen. Allerdings werde es sicher noch Jahrzehnte dauern, ehe diese Fragen einigermaßen geklärt werden könnten. Zunächst ständen nur die praktischen Erfolge zur Verfügung.

Dr. Gerson wandte sich dann dem Problem der Hauttuberkulose zu, die bisher am besten auf die Diättherapie reagiere. Bemerkenswert war seine Feststellung, daß in einem anscheinend sehr hartnäckigen Falle von Lupus, der fast ein Jahr erfolglos mit Diät behandelt wurde, verblüffenderweise das Zigarettenrauchen der Patientin bezw. das Nikotin sich als das Hemmnis der Heilung erwiesen habe. Was die Knochentuberkulose betreffe, so spiele hierbei der Gehalt der Knochensubstanz an Salz eine entscheidende Rolle. Hiervon hänge die Abwehrmöglichkeit des Giftstoffes ab. Die Diättherapie suche den Prozeß der Salzablagerungen im Körper auszugleichen und dadurch auch das Knochengewebe relativ freizumachen. Wenn aber hier seine Erfahrungen gegenüber dem Lupus schon geringer seien, so müsse er bezüglich der Lungentuberkulose noch weitere Einschränkungen machen. Es seien hier Erfolge vorhanden, jedoch bedürften diese eingehender Nachprüfungen. Dieses Gebiet sei am meisten umstritten. Der letzte Tuberkulose-Kongreß in Norderney sei zu einem ablehnenden Standpunkt gekommen. Die Schwierigkeit der Sache liege aber in den äußerst komplizierten Vorgängen in den Geweben des menschlichen Körpers. Der Kernpunkt sei hier die Anregung neuer Gefäßbildung durch Kapillarröhrchen, deren Verkümmerung den Bakterien weiteste Ausdehnung gestatte. Wenn ihm vorgeworfen worden sei, daß er die Kranken von den wertvollen Methoden der klassischen Therapie, wie Pneumotorax usw. abhalte, so müsse er sagen, daß ihm meistens Fälle gebracht wurden, die diese Behandlung schon hinter sich hatten. Gerson berechnete, daß die Nahrung, so wie er sie für die Kranken zusammenstelle, auf 2.— Mark bis 2.50 Mark komme und daher gerade für die Arbeiter Bedeutung habe, zumal, wenn man den Preis der üblichen Arzneien bedenke.

Der Redner zeigte dann eine Reihe von Tabellen im Lichtbild, die leider technisch nicht besonders gut herauskamen, um die Art der Ernährung und einige Erfolge in einzelnen Fällen zu demonstrieren. Zum Schluß richtete er an die Aerzte die Bitte, dieser neuen Methode, die schon sehr schöne Erfolge habe, ihre Aufmerksamkeit nachdrücklichst zu schenken.

Der nächste deutsche Krankenkassentag in Dresden

Auf der Tagesordnung stand als weiterer Punkt die Stellungnahme zur Tagesordnung des 34. Deutschen Krankenkassentages. Geschäftsführer Bohlmann-Berlin übernahm das Referat. Er teilte zunächst mit, daß Dresden als Tagungsort gewählt sei wegen der dort befindlichen Hygiene-Ausstellung. Er machte dann die Teilnehmer mit den Themen der Vorträge bekannt, die auf der Tagung gehalten werden sollen. Unter diesen befinden sich solche über Sozial-Hygiene (Heilschutz, Mutterschutz, Kinderfürsorge etc.), der die Krankenkassen stets besonderes Interesse gewidmet hätten. Weitere Vorträge betreffen neue Heilmittel, die rheumatischen Erkrankungen, die Psychoanalyse und Psychotherapie, endlich das Problem der Arbeitsgemeinschaften, das immer dringender werde. Bohlmann wandte sich dann zu den Vorgängen auf sozialpolitischem Gebiet, wie sie in letzter Zeit hervorgetreten sind. Es mache sich eine starke rückläufige Bewegung bemerkbar. Statt 40 Millionen Mark seien z. B. nur 20 Millionen Mark für die Invalidenversicherung bereitgestellt worden. Wenn auch zu befürchten sei, daß auf dem Gebiet der Sozialpolitik eine schwere Zeit kommen werde, so müsse die Arbeit des Verbandes umso intensiver werden. Der Redner ging dann im einzelnen den Gesetzentwurf zur Reform der Krankenversicherung durch, wie er vom Kabinett verabschiedet worden ist und in Kürze dem Reichsrat zugehen wird:

Die wichtigsten Punkte sind folgende **Der Erwerb von Grundstücken durch die Krankenkassen wird den örtenlichen Instanzen untersagt und an eine Zentralbehörde überwiesen. In fünf Jahren soll kein Gebäude mehr gebaut werden, obschon doch offenbar gerade die Krankenkassen mit ihrem starken Publikumsverkehr gute Räumlichkeiten nötig haben. Von einschneidender Bedeutung ist die Bestimmung, die die Versicherungsberechtigung auf ein Gehalt von 8400 Mark begrenzt, ferner den Höchstgrundlohn von 10 Mark auf 9 Mark herabgesetzt. Durch solche Bestimmungen werde zweifellos die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen sehr erheblich herabgesetzt. Die Bestimmung, daß Krankengeld nur werktäglich gezahlt werde, bedeute eine Beschneidung der Krankengeldversorgung um 15 bis 20 Prozent. Untragbar sei es ebenfalls, wenn vom Kranken ein Zuschuß von 50 Prozent auf die Arzneimittel und eine Krankenscheingebühr von 1 Mark gefordert werde. Bekanntlich hätten die Krankenkassen selbst in letzter Zeit bestimmte Forderungen betreffs einer Reform der Sozialversicherung gestellt. Außerdem seien die Versicherungsvertreter für eine gewisse Rationalisierung und Zusammenfassung der Kräfte eingetreten. Der erwähnte Gesetzentwurf hänge nun zweifellos mit der großen Denkschrift zusammen, die die Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Regierung unterbreitet habe und der anscheinend die Regierung ein allzu williges Gehör geschenkt habe. Diese Vorschläge aber würden einer planmäßigen Gesundheitsfürsorge, wie sie die deutschen Krankenkassen verfolgten, äußerst abträglich sein. Sie ständen auch im Widerspruch mit den Richtlinien, die die Regierung vor kurzem selbst herausgegeben habe. Das Ganze sei nur ein Notbehelf, um der Arbeitslosenversicherung unter die Arme zu greifen. Zu diesem Zwecke müßten bei der Krankenversicherung 300 Millionen Mark eingespart werden. Der Gesundheitszustand des deutschen Volkes werde, wenn der Gesetzent-**

wurf durchkomme, einen erheblichen Rückschlag erleiden. Der Hauptverband werde sich gegen diese Verschlechterungsabsichten mit aller Gewalt widersetzen und habe u. a. eine große Kundgebung für nächsten Donnerstag in Berlin angesetzt.

Der Redner besprach dann noch die aktuelle Frage der Umgestaltung der inneren Organisation des Hauptverbandes und zwar den Antrag, die Zahl der beschlußfähigen Vertreter in den Mitglieder-Versammlungen auf 300 festzusetzen. Er trat für diesen Antrag ein.

Der Unternehmer-Syndikus vertritt die Interessen seiner Auftraggeber

Der Vorsitzende eröffnete hierauf die Aussprache. Es meldete sich zunächst der Arbeitgeber-Syndikus Karst aus Bielefeld, der ausführlich darzutun versuchte, daß die geplante Reform der Krankenversicherung durchaus richtig sei. Er stellte einige allgemeine Sätze auf über die Sozialversicherung, die nicht Selbstzweck werden dürfe, über die Lahmlegung der Wirtschaft durch die stets wachsende Sozialbelastung über die Auswüchse, die die Krankenversicherung zeige wo selbst die Aerzteschaft vielfach zu leicht geneigt sei, Krankheitsbescheinigungen auszustellen. Die Reform richte sich keineswegs gegen eine Behandlung der ernstlichen Krankheitsfälle und wolle nur säubernd wirken, sowohl im Sinne der Krankenkassen als auch der Wirtschaft selbst. Besehe man sich im einzelnen die Vorschläge, so könne man ihnen ihre Berechtigung nicht versagen, falls man nicht Sozialpolitik um jeden Preis wolle. Der Redner setzte sich so mit Haut und Haar für eine Aenderung der Krankenversicherung ein, die zweifellos auf Grund einzelner Uebelstände viel zu weit geht und aus rein finanziellen Nöten des Reiches heraus aufgebracht worden ist. Die angeregte Aenderung in der Verbandsorganisation bekämpfe er energisch, da diese die Arbeitgeber mit ihren Stimmen zur völligen Bedeutungslosigkeit verurteile und sie der glatten Vergewaltigung einer übergroßen Mehrheit ausliefere.

Die deutsche Arbeitskraft darf nicht angetastet werden

Obschon die Stunde weit vorgeschritten war, konnte Gewerkschafts-Sekretär Scheer-Hohenlimburg es nicht zulassen, daß diese Ausführungen unwidersprochen blieben. Er wies darauf hin, daß sie die große Gefahr deutlich zeigten, die von gewissen Seiten her drohe. Er warnte eindringlich davor, die deutsche Arbeitskraft durch solche Maßnahmen anzutasten. Der Höchstbetrag, mit dem dann der Kranke auskommen müsse, sei völlig unzulänglich. Kein Gesunder könne damit auskommen. Gespart werde daher im Grunde kein Pfennig. Wenn man die Vorkriegszahlen vergleiche, so müsse man nachdrücklichst darauf hinweisen, daß doch das Arbeitstempo gegen damals ganz ungeheuerlich gestiegen und garnicht zu vergleichen sei in seinem wahnsinnigen Kräfteverbrauch. Der Prozentsatz derjenigen, die auf Kosten der Kassen krank feierten, sei verschwindend gering. Es handele sich hier um „Reformbestrebungen", die aus der Not der Zeit geboren seien und die niemals gekommen wären, wenn es sich nicht darum handle, mit aller Gewalt den Reichsetat zu balanzieren.

Auch Geschäftsführer Bohlmann setzte sich noch näher mit den Auffassungen des Syndikus Karst auseinander und wies ihren unsozialen Charakter schlagend nach.

Die Protestentschließung

Der Vorsitzende gab dann bekannt, daß eine Entschließung gegen den Gesetzentwurf aufgestellt worden sei. Herr Karst versuchte, die Annahme dieser Entschließung zu hintertreiben, indem er darauf hinwies, daß der Krankenkassenverband sich nicht mit „Politik" befassen dürfe.

Unter dem lebhaften Beifall der Versammlung entgegnete ihm hierauf der Vorsitzende, daß es sich hier nicht um Politik, sondern um eine innerste Angelegenheit der Krankenversicherung handele, zu der Stellung zu nehmen gerade der Krankenkassenverband berufen sei.

Die Entschließung, die gegen 11 Stimmen der Arbeitgebervertreter angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Nach den Berichten in der Tagespresse ist im Reichskabinett ein Gesetzentwurf über die Reform der Krankenversicherung verabschiedet. Die Berichte lassen erkennen, daß eine weitgehende Einschränkung der Leistungen der sozialen Krankenversicherung geplant ist.

Die Absichten der Regierung bedeuten, wenn sie verwirklicht werden, nicht nur eine Verschlechterung für die Versicherten, sondern auch eine Schädigung der Gesundheitsfürsorge. Die Durchführung der Richtlinien der Reichsregierung über Gesundheitsfürsorge der versicherten Bevölkerung werden damit stark gefährdet.

Die heute in Hohenlimburg versammelten Vertreter der Krankenkassen von Westfalen-Lippe erheben daher schärfsten Protest gegen diesen Gesetzentwurf und billigen die vom Hauptvorstand deutscher Krankenkassen eingeleiteten Abwehrmaßnahmen.

gez. Beck. Cubatz. Nevermann, Sattler, Scheer, Tacke."

Angenommen wurde ebenfalls gegen 14 Stimmen der Antrag, dem Krankenkassentag in Dresden die Organisationsänderungen, wie oben erwähnt, empfehlend vorzuschlagen. Damit wurde die Vormittagstagung geschlossen. Kurz nach 2 Uhr.

Die Abendveranstaltung

Am Abend versammelten sich die Delegierten zum Teil mit ihren Damen wieder im Adlersaale in Hohenlimburg zu einer Begrüßungsfeier.

Nach einigen Musik- und Gesangsvorträgen nahm der Vorsitzende der Krankenkasse Hohenlimburg, Lindenberg, das Wort zu einer Begrüßungsansprache. Er betonte besonders, daß diese hauptsächlich den heute erschienenen Damen gälte und sprach in wenigen einfachen Worten davon, daß Hohenlimburg nicht nur als Stadtgebilde auf eine Jahrhunderte währende Vergangenheit zurückblicken könne sondern auch in bezug auf das Krankenversicherungswesen historischer Boden sei. Erstens wegen der wundervollen, gesunden landschaftlichen Lage, zweitens auch in der Krankenversicherung im heutigen Sinne. Denn die zahlreichen Wasserläufe, die außer der Lenne die Stadt durchziehen, bewirkten schon früh industrielle Anlagen in dieser Gegend. Und so kam es, daß bereits um 1800 also lange vor der gesetzlichen Vorschrift, hier aus dem Bedürfnis heraus Krankenkassen gebildet wurden. Aber diese bescheidenen Anfänge über die wir im Laufe der Zeit selbstverständlich weit hinausgelangt sind, gilt es zu dem großen Ziele zu führen, auch gegen die feindliche Einstellung der Reaktion. Hierin sehen wir unsere Aufgabe. Lindenberg schloß mit einem Willkommengruß aller Gäste in der nun 700 Jahre alten Stadt Hohenlimburg.

Es folgten weiter musikalische Darbietungen der Hohenlimburger Stadtorchestervereinigung unter der Leitung des Herrn Paul Busch. Der von Herrn P. Hallermann bemerkenswert geschulte Volkschor brachte schöne Lieder zu Gehör. Den stärksten Beifall jedoch ernteten Herr F. W. Hanschmann und Fräulein Stauffert von der Hagener städtischen Bühne mit ernsten und heiteren Vorträgen.

In froher Stimmung ging die Festversammlung auseinander, und der Zweck der Feier ist erfüllt: Man wird sich morgen am Verbandstische längst nicht mehr so fremd gegenübersitzen.

Zweiter Verhandlungstag

Geschäftsbericht und Voranschlag für 1930 — Der Beitrag bleibt unverändert — Die regelmäßigen Revisionen überall willkommen — Innungs- und Betriebs-Krankenkassen — Nächster Tagungsort Bielefeld

Hohenlimburg, den 24. Juni 1930.

Die Beratungen des Landesverbandes der Krankenkassen wurden gestern morgen fortgesetzt. Da die Verhandlungen des Sonntags sich lange hingezogen hatten, war der Beginn für gestern auf 9 Uhr festgesetzt. Erfreulicher Weise sah man wieder einen vollbesetzten Saal. Auf der Tagesordnung standen noch fünf Punkte. Leider mußte der sichtlich interessante Vortrag von Brandes über die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Krankenkassen wegen Verhinderung des Referenten ausfallen. Der Dortmunder Geschäftsführer Schmidt erstattete in ausführlicher Weise den Geschäftsbericht und nahm zu den einzelnen Punkten kurz Stellung. Die zur Illustration aus dem katastrophalen Niedergang der deutschen Wirtschaft gegebenen Zahlen redeten deutlich ihre eigene Sprache. Bezüglich der Heranziehung der Aerzte zur Gewerbesteuer verwahrte er sich dagegen, daß diese Steuer einseitig auf die Krankenkassen abgewälzt werden und die Aerzte etwa wie die Bierbrauereien aus ihrer höheren Besteuerung gar noch ein Geschäft machen sollten. Als sehr bedauerlich bezeichnete er es, daß die Verhandlungen mit dem Zweckverband der Krankenanstalten Südwestfalens immer noch keinen Erfolg gezeitigt haben, da diese Krankenhausbehandlung und ärztliche Behandlung nicht auseinanderhalten wollen. Das Reichsabkommen über den Austritt freiwilliger Mitglieder werde leider von den Mitgliedskassen noch nicht genügend beachtet. Er müsse daher die Vorstände der einzelnen Kassen ersuchen, sich diese Sache gründlichst angelegen sein zu lassen. Der Redner nahm dann Gelegenheit, die Angestellten gründlichst auf die Vorbereitungskurse zu verweisen, die in erster Linie als Grundlage zur Weiterbildung dienen sollen. Wie er richtig hervorhob, ist dies vor allem Sache der Kassenvorstände. Man darf erwarten, daß diese sich mehr als bisher um eine fruchtbringende Benutzung der Kurse durch ihre Angestellten kümmern.

Von großem Interesse waren die Mitteilungen, die der Landesverbandsrevisor Löffler über die Ergebnisse der durchgeführten Revisionen machte, die neuerdings als Regel vorgeschrieben worden sind. Diese Verstärkung der Revisionen ist zweifellos eine äußerst heilsame Maßnahme, wenn man die unzähligen Unterschlagungsskandale der letzten Jahre bedenkt. In der Tat sind die Revisionen auch von den Betroffenen sehr freudig begrüßt worden, ein Zeichen dafür, daß es im geschäftlichen Leben immer noch am angenehmsten empfunden wird, wenn in jeder Weise der Tisch reingehalten wird. Die vielen bemerkenswerten Anregungen über die verwaltungsmäßige Organisation der Krankenkassen, die der Vortragende an Hand seiner vielen Einblicke in die Praxis gab, waren für die in den Krankenkassen beruflich Tätigen sicherlich von großem Interesse. Ueber die besonderen Kassenarten der Innungs- und Betriebskrankenkassen sprachen die Geschäftsführer Sattler und Schmidt aus Dortmund. Sie hoben vor allen Dingen die Gesichtspunkte hervor, die sich aus dem Nebeneinanderbestehen dieser und der allgemeinen Kassen ergeben und zeigten, wie von den Interessenten versucht wird, die Unklarheiten, die das Gesetz über die Gründung dieser Kassen hier und da gelassen hat, auszunutzen.

Die Aenderung der Geschäftsordnung des Landesverbandes gemäß dem Antrage Bielefeld wurde bis nach der Beschlußfassung des deutschen Krankenkassentages über die entsprechende Materie vertagt, nachdem der Vorstand einstimmig diesen Vorschlag machte. Zum nächsten Tagungsort wurde Bielefeld gewählt. Der Vertreter von Höxter regte an, die Tagung dort abzuhalten, damit auch der Krankenkassenverband dazu beitrage, die Augen auf Höxter zu lenken, das augenblicklich starke Aussicht habe, das Reichsehrenmal zu bekommen. Der Vertreter wollte dieses Ehrenmal unbedingt nach Westfalen haben. Sein Vorschlag, Höxter als Tagungsort aus diesem Grund zu wählen, wurde jedoch zu seinem großen Leidwesen mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Es wurden dann noch einige kleine Sachen besprochen. Die Tagung der Mitgliederversammlung war damit erschöpft. Man darf ohne Uebertreibung sagen, daß dieser Krankenkassentag sowohl durch die Bedeutung seiner Tagesordnung wie auch durch die Geschlossenheit seiner Haltung ein ganz besonderes Gepräge hatte. Er fiel gerade in eine Zeit, in der, wie der Vorsitzende in seinem Schlußwort sagte, schwere Wolken die Sozialversicherung bedrohen. Wenn alle, die es angeht, sich mit derselben Energie für die Erhaltung einer wirksamen Kranken- und überhaupt Sozialversicherung einsetzen, so werden die erbitterten Angriffe gegen sie wohl scheitern müssen.

*

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden van Kessel nahm Geschäftsführer Schmidt (Dortmund) das Wort, um den gedruckt vorliegenden

Geschäftsbericht

zu erläutern. Er führte u. a. aus: Der Geschäftsbericht ließe erkennen, in welcher Weise die Krankenkassen durch die Lage der Wirtschaft beeinflußt wurden. Sie finden hier die verfügbaren Arbeitskräfte, wie den Andrang auf die offenen Stellen vor, wieviel Konkurse gezählt wurden, wie sich die Indexziffer für die Lebensunterhaltungskosten nach dem Aufstieg im Monat März infolge der verringerten Kaufkraft bis zum Dezember auf einer absteigenden Linie bewegte. Auch die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung und die Beteiligung des Landesarbeitsamtes Westfalen, einschl. Lippe, ist verzeichnet.

Von den im Jahre 1929 erlassenen Gesetzen, Verordnungen usw. interessieren vor allem die

Richtlinien der Reichsregierung über Gesundheitsfürsorge

in der versicherten Bevölkerung. Das Gesetz über Wochenhilfe brachte eine Aenderung insbesondere für das vor der Entbindung zu zahlende Wochengeld, doch auch an die Aenderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie an die Aenderung in der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten, sei erinnert. Inwieweit sich besonders die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten auswirkt, bleibt abzuwarten. Die Verordnungen des Reichsarbeitsministers über die Wahlen zu den Ausschüssen und Schiedsstellen lassen es wünschenswert erscheinen, wenn sich die Krankenkassen damit abfänden, daß die Vorschlagslisten von den Kassenverb[illegible] aufgestellt wurden.

Es darf angenommen werden, daß die preußische oberste Verwaltungsbehörde bezügl. der Genehmigung kleinerer Innungskrankenkassen von ihrem früheren Standpunkte abgegangen ist.

In dem Verhältnis zu den Aerzten hat deren Heranziehung zur Gewerbesteuer eine kleine Trübung gebracht. Praktiken bezügl. der Abwälzung der Gewerbesteuer der Aerzte auf die Krankenkassen (wie es sich z. B bei der Biersteuer herausgebildet hat), müssen die Krankenkassen von vornherein ablehnen! Die Verhandlungen mit dem Zweckverband der Krankenanstalten Südwestfalens sind bisher nicht vom Fleck gekommen. Der vertraglose Zustand scheint ein dauernder werden zu sollen. Das Reichsabkommen über den Austausch freiwilliger Mitglieder hat bisher bei den Mitgliedskassen noch keine Gefolgschaft gefunden. Die Vereinfachung bei der Ueberweisung auswärts erkrankter Mitglieder ist wohl in deren Interesse zu fördern. Die Einrichtungen des Hauptverbandes in bezug auf die private Versicherung (Unfall-, Haft- wie Versicherung gegen Untreue) sind nachhaltiger zu beachten, wie das bisher der Fall war. Für die Angestellten der Kassen sind durch Vorbereitungskurse Ausbildungsmöglichkeiten gegeben, über deren Erfolg sich die Kassenvorstände auf dem Laufenden halten müssen.

Bei einer Prüfung der

Ergebnisse der Mitgliedskassen

ist festzustellen, daß die Ausgaben für Krankenpflege (Aerztliche Behandlung, Arznei und Krankenhauspflege) in den letzten 5 Jahren eine riesige Steigerung erfahren haben und zwar von 26,24 Mark im Jahre 1925 auf 38,99 Mark im Jahre 1929, das ist eine Steigerung von 12,75 = 48,6 %. Das Krankengeld stieg in derselben Zeit von 20,44 auf 29,17 Mark, das ist gleich 8,73 Mark = 42,7 %! Die persönlichen Verwaltungskosten erhöhten sich nur um 25,5 %. Der rechnungsmäßige Abschluß des Landesverbandes für das Jahr 1929 (10 988,46 Mark) erbrachte einen Vermögensverlust von 117,47 Mark. Der Redner ersuchte, den Rechnungsabschluß anzuerkennen und dem Vorstand, sowie der Geschäftsführung die Entlastung zu erteilen.

Geschäftsführer Sattler, Hörde, berichtete über die vorgenommene Kassenprüfung, bei der alles in bester Ordnung befunden wurde. Die im Geschäftsbericht aufgezeichneten Vermögensteile wurden nachgewiesen, weshalb er ebenfalls die Entlastung beantragte, die einstimmig genehmigt wurde.

Der Voranschlag für 1930 wurde mit einem abschließenden Etatsansatz von 26 888.— Mark verabschiedet; als Beitragssatz wird, wie im Vorjahre, 4 Pfennig pro Mitglied erhoben werden.

Zu Revisionskrankenkassen wurden die Allgemeinen Ortskrankenkassen Hörde und Aplerbeck wiedergewählt.

Ueber die

Ergebnisse der durchgeführten Revisionen bei den Mitgliedskassen

berichtete Landesverbandsrevisor Löffler, Dortmund, in eingehender Weise. Ausgehend von der in Witten seiner Zeit beschlossenen verbandsseitigen Durchführung der obligatorischen Kassenrevisionen bemerkte er einleitend, daß der Revisor bei allen bisher geprüften Kassen, beim Vorstand sowohl wie bei der Kassenverwaltung, eine gute Aufnahme gefunden hat. Auch die schon wiederholt gewünschte eingehende Fachprüfung einiger Mitgliedskassen (außerhalb des feststehenden Reiseplans) beweist, wie notwendig diese seit Mai v. J. in die Tat umgesetzte Revisionseinrichtung ist und wie sie im Interesse aller Beteiligten liegt. Neben der sachverständigen Prüfung hat der Revisor die Aufgabe der gesamten Geschäfts- und Kassenführung der Krankenkassen seine Aufmerksamkeit zu widmen, um diese durch geeignete Maßnahmen dem Ziele der Vereinheitlichung der Verwaltungspraktiken, in erster Linie des Buchführungs-, Formular-, Registratur- und Abrechnungswesens näher zu bringen, ohne damit bürokratische Schemen in die Kassenverwaltung hineinzutragen oder das Eigenleben der einzelnen Verwaltungen zu beeinträchtigen. Der Anwendung der Vernunft in der Wirtschaft können sich die Krankenkassen mit durchaus einheitlichem Aufgabengebiet ebenfalls nicht entziehen. Anschließend ging der Redner auf einige rein verwaltungstechnisch-theoretische Einzelheiten ein, die vornehmlich die Personen interessierten die hauptamtlich im Verwaltungsdienst der Kassen stehen. Zusammenfassend betonte der Redner, daß das Ergebnis der bisherigen Revisionen, allgemein betrachtet, befriedigend ist. Nach außen dürfen sich die Kassen des Verbandsgebietes mit dem im Durchschnitt vorhandenen gesunden Verhältnis zwischen Beiträgen und Leistungen, wie auch der Höhe der Verwaltungskosten, jederzeit sehen lassen. Ein Teil der Versicherungsämter begrüßt bereits heute die Neueinrichtung und unterstützt sie in jeder Weise. Wenn so weiter Hand in Hand gearbeitet wird, kann der Erfolg für alle Beteiligten nicht ausbleiben, der sich auch zeigen wird in der Hebung des Ansehens der Krankenkassen nach innen und außen.

Die besonderen Kassenarten

Geschäftsführer Sattler

Dortmund, nahm als erster Referent das Wort und sprach über

Innungs-Krankenkassen

Nicht die Zweckmäßigkeit oder die Nachteile der Innungs-Krankenkassen sollen im Rahmen dieses Vortrages erörtert werden, sondern in der Hauptsache komme es darauf an, möglichst genau die Grenzlinien zu ziehen, die sich für den Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft in diesen Sonderklassen ergeben. Ferner müßten die gesetzlichen Bestimmungen betrachtet werden, die die Grundlagen für die Errichtung solcher Innungs-Krankenkassen abgeben, wobei er besonders die umstrittenen Bestimmungen in den Kreis seiner Betrachtung ziehen würde. Das ist umso mehr notwendig, nachdem in den letzten Jahren das steigende Bestreben zu beobachten ist immer neue Innungs-Krankenkassen zu errichten, also eine immer größere Zersplitterung der Krankenversicherung herbeizuführen! Daß die Aufsichtsbehörden, gewollt oder ungewollt, hierbei häufig hilfreiche Hand boten, sei der Vollständigkeit wegen gesagt.

Das Wesen der Innungs-Krankenkasse als Zwangskasse bringt es mit sich, daß versicherungspflichtige Personen entweder mit Notwendigkeit ihr anzugehören haben oder für sie schlechterdings nicht in Betracht kommen. Der Wunsch das Bestreben, die beiderseitige Verständigung, ist dabei nicht ausschlaggebend und kann höchstens nach den §§ 213, 315 RVO eine Art Ersitzung der Mitgliedschaft innerhalb von 3 Monaten herbeiführen. Den Ausgangspunkt für die Betrachtung der formalen Mitgliedschaft bildet der Umstand, daß nach § 250 Abs. 1 der RVO. die Innungs-Krankenkassen nicht schlechtweg für alle Innungsmitglieder und für die bei ihnen Beschäftigten errichtet wird, sondern für die der Innung angehörenden Betriebe ihrer Mitglieder und daß der Kasse die in den Betrieben beschäftigten Versicherungspflichtigen (mit einigen Ausnahmen) zuzurechnen sind. Daraus ist abzuleiten, daß innungsfremde Betriebe, auch wenn ihr Inhaber sich bei der Innung befindet, für die Kasse außer Betracht bleiben, wofür der Redner einige Beispiele anführte. Landkassenpflichtige sowie die Beschäftigten eines Betriebes, mit dem ein Arbeitgeber einer Zwangsinnung freiwillig beigetreten ist, gehören nicht in die Innungskrankenkasse. Wird dagegen ein Arbeitgeber Mitglied einer freien Innung, mit der eine Innungs-Krankenkasse verbunden ist, so scheiden die bei ihm beschäftigten versicherungspflichtigen Personen aus der Ortskranken-

kasse aus und werden Mitglieder der Innungs-Krankenkasse; das gleiche gilt, wenn der Arbeitgeber Mitglied einer solchen Zwangsinnung werden muß, der eine Innungs-Krankenkasse angeschlossen ist.

Anders gestaltet sich dieses Rechtsverhältnis, wenn ein Arbeitgeber einer freien Innung und einer Zwangsinnung angehört, für letztere jedoch keine Innungskasse besteht, während sie für die freie Innung errichtet ist oder ein Arbeitgeber ist einer freien und einer Zwangsinnung beigetreten, die beide Innungs-Krankenkassen haben. Für diese Fälle sind besondere Vorschriften über Kassenzuständigkeit für die Versicherten nämlich nicht in der RVO. (Reichs-Versicherungs-Ordnung) enthalten. Zur Klärung dieser Fragen sind die Bestimmungen der Gewerbeordnung mit heranzuziehen, die der Redner einer kurzen Betrachtung unterzog. Grundsätzlich könne eine freie Innung neben einer Zwangsinnung für gleiche Berufszweige nicht bestehen. Auf Grund der alten Fassung des § 100 b der Gewerbeordnung haben die Ortskrankenkassen mit Erfolg den Standpunkt vertreten, daß die Beschäftigten von Zwangsinnungsmitgliedern, die gleichzeitig einer freien allgemeinen Innung angehören, mit der eine Innungs-Krankenkasse verbunden ist, nicht bei dieser, sondern bei der zuständigen Ortskrankenkasse zu versichern sind.

Ueber die

Errichtung von Innungs-Krankenkassen

sprach Geschäftsführer Sattler aus, daß gegenwärtig jede beantragte Innungs-Krankenkasse, unabhängig von ihrer künftigen Mitgliederzahl, genehmigt werden kann, wenn sie 1. den Bestand oder die Leistungsfähigkeit vorhandener allgemeiner Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen nicht gefährdet; 2. ihre satzungsmäßigen Leistungen denen der maßgebenden Ortskrankenkasse mindestens gleichwertig sind, und 3. ihre Leistungen für die Dauer sicher sind. Die herrschende Uebung erteilt die Genehmigung, wenn ein zwingender Versagungsgrund nicht vorliegt. Die Vorstände der Ortskrankenkassen müssen sich jedenfalls bei der Errichtung neuer Innungskrankenkassen gerade um die Fragen der Leistungsfähigkeit und Gleichwertigkeit recht eingehend kümmern und davon ihre Maßnahmen abhängig machen. In Deutschland gibt es noch über 6 800 Krankenkassen, davon sind etwa 4 600 Betriebs-Krankenkassen und fast 900 Innungs-Krankenkassen. Diese 5 500 Krankenkassen umfassen jedoch nur etwa 20 Prozent aller Versicherten. Auf alle würden im Durchschnitt also rund 800 Mitglieder entfallen. Diese Zahlen sollten jedem beweisen, daß einer weiteren Zersplitterung, die sich vor allem auf die Leistungsfähigkeit der Kassen und damit auf die Höhe der Beiträge auswirken muß, daß einer weiteren Zersetzung innerhalb der Krankenversicherung, Einhalt geboten werden muß!

Das Wesen der Betriebs-Krankenkassen

wurde hierauf von dem

Geschäftsführer Schmidt-Dortmund

in eingehender Weise besprochen und erläutert. Der Redner begann mit den Paragraphen der RVO., die den Kreis der Personen verzeichnen, die der Krankenversicherung als versicherungspflichtig unterliegen, sowie auch, welche Personen als versicherungspflichtig unterliegen, sowie auch, welche Personen als versicherungsberechtigt anzusehen sind; ferner die Bestimmungen über die Personen dieses Kreises, die versicherungsfrei sind. § 225 der RVO. benennt die einzelnen Kassenarten, die notwendig eingerichtet werden mußten, um allen Kreisen die Möglichkeit zu bieten, versichert zu sein. Wir finden hier sowohl Ortskrankenkassen, Landkrankenkassen, aber auch Betriebs- und Innungskrankenkassen. Schon der Ausdruck Betriebskrankenkasse besagt, daß unter diesem Ausdruck nur eine durch den Betrieb bedingte Personengemeinschaft oder Versichertengemeinschaft zu verstehen ist. § 248 legt fest, daß Betriebskrankenkassen nur unter besonderen Umständen errichtet werden können. Auch sie dürfen den Bestand und die Leistungsfähigkeit vorhandener Allgemeiner und Landkrankenkassen nicht gefährden und ihre Leistungen sind denen der maßgebenden Krankenkasse anzupassen. Die Errichtung von Allgemeinen oder Landkrankenkassen ist, um ihren Charakter nach außen hin sichtbar zu machen, das Primäre, die Errichtung von Betriebs- oder Innungs-Krankenkassen ist das Sekundäre. Nun erörterte der Redner die Frage, wann und unter welchen Umständen eine Betriebs-Krankenkasse errichtet werden kann, auf Grund der gesetzlichen Vorschriften. Nach den Bestimmungen kann ein Arbeitgeber, mit Zustimmung des Betriebsrates, eine Betriebskrankenkasse errichten, wenn er für die Dauer mindestens 150 Versicherungspflichtige und für jeden landwirtschaftlichen Betrieb oder Binnenschiffahrtsbetrieb, in dem für die Dauer mindestens 50 Versicherungspflichtige beschäftigt sind. Die beteiligten Versicherungspflichtigen sind vorher zu hören. Nach den bestehenden Bedingungen haben die Verwaltungen des Reichs und der Länder für ihre Dienstbetriebe, also hier im Gegensatz zu dem Ausdruck „Betrieb", das Recht, hierfür Betriebskrankenkassen zu errichten. Aus den weiteren Darlegungen war zu ersehen, wie versucht wird, den Bezirk vorhandener Betriebskrankenkassen künstlich zu erweitern. Es kommt aber alles darauf an,

eine leistungsfähige Krankenversicherung

zu schaffen, und da kann es auch nicht im Interesse der Arbeitgeber liegen, wenn hier gegeneinander gewirkt wird. Es wäre erwünscht, wenn Arbeitgeber und Versicherte, falls sie als solche in der Krankenversicherung auftreten, eine Richtung einschlagen! Für die Krankenversicherung ist nach allen diesem in der Allgemeinen Ortskrankenkasse die gemeinsame Basis vorhanden; alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen das Ihrige tun, um solche Kassen leistungsfähig zu erhalten!

Auch zu diesem Vorträgen wurde keine Aussprache gewünscht und ging man in der Erledigung der Tagesordnung weiter.

Der nächste Tagungsort

Als Tagungsort für die Mitglieder-Versammlung 1931 wurde Bielefeld gewählt.

In der satzungsmäßig festgelegten Zeit waren Anträge der Verbandskassen nicht eingegangen und wurden nun von einiger Vertretern nur noch Fragen gestellt, die die Vorstandsmitglieder beantworteten.

Die Anschließung von Lippe an die Landesversicherungsanstalt Westfalen ist noch immer nicht erfolgt, obwohl es in fast allen anderen Fällen aus rein wirtschaftlichen Gründen zu Westfalen gehört. Die Verhandlungen zwischen den Landesversicherungsanstalten Hannover und Westfalen gehen schon länger hin und her, doch war noch keine Einigung zu erzielen, da Hannover sich gegen die Abtretung an Westfalen sträubt. Es dürfte wohl auch erst nach der Durchführung der schon lange beabsichtigten Reichsreform hier eine Aenderung geben.

Die Einrichtung von Kursen, um die Angestellten, Vorstands- und Ausschußmitglieder mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut zu machen, wurde vom Vorstand als Anregung zur Kenntnis genommen und soll zur Vorbereitung kommen, doch müßten die hieraus entstehenden Kosten von den örtlichen Kassen getragen werden, der Landesverband sei dazu nicht in der Lage.

Verwaltungs-Direktor van Kessel schloß hierauf die Mitglieder-Versammlung, nachdem er noch einmal der Stadtverwaltung, sowie dem Vorstand und der Geschäftsführung der A. O. K. Hohenlimburg für die gewährte Gastfreundschaft und die Darbietungen herzlichen Dank gesagt hatte. Er hofft, daß bei der nächstjährigen Tagung in Bielefeld die dunklen Wolken, die heute über die Sozialversicherung liegen, sich verflüchtet haben und wünschte den Vertretern der Krankenkassen eine gute Heimkehr.

Kommunistische Rüpeleien in Dortmund

Die freien Gewerkschaften von Dortmund veranstalteten am vergangenen Sonntag ihr wie in jedem Jahr übliches Gewerkschaftsfest mit einem Festzug zum Fredenbaum. Die kommunistische Zeitung „Westfälischer Kämpfer" hatte durch einen Aufruf der Roten Gewerkschafts-Internationale und der Roten Garde zur geschlossenen Teilnahme an diesen Festzug aufgefordert. Der Führer der Dortmunder freien Gewerkschaften hatte dem Polizeipräsidenten mitgeteilt, daß er eine geschlossene Teilnahme dieser beiden Organisationen nicht zulassen könne, da es sich um Organisationen der Kommunistischen Partei handele. Die Kommunisten versammelten sich vor dem alten Gewerkschaftshaus, wo ihnen von Polizeibeamten eröffnet wurde, daß sie nur im Norden demonstrieren könnten, um eine Störung des Zuges der freien Gewerkschaften zu verhindern. Gleichwohl versuchten die Kommunisten in kleineren Trupps zum Süden zu gelangen. Diese wurden jedoch von der Polizei zerstreut. Ein größerer Trupp versuchte an der Schützenstraße, die dortige Unterführung zu passieren. Mit Hilfe des Ueberfallkommandos wurden die Kommunisten abgedrängt. Hier gingen mehrere Kommunisten gegen die Beamten tätlich vor. Ein Beamter wurde durch einen Schlag am rechten Auge verletzt, ein anderer durch ein Schlagzeug am linken Unterarm. Verschiedenen Kommunisten war es gelungen, in den Festzug der freien Gewerkschaften einzudringen. Die Beamten griffen ein, wurden aber von den Kommunisten umringt und mit Fahnenstangen bedroht. Auf der Münsterstraße griff dann eine Verstärkung der Polizei ein und nahm mehrere Kommunisten fest, die die Beamten angegriffen hatten. 15 Personen wurden der Steinwache zugeführt. Fünf von ihnen wurden in Haft behalten, während die übrigen wieder entlassen wurden. Zu weiteren Störungen ist es dann nicht mehr gekommen.

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 25. Juni.

8.30: Mutter und Kind. Gespräch zwischen Frau Aenne Pfisterer und Stadtfürsorgerin Elsbeth Theisen.
15.00: Handarbeitsstunde für junge Mädchen.
15.50: Fritz Ohle: Zwei große marokkanische Rebellen.
16.05: Martha Ransenberg: Jugendwandern als Erziehung zur Gemeinschaft.
16.25: Oberstaatsanwalt Nagelschmidt: Verbrechen und Aberglauben.
16.45: Funkpädagogische Arbeitsgemeinschaft der Lehrer an Volksschulen, Reform- und Versuchsschulen.
17.30: Konzert. Saint-Saens: Melodien aus „Samson und Dalila". — Unger: Serenade. — Ganne: Ekstase. — Moszkowsky: Berühmter Konzert-Walzer. — Krome: Rose-Marie. — Fink: Schattenspiele. — Razigade: Idylle. — Massenet: Meditation aus „Thais". — Adersmanns: Walzer mit Dämpfer. — Moritz: Marionetten-Intermezzo.
18.30: Syndikus Dr. Engels: Die Organisationen des Handwerks und ihre Aufgaben.
19.15: Die Stunde des Arbeiters. Intendant Hardt: Vorlesung.
19.40: Dr. Hans Hartmann: Die englische Jugend.
20.00: Opernabend. Orch. des Westdeutschen Rundfunks.
21.20: Sinfoniekonzert.
22.20: Zoologischer Garten, Düsseldorf: Nachtkonzert. Weber: Ouv. „Oberon". — Jos. Strauß: Transaktionen-Walzer. — Rubinstein: Lichtertanz aus „Feramors". — Schreiner: Aus dem musikalischen Fragekasten. — Neuhausen: Rheinischer Jahrtausendfeier-Marsch.
Dann: Meister des Jazz (Schallplatten).

Deutsche Welle. Mittwoch, 25. Juni.

9.30: Martin Schumacher: Der Heiaolander Vogelflug
10.30: Hans Kuiet: Der Tod des Columbus
10.55: Mitteilungen des Reichsstädtebundes.
14.45: Kinder-Theater: „Das Lumpengesindel". Ein Tierspiel.
15.45: Elisabeth Jacobi: Was hat die Landfrau bei der Ausstattung ihrer Tochter zu beachten?
16.00: Hamburg: Nachmittagskonzert.
17.30: Dr. Dr. Wenneke: Jugendwohlfahrt und Schule.
17.55: Freiherr von Gudenberg und Dr. Heinrich Michaelis: Soldaten und Kriegslieder.
18.30: Rolf Nürnberg: Ich komme eben aus Amerika vom Boxkampf Schmeling—Charley.
19.40: Dr. Paul Rechter: Das Drama der Gegenwart.
20.05: [illegible] Antönaet.
20.30: Reichsbahn-Oberinsp. W. Kulch: Die Reichsbahnbeamten unter dem Youngplan.
20.50: Hamburg: Konzert. Aus klassischen Operetten.
Danach: Abendunterhaltung. Berliner Fanfaren-Bläserkorps.

Arbeiter-Rundfunkhörer!

Lest Eure Zeitschrift.

„Der neue Rundfunk"!

Arbeiter-Sport

Mäßiger Sport am Sonntag

Vorwärts Gelsenkirchen gegen Köln-Poll 2:2 (2:1).

Schon am Samstag waren die Kölschen Jungens gekommen, um in einem gemütlichen Kommers gleichgesinnter Genossen die Freundschaftsbande zu stärken. Nur zu schnell verliefen die Stunden, und dann ging es in die Quartiere. Alle wurden untergebracht, trotz der schweren wirtschaftlichen Notlage in den meisten Arbeiterfamilien.

Der Sonntagmorgen wurde zu einem Ausflug in die nähere Umgebung benutzt. Das Heim der Freien Rudervereinigung an der Hafenschenke wurde einer Besichtigung unterzogen. Es sei hier dem Genossen herzlichst gedankt, der sich in liebenswürdiger Weise zur Verfügung stellte. Dann ging es zum Spiel.

Die 2. Mannschaften trennten sich nach stets flottem Spiel mit 1:0 für Köln-Poll. Ob das ein schlechtes Zeichen für die 1. Mannschaft war? Nein, hier wurden wir eines anderen belehrt. Köln-Polls Mannschaft steht in ihrer Gruppe immer noch mit an führender Stelle, sie konnte auch in dem letzten Serienspiel gegen den Bezirksmeister Frischauf 93 Köln ein Unentschieden erringen. Unter Leitung des Genossen Goldhagen entwickelte sich ein schönes und flottes Spiel. Beide Mannschaften gaben sich in puncto Technik und Ballbehandlung nichts nach. Beide Torkipper zeigten gutes Können. In der 10. Minute wird der Bann gebrochen, Vorwärts kann in Führung gehen. Durch den Erfolg aufgemuntert, nimmt das Spiel an Schnelligkeit zu. Die Partie steht 2:0 für Vorwärts. Kurz vor der Pause die Kölschen Jungens arbeiten wie die Löwen, abseits und nicht abseits! gibt der Schiedsrichter Tor und das Spiel steht 2:1.

Nach der Pause stellen die Kölner ihre Mannschaft um. Das bewährt sich auch. Brenzlig wird es jetzt ab und zu vor der Bude von „Vorwärts", doch der kleine Torwart will sich nicht so leicht als geschlagen bekennen. Die Drangperiode ist vorüber, „Vorwärts", durch den Mittelläufer angespornt, gibt wiederum Proben seines Könnens, doch will nichts gelingen. Der Torwart weiß sämtliche Schüsse in seiner meisterlichen Ruhe zu bannen. Ein Spieler der Kölschen wird — es war eine harte Strafe! — zu Unrecht des Platzes verwiesen.

Köln setzt Dampf auf und stellt das Spiel auf 2:2. Und es hätte nicht viel gefehlt, so wäre bestimmt ein Sieg, wenn auch ein knapper, für sie herausgekommen.

Alles in allem: zwei Mannschaften trugen hier ein Spiel aus, das sicherlich sich die Idee der Arbeitersportbewegung in der gesamt-proletarischen Bewegung noch mehr als bisher verankerte.

Fr. Ch.

Freie Turnerschaft Eickel gegen Altenbochum 01 5:1 (3:1).

Es schien, als ob Eickel sich die Vorschau zu Herzen genommen hätte. Mit einer katastrophalen Niederlage mußte der Gast aus dem Bochumer Bezirk heimwärtsfahren. Sofort nach Anstoß gehen die Gäste in Führung, doch kann nach wenigen Minuten der Ausgleich geholt werden. Altenbochum setzt Dampf auf, wird tonangebend, doch werden Erfolge nicht geholt. Langsam, aber sicher, wird der Bann gebrochen. Eickel weiß sich aus der Umschnürung zu befreien. Planmäßige Vorstöße werden gut vorgebracht: 2:1 für Eickel! Nicht lange darauf 3:1! Altenbochum, verblüfft über diese Erfolge, will sich durchsetzen, aber mit obigem Resultat geht es in die Pause.

Nach der Pause weiß Eickel noch mehr Erfolge herauszuholen. Und beim Schlußpfiff heißt es 5:1.

Die Mittelläufer beider Mannschaften konnten gefallen. Auch der Linksaußen Eickels verdient hier besondere Erwähnung. Die 2. Mannschaft der Altenbochumer setzte ihren Siegeszug fort und konnte 5:2 herausholen.

Handball

Eickel gegen Langendreer 4:20 (3:10).

Der Torwart der Eickeler scheint von besonderem Glück verfolgt zu sein, denn von genau 21 Bällen, die er während des Spieles bekommen hatte, passierten 20 Bälle die Linie!

Fußballspiele am Reichsarbeitersporttag in Gladbeck

Gladbeck-Rentfort gegen Freiheit Gelsenkirchen 0:2 (0:0).

Sofort nach Anstoß entwickelte sich ein verteiltes Spiel. Beide Torwarte gaben Proben ihres Könnens ab. Doch nichts wird bis zur Pause erzielt. Nach der Pause scheint sich Freiheit etwas vorgenommen zu haben. In der zweiten Minute kann ihr Halblinker das erste Tor holen. Und weiter geht es, doch Rentfort weiß sich nicht zurechtzufinden. In der 15. Minute versteht es der Mittelstürmer, durch eine Vorlage vom Mittelläufer seinem Verein mit 2:0 die Führung zu geben. Rentfort wird dieses ein wenig zu viel, doch weiß die Hintermannschaft der Gelsenkirchener alles abzuwehren.

Schlußpfiff 2:0 für Gelsenkirchen.

Sportfreunde Holsterhausen gegen Heßler-Katernberg 3:1.

Wir haben hier in der Vorschau nicht zuviel gesagt: Heßler-Katernberg mußte unterliegen auf Grund der besseren Ballbehandlung seitens der Sportfreunde.

Gladbeck-Zweckel gegen Gelsenkirchen-Heßler 1:0.

Ein mit spannenden Momenten reich gewürztes Spiel das nur knapp der Platzverein für sich buchen konnte. Dem Spielverlauf nach wäre ein Remis angebracht gewesen, da sich beide Mannschaften gleich waren.

Rasensport Wattenscheid gegen Sportfreunde Wanne West 3:0 (2:2).

Die ganze Sportgemeinde der Wattenscheider war gespannt auf dieses Treffen. Was die meisten nicht für möglich gehalten hätten, der Platzverein — obwohl mit Ersatz — zeigte wieder eines seiner alten Spiele. Sofort nach Anstoß entstehen spannende Momente vor dem Tor des Gastes, doch weiß dieser sich aus der mißlichen Lage durch weittragende Schüsse der Verteidigung zu befreien. Durch einen weittragenden Fernschuß des Mittelstürmers erhält Wattenscheid die Führung. Kurz darauf stellt der Halblinke der Wattenscheider das Spiel auf 2:0. Das Spiel wird nun lebhaft. Sportfreunde versucht alles, doch vergebens!

Nach der Pause ist es der Rechtsaußen, der seinem Verein einen weiteren Erfolg bringen kann. Doch bei den Sportfreunden langt es, obwohl das Spiel sich nun mehr dem Ende zuneigt, noch nicht zu einem Ehrentor. So trennten sich die Mannschaften mit 3:0.

Die 2. Mannschaft konnte knapp, aber sicher, das Spiel für sich entscheiden. Die Jugendmannschaften lieferten sich ein brillantes Spiel, in dem sich Sportfreunde von der technisch besseren Seite aus zeigte und 5:1 gewinnen konnte.

Die Schüler trennten sich mit 1:1.

Die Altersmannschaften lieferten sich ein von Anfang bis Schluß stets flottes Spiel und trennten sich mit 3:3.

Arbeiter-Sportkartell, Recklinghausen.

Sonntag, den 29. dieses Monats, vormittags 10 Uhr: Kartellsitzung bei Schulte-Börste (Kraftstation). — Jeder angeschlossene Verein ist verpflichtet, seine Vertreter zu entsenden.

Arbeiter-Schachverein, Bottrop, E. V.

Sonntag, den 29. dieses Monats, hat obiger Verein sein zweites Bezirksspiel auszutragen, und zwar gegen den Bezirksmeister Essen. Alle Bottroper Spieler müssen sich rechtzeitig zur Abfahrt nach Essen einfinden.

Reichsbanner-Schutzsport

Schutzsportabteilung Herten.

Donnerstag, den 26. dieses Monats, abends 8 Uhr, findet im Lokale Backheuer eine wichtige Spielersitzung statt. Es ist Pflicht, daß alle Jungbannerkameraden erscheinen.

Der Schutzsportleiter

Unterhaltung und Wissen

Geschichten aus Innsbruck

Der Herr Explikator

Wichtige Amtsbezeichnung

Der Herr Explikator ist ein altes, runzliges Männlein, seines Zeichens früherer Oberkellner in einem Münchener Theatercafé, der eine würdige Mütze trägt, auf der in großen, schönen Buchstaben das lateinische Wort „Explikator" steht. Dieses eine Wort verleiht ihm Charakter und Bedeutung. Was wäre er ohne diese Amtsbezeichnung? Einer von vielen; ein zum alten Eisen geworfener alter Kellner. Ein vom Leben ausrangierter Angestellter. Bestenfalls ein von seinen Enkeln auf Gnade und Ungnade geduldeter Auszügler. In jedem Falle aber ein Nichtstuer, der für gar nichts mehr gut ist.

So aber ist er etwas. Die ganze Hungerburg wäre nichts ohne ihn. Erst durch ihn bekommt die Stadt Innsbruck Bedeutung, Sinn und Schönheit.

„Also da schauen's, meine Herrschaften! Zuerst einmal ins Tal herunter!... Zu Ihren Füßen das Oberinntal, der Calvarienberg, weiter nach rechts die Hofburg, der Hofgarten mit dem Leopoldbrunnen und die Silberkapelle. Es ist ratsam, einen Rundgang durch diese vorzunehmen. Aber da ist nichts zu machen heut'. Da müssen wir also weitergehen. Dort drüben sehen Sie die Wallfahrtskirche, das „Heilige Wasser". Natürlich, da steht auch gleich ein Wirtshaus daneben. Und nicht weit davon die Kaiser-Franz-Josef-Schutzhütte, und da ist halt schon wieder ein Wirtshaus. Und auch beim „goldenen Dachl" daneben, da ist eine Wirtschaft, da gibt's einen guten Tropfen. Also, da will ich Ihnen einmal die Geschichte vom goldenen Dachl darlegen. Da war nämlich der Erzherzog Friedrich mit der leeren Taschn, Statthalter von Tirol, so vor 270 Jahren.

Der hatte gar kein Geld, so wie ich. Und ließ er das Dachl von seinem Haus vergolden. Da bekam er wieder a Göld: denn nun hatte er Kredit.

Und nun wenden Sie den Blick gefälligst dort hinüber, bittschön! Was sehen wir da? Wir sehen das Schloß des Erzherzogs Ferdinand, in welchem Seine Durchlaucht mit der geliebten Augsburgerin in seiner morganatischen Ehe lebte. Dieses Schloß bezog später unser ermordeter Erzherzog Ferdinand von Este. Aber dieser — Gott sei ihm gnädig — hat eine große Ungeschicklichkeit begangen, indem daß er nämlich alle Schätze des Schlosses verpackt und nach Böhmen gesandt hatte. Und von die Lausbrüder kriegen wir nichts wieder raus, versteht sich.

Da schaun's das Brandjoch, die Sattelspitzn, das Stubaital mit dem Serles, den Habicht, den Lanersee und in den Wolken die Brenneralpen. Aber die können Sie heute nicht sehen. Und dort links die alte Salinenstadt Hall. Hier hat Andreas Hofer, ehe er von dem historischen Iselberge seine Felsen und andere Gegenstände auf das napoleonische Heer donnern ließ, 1809 seine Silbertaler gemünzt, wovon Sie einige Stücke im Museum zu Innsbruck sehen können. Aber da ist heute nichts zu machen. Wir befinden uns nämlich hier auf der Hungerburg. So geheißen, weil ein Gastwirt — ein ganz Gescherter, ein ganz ausgeschamter Lakl — hier vor 70 Jahren unseren einheimischen Dichter Karl Ludwig Biegler hat hungern lassen.

Also heißt das ganze Plateau mit seinen schönen Anlagen heute die Hungerburg. Das war die Rache des Dichters.

Also jetzt schauen's da links hinauf! Dort sehen Sie den gezackten Felsen, der die Frau Hitt heißt, welche ein Edelfräulein gewesen ist, aber kein Herz für die arme Bettlerin gehabt hat, weshalb sie mitsamt ihrem Jagdrosse von einem Blitz zu kaltem Stein umgewandelt wurde. Da sitzt sie!

Und nun werfen Sie einen Blick auf die Martinswand! Also jetzt will ich Ihnen die Geschichte davon erzählen. Da war der Kaiser Maximilian von 450 Jahren; das ist eine lange Zeit. Der Kaiser Maximilian war ein ganz passionierter Gemsenjäger, wenn man den hohen Herrn so nennen darf. Und eines Tages verstieg sich der Herr; das war gerade oberhalb der jäh abfallenden Wand, und da konnte er nicht vorwärts und nicht rückwärts. Alle Jäger wurden aufgeboten, geübteste Kletterer — vergebens. Ein Priester reichte von der Höhe bei Oberzirl die Sterbesakramente. Aber da wurde der Kaiser gerettet. Wir haben eine Version, die besagt, daß es drei Engel gewesen sind, die dem Kaiser in seiner Not den Weg herab zeigten. So kann es schon gewesen sein. Aber wir Tiroler glauben, daß es drei Manndl waren, von Fleisch und Blut, echte Innsbrucker Holzknechte, verfluchtige, ganz kriminalische Kerle. Die sagten: Wir werden den Kaiser herunterwazzeln. Wir tun ein großes Werk, kriegen eine fürstliche Belohnung, und die Blamasch von den Jägern ist nicht klein! Also taten sie's. Und die fürstliche Belohnung erhielten sie auch.

Bei dieser fürstlichen Zuteilung war ich leider nicht zugegen. Und deshalb bin ich leer ausgegangen, was ich freundlichst zu berücksichtigen bitte.

Aber wäre ich dabei gewesen, dann wäre ich heute schon lange tot, und es gäbe keinen Explikator, meine Herrschaften. Womit ich mich bestens empfehle als Ihr gehorsamster Diener."

Wer Innsbruck bereist, vergesse nicht, den Herrn Explikator aufzusuchen. Mit der Drahtseilbahn fährt man in fünf Minuten nach der Hungerburg hinauf. Die Geschichte vom Kaiser ist sein Prachtstück. Sie sorgt dafür, daß seine Kehle nicht austrocknet.

Walter Meckauer.

Attila, der Hunnenkönig

Es war ein lauer Sommerabend. Ich schlenderte im Park umher und setzte mich schließlich auf eine Bank. Die Sterne funkelten. Dicht neben mir sang eine Nachtigall die Weise von Liebe und Tod. Fern, irgendwo quakten Frösche.

Ich saß und lauschte. Da kam ein Mann des Weges. Sah mich an und lachte. Ich lachte ebenfalls und lud ihn ein, Platz zu nehmen. Der Mann nahm Platz. Dann schwiegen wir lange. Endlich sagte der Mann: „Mit diesem Schwerte will ich sie töten, alle!"

Mählich erkannte ich im Dunkel der Nacht, daß seine Rechte einen Kochlöffel hielt. Ich wunderte mich. Dann jedoch fiel mir ein: Wahrscheinlich ein Schauspieler, dem seine Rolle den Schlaf verscheucht. Auch der Löffel würde stimmen; dieses Völklein hat ja die originellsten Gewohnheiten!

„Ist Ihre Rolle schwer?"

„Unsagbar. Keiner, außer mir, wäre dazu imstande."

Künstlereitelkeit, lächelte ich verzeihend und unmerklich. Er deklamierte weiter: „Und wenn die Welt aus Eisen wär' sie müßte doch verbrennen!" — Meine Ruh' ist hin, mein Herz ist schwer; ich will eure Schätze, immer mehr. — Vorbei ist nun der Erde Heil ich fahre in sie wie ein rasender Pfeil!"

Ich war hingerissen. Seine Augen glühten, der Löffel kreiste.

Plötzlich sprang er auf und hüpfte, ohne Abschied, von dannen.

Ich blieb noch ein Weilchen sitzen, lauschte der Nachtigall und den Fröschen und hatte so meine Gedanken über die Mimen im allgemeinen und über diesen eigenartigen Kauz im besonderen.

Dann ging ich heim und schlummerte sanft.

Am nächsten Tage machte mich eine Notiz in der Zeitung erstarren:

Attila, der Hunnenkönig, Gestern entsprang der hiesigen Irrenanstalt ein gefährlicher Patient, der in der Wahnvorstellung lebt, Attila, der Hunnenkönig, zu sein. Als Schwert trägt er ständig einen Kochlöffel bei sich. Glücklicherweise konnten beide, ohne ein Unheil angerichtet zu haben, heute morgen wieder in die Anstalt eingeliefert werden.

Harald Spitzer.

Vorsicht! Strahlenpilz!

Immer wieder begegnet man der gedankenlosen und gefährlichen Gewohnheit, Grashalme, Stroh oder Holzsplitterchen in den Mund zu nehmen und darauf herumzukauen. Auch Getreideähren werden vielfach geknabbert, ohne daß die Menschen die geringste Ahnung haben, was sie damit anrichten können. In allen diesen Halmen usw. sitzt nämlich oft ein mikroskopisch kleiner Krankheitserreger, der Strahlenpilz, der die bei den Aerzten sehr gefürchtete Strahlenpilzerkrankung, die Aktinomykose, hervorruft. Sogar durch Speisen, wie Gemüse, und da natürlich besonders bei Rohkost, kann der Pilz in den menschlichen Körper gelangen und hier seine Zerstörungsarbeit beginnen. Durch winzige Wunden in der Mundschleimhaut oder durch hohle Zähne wandert der Feind in das darunter liegende Gewebe ein, wuchert dort und führt durch Zerstörung der Körpersubstanz zur Bildung hartnäckiger Eiterherde, von denen oft Teilchen durch die Blutbahn an entfernte Stellen des Organismus verschleppt werden und dort weiter wuchern. Zellgewebsentzündungen von großer Schmerzhaftigkeit, Eiterherde, starke Drüsenschwellungen der gesamten Umgebung und brandiger Zerfall ganzer Gewebspartien sind die Folge. Heilung ist möglich, aber nicht sicher, und stets setzt sie eine — bisweilen mehrfach wiederholte — chirurgische Behandlung voraus; der Herd muß mit dem Messer geöffnet und mit dem scharfen Löffel ausgekratzt werden — eine Operation, die man selbst bei Neigung zu Uebertreibungen nicht gerade als Vergnügen bezeichnen kann. Hat der Kranke das Glück, daß solch ein Aktinomyces-Herd nach außen durchbricht und einen Abfluß findet, dann ist damit durchaus noch keine Heilung eingeleitet, denn die Geschwüre, die sich da bilden, zeigen eine höchst unangenehme Hartnäckigkeit.

Zuerst setzt die Erkrankung meist am Kiefer ein; bei allen chronischen Halsdrüseneiterungen muß man an Strahlenpilz denken. Die Schwellung ist bretthart mit weichen Stellen darin. Auch den Hals findet man nicht selten als ersten Sitz des Leidens. Der Hals und der Kiefer sind immerhin Stellen, die dem Messer des Chirurgen verhältnismäßig leicht zugänglich sind. Aber trotz der Operation, die mit der Ausbrennung des Herdes endigt, ist noch keine Heilung garantiert, denn die Pilze haben die schlimme Fähigkeit, lange keimfähig zu bleiben. Auch in die weibliche Brust können, wenngleich selten, solche Infektionen verschleppt werden, und nicht minder vermag die Wirbelsäule zu erkranken, was immer mit einem außerordentlich langwierigen und schmerzhaften Leiden verbunden ist. Weiterhin hat man in den Beckenknochen Tochterherde gefunden, ebenso im Darm, z. B. in der Gegend des Blinddarms, ferner in der Zunge, in den Luftröhren, der Lunge selbst, im Rippenfell, in der Speiseröhre, in der Leber, im Gehirn — kurz, kein Organ ist davor sicher, von der Krankheit ergriffen zu werden, wenn der Parasit erst einmal Eingang in den Körper gefunden hat.

Die überaus große Gefährlichkeit des Erregers, die Schmerzhaftigkeit, Schwierigkeit und lange Dauer der auch bei radikalsten Methoden häufig zweifelhaften Behandlung sollten jeden veranlassen, die Möglichkeit zur Infektion zu vermeiden. Vor allem ist auf Kinder zu achten! Man kann die schönsten Ausflüge machen, ohne daß es unabwendbar nötig ist, immer auf etwas herumzukauen. Ist die Krankheit aber erst einmal da, dann soll man keine Zeit mit Quacksalbereien vertrödeln und keine unnötige Angst vor dem Eingriff haben, sondern dem Uebel sofort energisch durch den Chirurgen zu Leibe gehen lassen. Jede Verzögerung steigert die Gefahr einer Weiterverschleppung; je früher eingegriffen wird, desto größer sind die Aussichten auf dauernde Wiederherstellung. Aber immer soll man sich zu Gemüte führen, daß Vorbeugungen leichter sind als Heilung, und daß ein bißchen Vorsicht mehr verhütet, als später der tüchtigste Professor wieder gut machen kann.

Curt Biging.

Dr. Geenich

Friedrich August ging mit seinem Adjutanten die Sängerin Lampreck in ihrem Künstlerzimmer aufzusuchen. Die beiden Herren nahmen Platz und der Adjutant setzte sich auf ein Notenpaket. Aber der König wies ihn sofort zurecht: „Schdehnse ma dadrfon auf; das sinn doch geine Noden fier Blasinschdrumende!"



Autoris. Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Gertrud von Hollander.
61] Gebrüder Enoch Verlag, Hamburg.

Zwölftes Kapitel.

„Thebes?", echote Parthenia Ann Hawks, nun seit einer Woche Witwe. Der steife Krepp ihres Trauergewandes knisterte förmlich. „Ich denke gar nicht daran! Wenn du und dein edler Mann euch einbildet, ihr könntet mich auf diese Weise loswerden —"

„Aber Mama, wir wollen dich doch nicht loswerden! Wie kannst du mir so was denken! Du hast immer erklärt, du haßtest das Schiff. Immer. Und jetzt, wo Papa — jetzt, wo du nicht unbedingt mehr hierbleiben mußt, dachte ich, du möchtest vielleicht lieber wieder in Thebes wohnen."

„Wirklich! Und was soll aus der Baumwollblüte werden? Kannst du mir das verraten?"

„Ich weiß nicht," gab Magnolia kläglich zu. „Ich weiß nicht. Das müßten wir eben mal besprechen." Die Baumwollblüte war in Reparatur nach ihrem Mißgeschick an jenem verhängnisvollen Morgen. Der Schaden war doch größer gewesen, als sie anfänglich geglaubt hatten. Und auch in Magnolias Seele war eine schmerzende Wunde zurückgeblieben. Plötzlich verabscheute sie den Fluß, der so heimtückisch zugepackt und sie so grausam enttäuscht hatte. Der Anblick der gelben Wogen machte sie ganz krank, und trotzdem mußte sie immerfort hineinstarren. Einmal hatte sie das Gefühl, als müßte sie davonlaufen, mit ihrem Mann und ihrem Kind, und sich in Sicherheit bringen. Dann wieder wußte sie genau, daß sie anderswo doch keine Ruhe finden würde. Sie wollte fliehen. Sie mußte bleiben. Hierher gehörte sie. Und der Fluß barg Kapitän Andy. Sie konnte ihn nicht verlassen. Die drei großen Mysterien — Liebe, Geburt und Tod — waren ihr auf den Flüssen enthüllt worden. Alles, was sie je an Glück und Trauer, an Zufriedenheit und Abenteuer, an Romantik und Erfüllung gekannt hatte, hing aufs engste mit den Flüssen zusammen. Ihre Ufer mit ihren Weidenstämmen begrenzten auch ihre Welt. Die bunten Gestalten, die dort umherliefen oder dort ihre Wohnungen hatten, waren ihre Leute. Sie kannte sie, war eine der ihren. Sie war dem Mississippi so gut verfallen wie ihr Vater.

„Na, wir besprechen es ja gerade", sagte in diesem Augenblick Frau Hawks.

„Ich meine — die Reparaturen werden ziemlich teuer. Für einen Monat oder gar noch länger müssen wir pausieren — und das mitten in der Saison. Jetzt müssen wir uns entscheiden, ob wir versuchen wollen, die Sache weiterzuführen geradeso als wäre Papa noch—"

„Aha, ich sehe schon, du hast mit Ravenal die Geschichte in aller Eile gründlich durchgesprochen. Schön, ich will dir sagen, was wir tun werden. Wir werden es weiterführen — wenigstens ich."

„Aber Mama!"

„Dein Vater hat kein Testament hinterlassen. Echt Hawks! Ich habe genau so viel zu sagen wie du auch. Mehr. Ich bin seine Witwe. Du bildest dir doch nicht ein, ich verzichtete leichtfertig auf ein Geschäftsrenommee, das man in vielen Jahren mühsam aufgebaut hat. Die Reparatur ist durch die Versicherung gedeckt. Die Lebensversicherung für deinen Vater ist ausgezahlt. Immerhin eine ganz anständige Summe. Dafür habe ich gesorgt. Du bekommst deinen Anteil davon, ich den meinen. Mit dem Schiff geht alles so weiter wie bisher. Thebes? Ich denke nicht dran. Du spielst weiter die Naive, Ravenal den Jugendlichen. Kim —"

„Nein!" schrie Magnolia, ganz ähnlich wie damals Parthy. „Kim nicht!"

„Weshalb nicht?"

Die Witwe Hawks war entsetzlich energisch und in keiner Weise unterzukriegen. Ihre schwarzen Trauerkleider umwogten sie wie die düsteren Schwingen eines Racheengels. Jetzt, da Kapitän Andy tot war, würde sie sich zum Kommandanten des schwimmenden Palasttheaters Zur Baumwollblüte ernennen. Das wußte Magnolia. Wer Parthy kannte, konnte gar nichts anderes erwarten. Sie würde auch Magnolia und ihren Mann kommandieren. Magnolia war kein Schwächling. Aber einer Frau wie Parthy wären selbst robustere Naturen nicht gewachsen gewesen.

So, wie sie es vorhatte, konnte es unmöglich gut gehen. Ravenal hatte sich von Anfang an gesträubt. Aber Magnolia bettelte so lange, wenigstens einen Versuch zu machen, daß er schließlich, wenn auch grollend, nachgab.

„Es geht nicht, Nola, glaube es mir. Wir fahren uns täglich an die Kehle. Sie hat alles mögliche vor. Das sehe ich ihr an den Augen an."

„Aber du gibst dir Mühe, nicht die Geduld zu verlieren, ja, Gay? Mir und Kim zuliebe!"

Aber sie waren noch keine Woche unterwegs, als die Meuterei auf der Baumwollblüte losging. Der erste, der fortging, war Windy. Sobald er erst einmal seine großen Füße nach dem Fallreep zu in Bewegung gesetzt hatte, gab es kein Aufhalten mehr. Er war inzwischen über siebzig, aber er sah um keine Stunde älter aus als damals, als er vor fünfzehn Jahren an Bord der Baumwollblüte gekommen war. Er teilte der gereizten Witwe kurz und bündig mit, was er zu sagen hatte.

„Sie sind Hawks' Witwe. Deshalb sagte ich, ich würde das Schiff weiterführen, als ob Andy noch am Leben wäre. Ich dachte, Nollies Mann würde jetzt der Herr auf dem Schiff, aber scheinbar haben Sie ja das Kommando übernommen. Ja, Frau Hawks — ich bin kein Steuermann für Unterröcke. Sobald wir unten am Golf sind, empfehle ich mich. Dort kommt der junge Tanner an Bord und steuert Sie."

„Tanner! Wer ist das? Woher wissen Sie, daß ich den haben will? Hier habe ich zu befehlen!"

„Nehmen Sie ihn schon, Frau Hawks. Er ist noch jung und läßt sich noch was sagen. Ich bin zu alt dazu. Ich habe auch genug von den Flüssen, seitdem der Kapitän nicht mehr da. Und mit der Kraft ist es scheinbar auch nicht mehr weit her . . . Kurz und gut, Frau Hawks, ich gehe."

Und er ging.

Ein Wechsel folgte auf den anderen. Frau Means blieb und ihr schwächlicher kleiner Mann ebenfalls. Frank hatte gleich nach Magnolias Heirat gekündigt. Ralph ging ebenfalls.

Parthy ertrug diese Schwierigkeiten und Niederlagen mit der Würde eines Feldherrn. Sie schien sogar prächtig dabei zu gedeihen. Den ganzen Tag tobte sie geschäftig umher. Ravenal kam aus den verächtlichen Grimassen gar nicht mehr heraus. Sie prallten aufeinander, sowie sie nur zusammentrafen. Jede Fiber in Ravenal empörte sich gegen die schwiegermütterliche Oberleitung. Und bei Parthy zitterte jeder Nerv und jeder Muskel vor Feindseligkeit gegen den glatten, liebenswürdigen und hochmütigen Mann ihrer Tochter.

„Entscheide dich," sagte schließlich Gaylord Ravenal, „entweder ich oder deine Mutter."

Magnolia wählte. Ihr Entschluß stieß bei Parthy auf einen so entsetzlichen Widerstand, daß jede andere Frau nicht standgehalten hätte. Magnolia aber war viel zu entschlossen und viel zu sehr in ihren Mann verliebt.

(Fortsetzung folgt.)

Untreue konnte L. nicht nachgewiesen werden. Wegen Unterschlagung erhielt er, da er nicht vorbestraft ist und das Gericht das rücksichtslose Vorgehen der Vertreterfänger mit in Betracht zog, eine Geldstrafe von 50 RM, die er monatlich abzahlen kann.

Ein Hehler von Format.

Der 57jährige Holländer A. van B. wird aus der Haft vorgeführt. Er soll in der Nacht vom 16. auf den 17. April einen Einbruchsdiebstahl ausgeführt haben, bei dem Lebensmittel aller Art und zwei Anzüge und sonstige Stücke gestohlen worden sind. A. van B. hat nämlich am Vormittag des 17. April innerhalb einer einzigen Stunde die zwei gestohlenen Anzüge aufs Leihamt befördert. Bei der Tat ist er nicht ertappt worden. Es ist ihm da nichts nachzuweisen. Darum erzählt er eine nette Geschichte, die ihm aber kaum jemand geglaubt hat. Er will, als er vor dem Leihamt stand, mit zwei fremden Frauen ins Gespräch gekommen sein. Die eine habe ihm geklagt, daß ihr Mann sie und ihre Kinder verlassen habe, und daß sie nun die Anzüge ihres Mannes versetzen wolle, um wenigstens das Nötigste zu besorgen und Miete zahlen zu können. Van B. hat sich „mit seinem wehmütigen Herzen" erweichen lassen und den Anzug für 20 RM, von denen er 2,40 RM mitbekam, versetzt. Draußen sollen ihm die Frauen noch einen älteren Anzug in die Hand gesteckt haben. Und wieder ist er ins Leihhaus gezogen. Daraufhin hat er wieder 2 RM mit abbekommen, und die drei haben sich ein Glas Bier getrunken. Dann hat er sich von den Frauen, von denen eine M. P. heißen wollte, getrennt. Siehe da — die Polizei bemächtigte sich des A. van B., und jetzt erfuhr der Unschuldsengel, der bitterlich vor dem Gericht zu weinen versteht, daß die Anzüge gestohlen waren. Zu allem Unglück stellte sich auch heraus, daß der Name M. P. gelogen war, denn es gibt in der Gegend nur ein in bestem Rufe stehendes Fräulein, das diesen Namen führt und mit den Frauen in keiner Weise identisch ist. Gegen diese Erzählung des B. war das Gericht machtlos. Es konnte ihn nur wegen Hehlerei zu 6 Wochen Gefängnis und den Kosten verurteilen. Die Gefängnisstrafe ist durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Internationale Zusammenarbeit

der genossenschaftlichen Versicherungsunternehmen.

Die genossenschaftlichen bzw. Arbeiter-Versicherungsanstalten bilden eine besondere Gruppe im **Internationalen Genossenschaftsbund.** In ihr sind bereits folgende Länder vertreten: Deutschland (durch Volksfürsorge und „Eigenhilfe"), England, Belgien, Finnland, Norwegen, Schweden, Ungarn, die Schweiz, die Tschechoslowakei und Jugoslavien. Gleichzeitig mit dem in diesem Jahre stattfindenden Internationalen Genossenschaftstag in Wien wird eine Sonderkonferenz der Vertreter der einzelnen Versicherungsgesellschaften tagen. Dieser Konferenz soll die folgende Resolution unterbreitet werden:

„Der Ausschuß stellt mit Befriedigung fest, daß von den elf Genossenschaften, die Feuerversicherungsschutz gewähren, nicht weniger als sechs Rückversicherungsverträge untereinander abgeschlossen haben und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in absehbarer Zeit alle Sachwerte versichernden Genossenschaften (das heißt also genossenschaftliche Versicherungsunternehmen, die keine Personenversicherungen abschließen) diesem Beispiel folgen. Er fordert ferner alle beteiligten Genossenschaften, einerlei wie groß sie sind, auf, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob ein Austausch von Versicherungen möglich ist, falls das bisherige Geschäftsgebaren der Genossenschaften die Gewähr für unbedingte finanzielle und technische Sicherheit bietet.

Schließlich erklärt er, daß die Anknüpfung von Rückversicherungsbeziehungen den ersten Schritt zur Gründung einer **internationalen Rückversicherungsorganisation** der einzelnen Versicherungsgenossenschaften und damit zu dem Ziel darstellt, dem alle seine Bestrebungen gelten."

Filmschau

Wer ist der Mörder?

Der schönste Revuestar am Broadway ist auf geheimnisvolle Weise getötet worden. Sechs Männern, zu denen sie Beziehungen unterhielt, sind der Tat verdächtig. Jeder ist schwer belastet, aber nur einer kann der Mörder sein. Die Polizei tappt im Dunkeln, doch der Amateurdetektiv Henry Marr löst schließlich das Geheimnis des sensationellen Verbrechens auf eine ebenso sensationelle Weise. — Dieser Mordfall und seine überraschende Lösung bilden den Inhalt des neuen Films „Die Stimme aus dem Jenseits", dessen Erstaufführung am Freitag im Industrie-Kino stattfindet und dessen Hauptrollen neben der schönen Louise Brooks die bekannten Darsteller William Powell, James Hall und Jean Arthur spielen.

Gewerkschaftliches

Die Fachgruppenleitung Behördenangestellte

im Zentralverband der Angestellten protestiert gegen die doppelte Belastung durch das Notopfer.

Die Fachgruppenleitung Behördenangestellte im Zentralverband der Angestellten protestierte in ihrer Sitzung am 20. Juni 1930 gegen den veröffentlichten Gesetzentwurf für das Notopfer. Für die Veröffentlichung dieses Gesetzentwurfes wurde bekannt, daß nicht nur die Beamten, sondern auch die Angestellten der öffentlichen Betriebe doppelt belastet werden. Die Behördenangestellten leisten ihre Beiträge zur Kranken-, Angestellten- und Erwerbslosenversicherung. Wenn die Regierung Brüning glaubt, die Angestellten nun durch das Notopfer auch noch belasten zu müssen, so wird sie auf den entschiedenen Protest der Angestellten bei den öffentlichen Betrieben stoßen. Die Fachgruppenleitung der Behördenangestellten im Zentralverband der Angestellten hat nach eingehender Aussprache folgende Entschließung angenommen und diese den Fraktionen des Reichstages übersandt:

„Entschließung.

Die Fachgruppenleitung der Behördenangestellten im Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Gelsenkirchen, protestiert ganz entschieden gegen die Absicht der Reichsregierung, die Angestellten der öffentlichen Betriebe ebenfalls zum Notopfer heranzuziehen. Die Angestellten der öffentlichen Betriebe entrichten ihre Pflichtbeiträge zur Kranken-, Angestellten- und Erwerbslosenversicherung. Wenn die Regierung vorschlägt, diese Angestellten trotzdem noch zum Notopfer heranzuziehen, so werden sich die Angestellten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen das schreiende Unrecht zur Wehr setzen. Die Fachgruppenleitung der Behördenangestellten im Zentralverband der Angestellten, Gelsenkirchen, ersucht die Fraktionen des Reichstages, diese ungerechtfertigte doppelte Belastung der Angestellten der öffentlichen Betriebe abzulehnen."

Deutscher Metallarbeiterverband, Gelsenkirchen

Wahl der Delegierten zum Verbandstag.

Wir machen unsere Kollegen auf die am Sonntag, dem 29. dieses Monats, von 10 bis 4 Uhr, stattfindende Wahl der Delegierten zum Verbandstag aufmerksam.

Unsere am 27. Mai stattgefundene Delegiertenversammlung schlug folgende Kollegen vor: Franz Muschowski, Ferdinand Schrader.

Die Stimmabgabe kann in folgenden Lokalen erfolgen:

Bezirk Altstadt: Metallarbeiterheim, Augustastraße 18.
Bezirk Neustadt-Rotthausen: Büscher, Wiehagenstraße.
Bezirk Heßler: Hübner, Heßler Straße.
Bezirk Bulmke: Döhring, Hohenzollernstraße.
Bezirk Feldmark: Gewerkschaftshaus, Overwegstraße 47.
Bezirk Schalke: Heining, Gewerkenstraße.
Bezirk Hüllen: Nachbarschulte, Wanner Straße.
Bezirk Bismarck: Tendick, Bismarckstraße.
Bezirk Ueckendorf: Serres, Bülowstraße.
Bezirk Buer: Volkshaus, Gladbecker Straße.
Bezirk Horst: Beckmann, Markenstraße.
Bezirk Gladbeck: Boerste, Schützenstraße.
Bezirk Wattenscheid: Braukämper, Bodestraße.
Bezirk Wanne-Eickel: Ecken, Eberstraße.

Jeder übe sein Wahlrecht aus! Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter-Kundgebung

Einmütige Entschließung wird gefaßt.

Am 23. dieses Monats versammelten sich im Gewerkschaftshaus die Arbeiter der Schleifereien der Firma Küppersbusch und Ern, um Stellung zu nehmen zu dem geplanten Lohn- und Akkordabbau. Fast alle Berufskollegen waren dem Rufe gefolgt, so daß eine imposante Kundgebung zustandekam. Nachdem den Anwesenden der Gang der Verhandlungen im Tarifstreit Nordwest bis zur Verbindlichkeitserklärung klargelegt und die Auswirkung des Lohnabzuges den Kollegen vor Augen geführt worden war, setzte eine ausgedehnte Diskussion ein. Alle Redner betonten mit Nachdruck, daß jeder Kollege sich stark machen müsse, um mit aller Entschiedenheit diesen Lohnabzug abzuwehren. Folgende Entschließung fand einmütige Annahme:

„Die am 23. Juni tagende Versammlung der Arbeiter der Schleifereien der Firma Küppersbusch und Ern nimmt Kenntnis von dem geplanten Lohn- und Akkordabbau in der Nordwestgruppe. Die Versammlung erklärt mit aller Entschiedenheit, daß für sie ein Lohnabbau unter keinen Umständen in Frage komme, und die Schleiferei sich gegen jede Verdienstkürzung zur Wehr setzen wird. Jede versuchte Zustimmung zum Abzug ist ernstlich abzulehnen." L.

SPD

GELSENKIRCHEN-BUER

Die Abrechnung der Sonnenwendkarten

muß noch in dieser Woche erfolgen. In Abwesenheit des Genossen Simon nimmt die Genossin Sauer die Abrechnung entgegen.

Voranzeige

Samstag, den 5. Juli, abends um 7 Uhr: Erweiterte Vorstandssitzung. Lokal wird noch bekanntgegeben.

Frauengruppe, Gelsenkirchen.

Heute, ab 15 Uhr: Handarbeitsnachmittag im August-Bebel-Haus. Anmeldungen für den Ferienaufenthalt der Kinder werden dort entgegengenommen.

Frauengruppe, Erle.

Heute, Mittwoch, abends um 6 Uhr: Frauenversammlung im Lokal Grünewald. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Kaffeetassen mitbringen!

Stadtverordnetenfraktion der SPD.

Morgen, Donnerstag, den 26. dieses Monats, abends 7.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Gelsenkirchen: Sitzung mit Beirat und Ausschußmitgliedern. Keiner darf fehlen!

Frauengruppe der SPD., Hassel.

Am Mittwoch, dem 25. dieses Monats, im Zechengasthaus: Mitgliederversammlung mit Kaffeetrinken. Da wir daselbst eine SAJ. gründen wollen, werden die Eltern gebeten, ihre Kinder über 14 Jahre mitzubringen. Rednerin ist Genossin Zingler.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Martinsabteilung, Gelsenkirchen.

Mittwoch, 20 Uhr: Probe in der Lessingschule.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Verbilligte Rheindampferfahrt nach Zons.

Die Kameradschaftliche Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Gelsenkirchen, E. V., veranstaltet am 27. Juli eine verbilligte Rheindampferfahrt nach Zons. Der Fahrpreis ist in Anbetracht der schlechten Wirtschaftslage sehr niedrig bemessen. Er beträgt für eine erwachsene Person, Eisenbahnfahrt: Gelsenkirchen—Duisburg-Ruhrort, Schiffahrt: Duisburg-Ruhrort—Zons und zurück 4,50 RM, für Kinder von 4 bis 10 Jahren 2,25 RM, Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren zahlen 3,25 RM. Fahrtausweise für diese Fahrt sind jeden Mittwoch abend, in der Zeit von 6 bis 9 Uhr, im Vereinslokal Kamp, Schalker Straße 43, zu haben, ferner beim 1. Vorsitzenden J. Reichmann, Gelsenkirchen, Kneebuschstraße 76, sowie beim 2. Vorsitzenden Wilhelm Rösner, Gelsenkirchen, Grenzstraße 89. An Bord ist für Verpflegung sowie für Unterhaltung bestens gesorgt.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille" Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zweck Rückporto beigefügt wird.

Manche freie Stunde verschafft Ihnen IMI!



Wenn Sie IMI zum Geschirrspülen, zum Aufwaschen und Reinigen nehmen, haben Sie es viel leichter und sind viel schneller fertig. IMI rückt allem Schmutz und Fett energisch zu Leibe. Messer, Gabeln und Löffel, Teller und Schüsseln, Töpfe und Pfannen, kurz alles Geschirr säubert IMI im Augenblick.

Auch beim Putzen von Steinfliesen, Wandsockeln, Badewannen und Spülbecken bewährt sich IMI vortrefflich.

IMI spart Ihnen soviel Mühe und Arbeit, daß es rückständig wäre, es nicht zu benutzen. Es kostet doch nur 25 Pfennige und ist außerordentlich ergiebig.

IMI

Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Persilwerken

Gutmann zum Tode verurteilt

Ein Nachwort zum Prenzlauer Gattenmordprozeß

Im Prenzlauer Gattenmordprozeß wurde der Zahnarzt Gutmann aus Schwedt a. O. wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Außerdem erhielt der Angeklagte wegen Urkundenfälschung 6 Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt zu betrachten sind.

Die Akten über das Drama des Prenzlauer Zahnarztes sind geschlossen. Noch einmal prallten am Montag, dem letzten Tag der aufregenden und der anstrengenden Verhandlung, die Meinungen aufeinander. Der Oberstaatsanwalt hielt den Angeklagten des vorsätzlichen Mordes für überführt und beantragte gegen ihn die Todesstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Frey, glaubte eine Affekthandlung, also Totschlag, beweisen zu können. Dann fällten die Richter ihren Spruch. Nach bestem Wissen und Gewissen. Der Spruch der Richter ruft nach dem Henker. Ist die Wahrheit ermittelt? Wir wissen es nicht.

Wer war dieser Zahnarzt Dr. Fritz Gutmann, der in Prenzlau unter der schweren Anklage gestanden hat, seine zweite Frau vorsätzlich ums Leben gebracht zu haben? War das ein hart gesottener Verbrecher, kühl, überlegt, raffiniert und erfinderisch, war das eins von jenen brutalen und nervenstarken Individuen, die ihre Mitmenschen wie leblose Schachfiguren in das Spiel ihrer frevelhaften Pläne und Neigungen einzusetzen pflegen, war das einer von jenen Schauspielern der Kriminalität, die die Maske des Menschlichen so erschütternd echt zu tragen verstehen, bis sie eines Tages zum Entsetzen einer ganzen Welt von ihnen fällt?

Nein, so zeigte sich Gutmann in Prenzlau nicht. Ein willenloser, sichtlich degenerierter Schwächling, der in weinerlich verbissener Sentimentalität mit seinem Unglück und seinem Schicksal spielt, ein naiver Egoist, ebenso ziellos wie unberechenbar, der immer die Schuld bei den anderen sucht, die ihn kopfschüttelnd gewähren lassen. Sicherlich ist das kein vornehmer, großzügiger Charakter, sondern eine kleine ärmliche Seele, die die schweren Schatten des eigenen Lebenswandels nicht sieht und selbst nicht davor zurückschreckt, das Opfer seiner Wut und Hysterie schwarz in schwarz zu malen. Und Gutmann macht nicht nur sein Opfer schlecht, Gutmann macht alle schlecht. Aber diese abstoßende Manier des angeklagten Zahnarztes, alles anzuzweifeln, was nicht in seiner psychopathischen Linie lag, ist letzten Endes die Notwehr des Schwachen, Hilflosen, der vom Leben Zermürbten, der die eigenen Minderwertigkeitsgefühle durch übersteigerte Kritik an der Umwelt zu beheben versucht. Dieser Mann litt an einer Art Verfolgungswahn. Alle anderen standen ihm für sein Gefühl fremd, ablehnend, ja sogar feindlich gegenüber. Der Vater, dieser vollkommendste Gegensatz zu der blutleeren grübelnden Schwäche des Nachfahren, der es bei aller Derbheit überaus gut mit ihm gemeint hat, die Geschwister, die Frauen, die Freunde . . . „Niemand verstand mich . . ." Das mag subjektiv gesehen durchaus ehrlich empfunden gewesen sein, aber es war objektiv gewertet eine lächerliche Verzerrung der Situation.

Aber das Drama des Dr. Gutmann und seiner zweiten Frau ist auch ein Drama des entwurzelten Bürgersohns, dem nach menschlichem Ermessen alle Wege geebnet schienen und der trotzdem, oder vielleicht gerade deswegen, so jämmerlich gestrauchelt ist. Aus dem vermögenden, auf Tradition und gesicherte Existenz stolzen Bürgerhaus zog Fritz Gutmann, der älteste Sohn, als Student ins Leben hinaus. Er machte Schulden, er lebte flott, er brauchte nicht zu sparen, der vermögende Vater bezahlte alles. Dieses Gefühl der Sorglosigkeit, diese unbedingte Gewißheit, an dem zwar barschen, aber gütigen Vater auf jeden Fall den rettenden Rückhalt zu haben, war für den unsicheren, weichen, innerlich widerstandslosen Menschen eine furchtbare Gefahr. Alles, was noch Aufbaumöglichkeit verhieß, wurde durch diesen Rettungsanker, der ihn in Wahrheit in den Abgrund zog, zerstört. Erst kamen kleinere Unredlichkeiten, dann kam das „Abschieben des Taugenichts" nach Amerika, das ihn gänzlich isolierte. Als er zurückkam, war er ein Wrack, unfähig, sich sein Leben aufzubauen, unfähig zu wirtschaften, unfähig ein selbständiges Leben zu führen. Immer mußte jemand da sein, der ihn stützen konnte. Diese Stütze war in der ersten Ehe seine Frau, die wohlhabend war und für immer neue Gelder sorgte. Die Frau starb und Gutmann ging seine zweite Ehe ein, die zum Verhängnis wurde. Mit der Not und den Schulden kam die Verbitterung, mit dem schleichenden Elend der Haß, mit dem Haß die fürchterliche Tat. Als er sie erwürgte, ein notorischer Schwächling, der sich aus Schwäche zur Bluttat aufrafft, war diese mörderische Handlung vielleicht ein Ventil für die tausenderlei Hemmungen, für die tausenderlei Stockungen dieses schon längst zerstörten Lebens. Auch der Spruch des Prenzlauer Gerichts kann das Dunkel, das diesen Mann und seine Tat umgibt, nicht erhellen. War es ein Mord aus Ueberlegung, war es eine Tat im Affekt? Wir wissen selbst heute noch nicht, trotz des Urteilsspruchs der Prenzlauer Richter, die das Schwerere, das Schlimmere annahmen. Das Für und Wider ist zu mannigfach und zu verworren. Aber eins scheint fast sicher: diese Tat ist der zwangsläufige Abschluß eines Lebens, das keine Tat kannte, sondern nur das ziellose, verhängnisvolle Sich-treiben-lassen.

Gutmann legt Revision ein

Berlin, 24. Juni. (Drahtmeldung.) Der Verteidiger des wegen Gattenmordes verurteilten Zahnarztes Dr. Gutmann hat gegen das Urteil Revision eingelegt, mit der Begründung, daß das Gericht die Person des Angeklagten nicht richtig beurteilt habe

In vier Stunden

töten wir einen Menschen

In Württemberg ist seit langer Zeit mal wieder in Deutschland ein Todesurteil vollstreckt worden. Der Vatermörder von Ravensburg, der zum Tode verurteilte Julius Zeele, ist in Ravensburg trotz Protesten aus allen Teilen des Reiches und aus allen Bevölkerungskreisen vom Leben zum Tode befördert worden.

Es ist jetzt weit nach Mitternacht. Man sollte längst schlafen. Aber kann einer von uns schlafen, wenn er gerade erfahren hat, daß morgen früh um sechs Uhr ein Mensch hingerichtet wird?

Oefter ist von Hinrichtungen zu lesen. Aber es kommt uns dann nichts zum Bewußtsein. Meistens geschehen diese Hinrichtungen im Balkan, in Rußland, China, Indien, Afrika und Südamerika. Für uns liegen diese Länder so unerreichbar fern, daß alles, was dort geschieht, für unser europäisches Gewissen unabänderlich ist. Die Hinrichtungen in China geschehen jenseits unserer Verantwortung — so fühlen wir immer noch. Aber diese Hinrichtung geschieht bei uns, in Europa, in Deutschland, ein paar Stunden von uns, sozusagen im eigenen Hause. Da springt einem auch aus der kleinen Zeitungsnotiz die volle Erkenntnis an. Diesmal weiß man, was geschieht.

Viele Menschen sterben. Sie sterben oft unerhört grausam. Aber bei keinem Tod geht eine solch ungeheure Brutalität zu Werke, wie bei einer Hinrichtung. Hier tötet nicht einer, hier tötet die Gesellschaft, hier töten Gesetzesmacher, Juristen, Bürokraten, hier töten wir alle. Wir töten mit Berechnung. Punkt sechs Uhr muß einer sterben. Es gibt nichts anderes für ihn. Wenn er jetzt noch denkt: plötzlich stoßen die Gedanken gegen eine Mauer. Wenn er jetzt noch fühlt: plötzlich wird sein Herz gewürgt. Er darf nur bis sechs Uhr denken, bis sechs Uhr noch fühlen. Er mag nun irrsinnig werden oder in tiefste Dumpfheit verfallen, — er mag nun in den schlimmsten Stunden jede Erkenntnis erhalten —, er mag geläutert, sein einmal, bei der Untat wenigstens, zerrüttetes Herz mag nun zum ersten Mal geordnet sein: es hilft ihm nichts mehr. Er sitzt in einer Zelle, in Eisen und Mauern, rings sind noch mal Mauern und hinter den Mauern liegt alles das, was nach 6 Uhr noch kommt. Das ist die Freiheit. Wir sitzen in der Freiheit, auch die Richter, die Männer, die mächtigen Männer sitzen in der Freiheit, im vollen Leben, unter der Sonne. Sie haben die Macht, den Mann zu begnadigen. Aber keiner spricht ein Wort. Er muß sterben. In vier Stunden fesseln sie einen bleichen, unsäglich gequälten Mann, schleppen ihn im Namen des Volkes unters Beil. Er mag schreien, erstarren — nichts nützt ihm.

„Keine Instanz hat mir eine Begnadigung vorgeschlagen," so etwa sagt die maßgebende Instanz. Weil die Instanzen das vergessen, weil sie nicht Herz genug hatten, weil sie zu kühl waren, weil unter den Instanzen in der Reihe der Richter und Geschworenen zufällig sich kein warmer Eifer für eine Begnadigung regte, deshalb setzt sich der Verantwo[illegible]e in den Sessel und läßt alles geschehen. Gestern hat ein Gremium, das Einfluß hätte haben sollen, um Aufschub der Vollstreckung. „Ja, wir haben die Idee gehabt, kein Todesurteil mehr zu vollziehen. Aber das war doch nur eine Anregung." So ungefähr wurde ihm geantwortet.

Man braucht nicht wissen, was der Verurteilte verbrochen hat. Er kann ein Vatermörder, ein Massenmörder seine, eine Bestie — aber er ist doch ein Mensch.

Jeder darf an die Dinge seines zukünftigen Lebens denken. Aber einer weiß: ich muß in vier Stunden sterben! Dann, wenn der Tag hell ist, in der Morgensonne werden sich einige Männer mit Grauen, aber in „Pflichterfüllung" daranmachen, einen Mann zu töten. Danach werden sie sich beruhigen, als wenn nichts geschehen wäre. Wir alle werden uns beruhigen, als sei nichts geschehen!

K. Z.

Von Ost nach West

Die „Southern Croß" gestartet

Dublin, 24. Juni. (Drahtmeldung.) Das Flugzeug „Southern Croß" ist um 4,30 Uhr früh von dem Flugplatz Portmarnock bei Dublin zum Fluge nach Neuyork gestartet.

Hauptmann Kingsford Smith hat nach einer Funkmeldung um 5,15 Uhr früh die Westküste von Irland überflogen. Das Flugzeug führt genügend Brennstoff für 38 Stunden mit. Man hofft, daß es Kap Race in 23 Stunden erreichen wird.

Ein „wässriges" Panzerauto

In den Dienst der Berliner Polizei ist dieser Tage ein Panzerauto gestellt worden, das mit einer großen Wasserspeianlage ausgebaut ist. Aus dem in den Panzerturm eingebauten nach allen Seiten beweglichen Stahlrohr können Wasserstöße und „Dauerwasser" bis zu 50 Meter Länge abgegeben werden, wie es auch möglich ist, aus zahlreichen anderen Oeffnungen Wasser auszusprengen.

Der Transozeanflug der „Southern Croß"

Neuyork, 24. Juni. (Drahtmeldung.) Heute sind mehrere Funksprüche von der „Southern Croß" aufgefangen worden, aus denen hervorgeht, daß an Bord alles in Ordnung ist. Das Flugzeug hat auf seinem Fluge zahlreiche Schiffe gesichtet. Es fliegt mit einer Stundengeschwindigkeit von rund 140 Kilometern gegen den Wind. Der letzte Funkspruch war um 8 Uhr morgens MEZ. aufgegeben worden.

Vom scheuenden Pferd ertränkt

Orsoy, 23. Juni. **Ein noch jugendlicher Reiter ritt morgens durch die Straßen zur Stadt, um das Pferd auf die Weide eines Metzgermeisters zu bringen. Plötzlich scheute das Pferd und in schnellem Ritt ging es rückwärts in den Rhein. Der Reiter verschwand in den Fluten, während sich das Pferd schwimmend retten konnte. Die Leiche des Reiters konnte noch nicht geborgen werden. Auch konnte der Name des Mannes noch nicht ermittelt werden.**

GESETZ das tötet

Roman von Frank Arnau

20) (Fortsetzung.)

Albert Dominique reichte ihr die Hand:

„Sonntag um zwei wird der Wagen zu Ihrer Verfügung stehen. Ich werde es als großen Vorzug betrachten, wenn ich selbst mitfahren darf." — Er sprach sogleich weiter, bevor nach seinen letzten Worten eine Antwort möglich war: „Und nun danke ich Ihnen und Ihrer Frau Mutter für diese schönen Minuten."

Nach dem Weggang des Kommerzienrats wurde zwischen den beiden Frauen nur wenig gesprochen. Eine gewisse Unruhe breitete sich aus; Juscha ging sehr bald zur Ruhe; das Lesen wurde ihr zu beschwerlich.

Zwiespalt kam auf; gesunde Mädchereitelkeit und aufkeimendes weibliches Empfinden klangen gegeneinander. Die erste zufällige Begegnung am Gartentor, der Spaziergang am Spreekanal, die bekenntnishaften Worte des Mannes tönten in ihr nach. Jetzt, da er selbst gekommen war, da für sie zum erstenmal deutlich die Absicht erkennbar wurde, sich ihr zu nähern, fühlte sie den Gedankenkreis der Wünsche nahen. Einen Augenblick stellte sie sich selbst die klare Frage nach seinem Wollen. — Ob er sie liebte? —

Ihre Erregtheit wich nur langsam den Verwirrungen, die den einsetzenden Halbschlaf umgaben. Sie hörte noch undeutlich das Hantieren ihrer Mutter.

Albert Dominique stieg die Treppe hinunter, mit großer Vorsicht, eigentlich ohne nähere Ursache besorgt.

Als er in den Korridor einbog, war es ihm einen Augenblick, als hätte er im Souterrain Schritte gehört. Er horchte auf, aber es war nichts weiter zu hören.

Sophie huschte schnell durch die Küchentür:

„Eben ist er heruntergekommen!"

Die Köchin stemmte beide Arme in die Hüften:

„Na — mir soll det recht sein! Ich hab mir ja neulich schon meine Gedanken gemacht, wie er die alberne Gans zur Treppe begleitet hat. Jetzt, wo der Olle bei ihr oben war, wird sie die Nase noch höher tragen als bisher!"

„Ich möcht nur wissen, was er an der Person gefressen hat!" — empörte sich Sophie. — „Schön is sie wahrhaftig nicht!"

„'ne nette Olle, die ihre Tochter noch begünstigt, wo doch der Kommerzienrat ein verheirateter Mann ist. Aba — det is alles von wejen Jeld! So sin die Leute!"

Sophie neigte sich vor zur Köchin:

„Wenn die Gnädige zurück ist, dann werde ich es ihr stecken. Und dann fliegt die ganze Bagage raus!"

Albert Dominique setzte sich in seinem Schlafzimmer auf die Kaoch. Eine schwere, depressile Unruhe vermischte sich mit aufflackerndem Gefühl; etwas Erstmaliges kam an ihn, den in den Dingen des Geschäfts und praktischen Lebens Unnahbaren, so beängstigend heran, daß jeder Versuch, sich Klarheit zu verschaffen, an diesem Zwischenspiel von Wunderbarem und Unbestimmbarem scheiterte.

Für Augenblicke hatte er die beängstigende Vorstellung, daß dieser ganze Abend unwirklich sei, daß seine Gedanken an Juschc die unbarmherzige Auflehnung repräsentierten, mit welcher die Natur ihr Veto einlegte: von dem alternden Mann fordernd, was der Jüngling ihr an Tribut des Gefühls versagt hatte.

Albert Dominique entschloß sich erst sehr spät, zur Ruhe zu gehen. Schlaflosigkeit befürchtend, nahm er aus dem reichen Arsenal ruhebringender Medikamente zwei besonders bewährte Tabletten.

Traumlos ging es in den Morgen.

Neuntes Kapitel.

Am Sonntag nachmittag, genau um zwei Uhr, schellte Albert Dominique an der Mansardenwohnung. Unten an der Anfahrt stand der Wagen. Am Steuer saß der neue Chauffeur; ein älterer Mann, sehr ruhig und höflich; nach seinen Ausweispapieren hieß er Wilhelm Maurer und war gebürtig aus Aschaffenburg in Unterfranken.

Juscha öffnete, und ihre Frage: — „Sie haben also wirklich Wort gehalten, Herr Kommerzienrat — eigentlich hätte ich das nicht gedacht!" — wurde durch die Tatsache Lügen gestraft, daß sie bereits abfahrtbereit angezogen war.

Frau Lehner war zu einer Mitfahrt nicht zu bewegen. Besorgnisse, häufige Autounfälle betreffend, wurden hinsichtlich Juschas durch zahlreiche Ratschläge ergänzt: Vorsicht und reichlich warme Kleidung schienen das Wesentlichste auszumachen.

Albert Dominique wandte sich an Frau Lehner:

„Sie haben doch nichts dagegen, Frau Rechnungsrat, daß Ihr Fräulein Tochter — mit mir den kleinen Ausflug unternimmt?"

Ein merkwürdiger, lang andauernder und dann unstet abwandernder Blick traf ihn: „Als ich jung war, wäre ein solcher Ausflug eines jungen Mädchens mit einem — doch eigentlich fremden Herrn nicht schicklich gewesen. Aber die Zeiten haben sich ja grundlegend geändert." Sie reichte ihm die Hand: „Hoffentlich passiert nichts! Lassen Sie den Wagenführer ja nicht zu schnell fahren!"

Juscha lächelte:

„Mutter ist sehr ängstlich."

Albert Dominique verabschiedete sich von der Mutter: „Ist Ihr Fräulein Tochter auch so ängstlich?" Juscha kam mit der Antwort zuvor:

„Wovor sollte ich Angst haben?"

Als sie mit Albert Dominique den Wagen bestieg, verfolgten sie die Blicke des Stubenmädchens, der Zofe und der Köchin mit an den Fensterscheiben plattgedrückten Nasen. — —

Sie wußte nicht, wohin die Fahrt ging; sie fragte auch nicht danach. Sie erlebte dieses große Wunder der unerhörten Fahreigenschaften eines ganz großen und teuren Wagens. Samtweich gefedert, ohne die Unebenheiten der Straße auf die Sitze zu übertragen, glitt das mächtige Fahrzeug geräuschlos wie ein Schatten, im Abbremsen wie im Anziehen wundervoll gedämpft, über die Straßen.

Sie saß wortlos neben dem Mann an ihrer Seite, der selbst in diesen ersten Minuten nichts zu sagen vermochte. Der Tiergarten war längst hinter ihnen, es ging die breite Kantstraße nach der Avus zu, und hier entfaltete die Maschine alle Kräfte ihres eigenen Wesens. Der Wagen raste, von Zauberhänden gezogen, erschütterungsfrei, mit scheinbar unerschöpflicher Kraft die Rennstrecke dahin, riesenhafte Reklamen, Säulen, Bäume des Grunewalds, Vorortzüge zur Linken, rasten in atemlosem Tempo vorbei, Wannsee kam, ein Stück altes Potsdam, dann rechts ab, Straßen, Chausseen, Landstraßen schienen wie dünne Streifen hinter dem Wagen ineinander zu gleiten — Wälder tauchten auf und entglitten — — — und alles, was Albert Dominique und Juscha Lehner sich zu sagen hatten, klang aus in Tiefe und Stille, Freude des Mädchens und in das wohltuende Empfinden des Mannes, die Freude geben zu können.

In Brandenburg an der Havel wurde Kaffee getrunken. Der Tag war warm, die Sonne schien; nur wenige Leute waren auf der Terrasse.

(Fortsetzung folgt.)

Krise!

Vertagung der Kabinettssitzung

Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Allgemein war heute abend erwartet worden, daß das Reichskabinett in seiner Nachtsitzung, die sich bis gegen 1 Uhr erstreckte, zu Beschlüssen kommen würde, durch die die politische Lage nach der einen oder anderen Seite geklärt würde. Das Kabinett ist aber noch nicht über die allgemeine Aussprache hinweggekommen, die das Ziel hat, ein Kompromiß zwischen dem Programm von Minister Dietrich und den Forderungen der Deutschen Volkspartei herbeizuführen. So viel steht jetzt jedenfalls fest, daß zu den Vorschlägen, die der Reichskanzler dem Reichspräsidenten unterbreiten will, auch die Ernennung Dietrichs zum Reichsfinanzminister gehören wird.

Treviranus Wirtschaftsminister?

Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtber.) In der „Vossischen Zeitung" heißt es: Parlamentarier, die in direkter Fühlung mit dem Reichskanzler stehen, haben gestern versichert, daß der Kanzler entschlossen sei, sich durch die Deutsche Volkspartei nicht in eine Regierungskrise hineintreiben zu lassen. Sollte die Deutsche Volkspartei Dr. Curtius veranlassen, zurückzutreten, so würde die Regierung den Rücktritt hinnehmen. Das Reichswirtschaftsministerium würde dann mit Treviranus besetzt werden, der am 1. Oktober ohnehin sein Portefeuille verliert.

Bündnisangebot Hitlers

für Sachsen

München, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Im „Völkischen Beobachter" macht Hitler den bürgerlichen Parteien in Sachsen ein Bündnisangebot, um gemeinsam gegen den Marxismus zu regieren. In den aufgestellten Richtlinien für eine Zusammenarbeit gegen die Sozialdemokratie sind folgende Forderungen enthalten:

„Finanzielle Sanierung durch eiserne Sparsamkeit in der Verwaltung, schärfste Einschränkung aller Spitzengehälter, Abwehr der Ueberflutung des Binnenmarktes mit fremden Produkten, Schutz der Länder vor den unhaltbaren Zerstörungsabsichten und Sicherung der Grundlagen einer christlich-deutschen Kultur.

Unter diesen Voraussetzungen würden sich, so erklärt Hitler weiter, die Nationalsozialisten nirgend der Forderung nach Verantwortung entziehen. Wenn die bürgerlichen Parteien die Freundschaft mit den Nationalsozialisten dagegen ausschlagen sollten, dann werden wir ihnen beweisen, daß ihr vergängliches Regiment von noch kürzerer Herrlichkeit sein wird, als das letzte."

Außer dieser Drohung ist der wiederholte Hinweis bemerkenswert, daß **der Kampf der Nationalsozialistischen Partei um die politische Macht zwar mit allen legalen Mitteln durchgeführt werden soll, daß aber auch alle anderen Möglichkeiten wahrgenommen werden müßten.**

Deutschnationale Bürgerblock-Bemühungen

Dresden, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die deutschnationale Fraktion des sächsischen Landtages und die Landvolkfraktion haben an die übrigen bürgerlichen Fraktionen des Landtages ein Schreiben gerichtet, in dem sie, ausgehend von der Tatsache, daß bei der letzten Landtagswahl das sächsische Volk den Willen nach einer marxistenfreien Regierung wieder klar bekundet habe, zu Sonnabend zu einer Besprechung über die Regierungsbildung einladen.

Der Ueberfall in Berlin-N.

Die verhafteten Kommunisten dem Richter vorgeführt

Berlin, 24. Juni. (Drahtmeldung.) Der kommunistische Ueberfall am 17. Juni auf einen Omnibus in Reinickendorf ist durch die Festnahme von acht beteiligten Personen im wesentlichen aufgeklärt. Bekanntlich ging dem Ueberfall eine Versammlung der NSDAP. in einem Lokal in Reinickendorf voraus, bei der es zu schweren Zusammenstößen mit Kommunisten kam. Nach Beendigung der Versammlung wurde ein kleiner Trupp von NSDAP.-Leuten, als sie einen Omnibus bestiegen hatten, von verfolgenden Kommunisten angegriffen, wobei auch Schüsse fielen. Der besetzte Omnibus wurde von mehreren Kugeln getroffen und drei Personen, darunter eine unbeteiligte, wurden schwer verletzt. Die festgenommenen Kommunisten sind heute dem Richter zugeführt worden.

Streikunruhen in Sevilla

Immer noch Revolverschüsse – Ueber 100 Verhaftungen

Paris, 24. Juni. (Drahtmeldung.) Nach hier vorliegenden Meldungen aus Sevilla nimmt der dort proklamierte Generalstreik einen revolutionären Charakter an. Autos und Pferdedroschken, sowie die meisten Straßenbahnen verkehren nicht. Soweit sie es noch tun, werden sie von Zivilgardisten begleitet. Mehrere Straßenbahnführer, die von der Menge angegriffen wurden, wurden übel zugerichtet. Zwei Motorradfahrer fuhren in einer der Hauptstraßen mit großer Schnelligkeit an einer Polizeistreife vorbei und feuerten mehrere Revolverschüsse auf die Beamten ab. In den Vororten von Sevilla ist die Straßenkreuzung zum Teil zerstört worden. Die Zivilgardisten der ganzen Gegend sind in Sevilla zusammengezogen. Bisher sollen insgesamt über 100 Personen verhaftet worden sein. Der Bürgermeister von Sevilla erklärte, daß die Brotversorgung Dank der Unterstützung der umliegenden Dörfer gesichert sei. General Martinez Aido, der sich zur Zeit in Sevilla aufhält, hatte mit dem Militärgouverneur eine Besprechung über die Lage.

Mordprozeß Kürten nicht vor Ende des Jahres

Essen, 24. Juni. (Drahtmeldung.) Das Schuldkonto des Massenmörders Kürten hat einen solchen Umfang angenommen, daß die Hauptverhandlung nicht vor Ende dieses Jahres stattfinden kann. Nach dem bisherigen Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen werden Kürten nicht weniger als 80 Verbrechen, 11 Morde, 33 Mordversuche und 36 Brandstiftungen zur Last gelegt.

Löhne und Preise

Erörterungen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat

Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitnehmer und Arbeitgeber über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit werden nach einer am Dienstag getroffenen Vereinbarung in den Reichswirtschaftsrat verlegt. Ein weiteres Verhandeln in der bisherigen Form hielten die Vertreter des ADGB. für unzweckmäßig. Die Gründe dafür bringen sie in folgender Erklärung zum Ausdruck:

Die Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden des Unternehmertums und den Gewerkschaften sind ausgegangen von dem Gedanken, für die Erwerbslosen in Gestalt einer besonderen Zuwendung an die Arbeitslosenversicherung Hilfe zu bringen. Diesen Gedanken haben wir lebhaft begrüßt. Ferner sollte in gemeinsamer Aussprache geprüft werden, welche Ursachen der Arbeitslosigkeit zugrunde liegen und es sollte versucht werden, Wege zu finden, die aus der Wirtschaftskrise herausführen. Die Senkung der Selbstkosten der Produktion sollten im Vordergrund der Beratungen stehen. Des weiteren sollte die Senkung der Ausgaben der Haushalte von Reich und Ländern und damit die Möglichkeit der Senkung der allgemeinen Steuerlasten besprochen werden. Wir erklärten uns bereit, an der Senkung der Selbstkosten der Produktion mitzuarbeiten, unter der Voraussetzung, daß die Preise gesenkt, die überhohen Gewinnspannen im Handel vermindert und die Kaufkraft des arbeitenden Volkes nicht geschmälert, sondern in der Folge erhöht wird. Der ursprüngliche Plan wurde jedoch illusorisch gemacht durch die Entscheidung der Konferenz des Unternehmertums vom 3. Juni, die zu einer neuen Formulierung der Unternehmer führte. Diese neu formulierte Erklärung bedeutet eine Verschiebung der Verhandlungsbasis und wurde dadurch für die Gewerkschaftsvertreter unannehmbar. Aber auch eine von den Gewerkschaften als gemeinsame Erklärung vorgeschlagene neue Formulierung wurde von den Unternehmervertretern als unannehmbar bezeichnet. Einer gemeinsamen Erklärung war dadurch der Boden entzogen.

Ein Versuch der Weiterverhandlung über einzelne Fragen wäre vielleicht nicht ohne Erfolg gewesen, wenn nicht Ereignisse eingetreten wären, die von der Oeffentlichkeit in Zusammenhang mit diesen Verhandlungen gebracht und als deren Ergebnisse gewertet wurden. Als erstes die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches von Oeynhausen, der den Lohnabbau zur Voraussetzung des Preisabbaues in der Schwereisenindustrie machte. Ferner die Anträge der politischen Vertretung des Unternehmertums im Reichstage, der Deutschen Volkspartei, die auf einen Lohnabbau hinzielen. In erster Linie muß es in höchstem Grade befremden, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Deutschen Reichsbahn, Herr von Siemens, ungeachtet der Verhandlungen der Spitzenverbände, sich in einem Schreiben an die Reichsregierung gewandt hat, in dem unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn unzweideutig ein Lohn- und Gehaltsabbau gefordert wird, um Tariferhöhungen zu vermeiden. Wenn einflußreiche Unternehmervertreter für ein öffentliches Unternehmen im Augenblick der Verhandlungen der Spitzen solche Vorschläge machen, so sind damit die Aussichten auf erfolgreiche Weiterverhandlungen unmöglich.

Die Kundgebungen der nordwestlichen Gruppe deuten gleichfalls darauf hin, daß mit einer dem Wohl von Volk und Wirtschaft dienenden Fortsetzung der Verhandlungen nicht gerechnet werden kann. Dazu kommt noch die Nachricht, daß die Firma Krupp in Essen trotz des Oeynhausener Schiedsspruches den Antrag auf Entlassung von 7 Prozent ihrer Belegschaft stellt, also trotz Lohn- und Preisabbau die Arbeitslosen noch erheblich vermehren will. Zudem haben die Mitteilungen der Presse, die den Zweck der gemeinsamen Verhandlungen häufig völlig entstellen, eine Atmosphäre geschaffen, die statt Vertrauen in der breiten Oeffentlichkeit Mißtrauen hervorriefen. Wir halten es daher nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen fortzusetzen, weil die psychologischen Voraussetzungen, eine gemeinsame Aktion zum Wohl der deutschen Wirtschaft durchzuführen, nicht mehr gegeben sind."

Die Vertreter der Arbeitgeber konnten sich dem Eindruck der Schwierigkeiten, die den Weiterverhandlungen entgegenstehen, nicht entziehen, waren aber der Meinung, daß es zweckmäßig sei, an anderer Stelle die Frage der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit weiter zu besprechen. Man einigte sich schließlich auf folgenden Weg:

„Die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind bei Fortsetzung ihrer Verhandlungen über die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu dem Ergebnis gelangt, daß es notwendig sei, diese Frage im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in dem sämtliche Wirtschaftszweige vertreten sind, zu erörtern, und die dazu erforderlichen Schritte eingeleitet werden."

Daß einer Fortsetzung der Besprechungen im Reichswirtschaftsrat nicht dieselbe Bedeutung zukommt, wie den direkten Verhandlungen, liegt auf der Hand. Wer die direkten Verständigungsmöglichkeiten zerschlagen hat, ist ebenfalls klar: die Ungeschicklichkeit der Regierung Brüning. Mit Herausforderungen der Unternehmergruppen, die die Lohnabbaudiktate nur durch die Verhandlungen maskieren wollten, und mit Zweideutigkeiten löst man die große Frage nicht.

Die Landwirtschaftsdebatte

im Reichstag

Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Reichstag setzte am Dienstag die zweite Beratung des Haushaltes des Reichernährungsministeriums fort.

Die Aussprache verlief in sehr ruhigen Bahnen. Bemerkenswert ist, daß fast alle Redner mehr und mehr die von der Sozialdemokratie schon seit Jahren vertretene Ansicht vortrugen, daß zollpolitische Maßnahmen nicht mehr viel nützen. Auch der Wirtschaftsparteiler Freybe gab zu, daß die letzten Maßnahmen auf zollpolitischem Gebiet keine positiven Ergebnisse gehabt haben. Die Sozialdemokratie hat seinerzeit gegen die Zollerhöhungen gestimmt, sie hat also nach dem Urteil der bürgerlichen Parteien zollpolitisch recht behalten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Mache erklärte die Zustimmung seiner Partei zu den Stützungsaktionen für die Landwirtschaft. Er wandte sich aber gegen einseitige Berücksichtigung des Großgrundbesitzes. Die Not des Ostens sei die Not der kleinen Bauern und des Handwerks. Besonders eindringlich sprach der Redner über die Notstände in der schlesischen Hauptstadt Breslau, wo von 618 000 Einwohnern nicht weniger als 203 000 von öffentlicher Unterstützung leben, allein 17 000 Erwerbslose ausgesteuert sind und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß dennoch die Landwirtschaft polnische Arbeiter beschäftige.

Der volksparteiliche Abgeordnete Freiherr v. Rheinbaben trat den Meinungen entgegen, daß bisher nichts für den Osten geschehen sei. Immerhin müsse die gesamte deutsche und preußische Politik mehr als bisher auf den Osten eingestellt werden. Es handele sich keineswegs nur um die Großgrundbesitzer.

Für die Demokraten sprach Abg. Rönneburg. Er bezeichnete die Gesamtlage in Ostpreußen als überaus ernst, warnte aber vor allzu großem Pessimismus. Auch Rönneburg forderte, daß man nicht bei Subventionen bleibe, sondern daß die Hilfsaktion verbunden werde mit einem produktionsfördernden Programm. Die Umstellung der ostdeutschen Landwirtschaft sei notwendig. Besonderen Eindruck machten die Mitteilungen Rönneburgs, daß bei der Verteilung der Reichsgelder im Osten eine starke Verschiebung zu Gunsten des Großgrundbesitzes herrsche.

Eine sehr lebhafte Rede gegen die Regierung Brüning und gegen den Reichsernährungsminister Schiele hielt der deutschnationale Abgeordnete Graf zu Eulenburg. Er warf dem Minister vor, daß es ihm nicht gelungen sei, die Preise für Roggen, Kartoffeln, Schweine und Milch zu erhöhen. Eulenburg übergoß den agrarischen Reichsernährungsminister mit Hohn. **Die Regierung Brüning erhielt das denkbar schlechteste Zeugnis.** Offensichtlich erbitterte den Reichsernährungsminister Schiele diese Undankbarkeit von dem Redner eines Standes, für den gerade Schiele, der Landbundführer ist, reichlich viel getan hat. Er verlangte von Eulenburg, daß dieser sich nicht in allgemeinen Redensarten über die Notwendigkeit von beschleunigten Maßnahmen ergehe. Die Herren deutschnationalen Parlamentarier sollten ihm sagen, welche Maßnahmen er noch in Angriff nehmen solle. Die Frage war aber ins Leere gerichtet, denn der edle Graf hatte nach seiner Rede sofort den Saal verlassen.

Der Reichsernährungsminister bekannte sich zu der Meinung, daß mit Zollsätzen die landwirtschaftliche Krise nicht zu beheben ist.

Dann polemisierte er gegen die Sozialdemokratie, weil diese beantragt hat, 6 Millionen Mark zu streichen, die im Haushalt als Stützungsaktion für die Vieh- und Fleischmärkte angefordert werden.

Die Beratungen wurden unterbrochen.

Es folgten hunderte von Abstimmungen über mehrere Reichshaushalte. Zunächst über den Reichshaushalt des Innern. Es wurde eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, dem Reichstag einen Gesetzentwurf über eine umfassende Reichsreform vorzulegen.

Eine Entschließung für Gleichberechtigung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung wurde abgelehnt, weil die Deutsche Volkspartei entgegen ihrer Haltung im Ausschuß gegen die Entschließung stimmte.

Angenommen wurde eine Entschließung, die Maßnahmen fordert gegen die Verächtlichmachung der Weltanschauungen.

Der Zentrumsabgeordnete Schreiber beantragte außer dieser Entschließung einen Antrag anzunehmen, der Maßnahmen gegen die Verächtlichmachung des Religiösen forderte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Sollmann erklärte dazu, die Sozialdemokratie sei für den Schutz aller Weltanschauungen, selbstverständlich auch der religiösen. Nach den soeben angenommenen Entschließungen sollten alle Weltanschauungen geschützt werden. Die Entschließung Schreibers sei deshalb überflüssig und rein demonstrativ. Die Sozialdemokratie würde dagegen stimmen.

Angenommen wurde eine Entschließung, die Vorkehrungen gegen den sogenannten Kulturbolschewismus forderte, der auf die Zersetzung und Zerstörung von Religion, Sitte, Ordnung, Autorität und Staat abziele, und zwar sollen alle entsprechenden Bestrebungen auf dem Gebiet der Schule, des Rundfunks, des Films, des Theaters, der Musik getroffen werden. Für diese Entschließung stimmten alle bürgerlichen Parteien.

Weitere Entschließungen verlangten die Vorlage eines Beamtengesetzes, Förderung der Trinkerheilstätten und Untersuchung des Lübecker Säuglingssterbens und Durchführung kultureller Forderungen.

Schließlich wurde noch die Ausschußvorlage auf Amnestierung der Fememörder in zweiter Beratung mit 231 Stimmen der Regierungsparteien, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten gegen 182 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung setzte sich der sozialdemokratische Abgeordnete Bergmann für die weitere Zulassung von Auslandsgefrierfleisch ein. Er stellte bei dieser Gelegenheit u. a. fest, daß deutscher Schinken in Paris um 22½ Pfennig billiger ist als in Deutschland. Dann legte die sozialdemokratische Abgeordnete Mathilde Wurm noch eingehend dar, daß die Sozialdemokratie immer bereit gewesen ist, für die Landwirtschaft einzutreten.

Weiterberatung am Mittwoch.

Waschstoffe · Seidenstoffe

während der Serien-Tage noch billiger!

Ein Posten
Toile
Kunstseide, für das praktische Sommerkleid, in schönen bunten Streifen . . . . . Meter **95 ₰**

120 cm breit
Wollmusselin
neuartige Tweedmusterung in schöner Farbenwirkung, **enorm billig** . . . . . Meter **1.95**

Besondere Kaufgelegenheit!
Bemberg-Adler-Crêpe
die bewährte Qualität, in den neuesten Farbtönen . . . . . Meter **1.45**

Noch nie so billig!
Trachtenstoff
80 cm breit, Indanthren, für das praktische Haus- u. Gartenkleid **2** Meter **95 ₰**

Sport-Zephir
in schönen Dessins **2** Meter **95 ₰**

Ganz besond. Gelegenheit!
Baumwoll-Mousselin
in aparten Dessins **2** Meter **95 ₰**

Voile
ca. 80 cm breit, in nur aparten Dessins, Meter **95 ₰**

Trikoline
80 cm breit, in ganz modernen Dessins, für Sportkleider Meter **1.95**

Außergewöhnlich billig!

Tweed reine Wolle mit Kunstseide, in der beliebten Punktmusterung, Meter **95 ₰**

Natté gute, reinwollene Qualität für das leichte Sommerkleid, in allen modernen Farben . . . Meter **1.65**

Mousseline Chiffon
reine Seide, die große Mode, aparte, großblumige Dessins, ca. 100 cm breit, Meter
4.95

Große Auslagen in allen Abteilungen

Alsberg
Gelsenkirchen Akt. Ges.

Sensationell billig!
Beiderwand
in den neuesten Streifen **2** Meter
95 ₰

Was geht in Rußland vor?

Vor einiger Zeit wurde der russische Botschaftsrat Bessedowsky von Beauftragten der Tscheka in Paris verhaftet. Man warf ihm Hochverrat vor. Bessedowsky konnte fliehen. Er hat seine Erinnerungen jetzt veröffentlicht in dem Buche

Im Dienste der Sowjets!

Aufsehenerregende Enthüllungen über Sowjet-Rußland, diesen raffinierten Machtapparat Stalins, bringt dieses Buch. Kein politisch Interessierter, keiner, der Klarheit haben will über das Rußland von heute, kann an diesem Buche vorübergehen. Diese

Enthüllungen eines Sowjet-Diplomaten

werden dazu beitragen, Klarheit über Rußland zu schaffen und der Wahrheit Bahn zu brechen. Der Preis dieses umfangreichen Leinenbandes beträgt **7.50** Mk. evtl. kann das Buch auch auf Buchkarte gegen Ratenzahlung von 1.— Mk. alle 14 Tage bezogen werden. Bestellungen richte man sofort an

Volksbuchhandlung, Gelsenkirchen, Ringstr. 33

Bestellschein.

Unterzeichneter bestellt hiermit das Buch „Bessedowsky, Im Dienste der Sowjets" zum Preise von **7.50** Mk. gegen bar — auf Ratenzahlung von 1.— Mk. alle 14 Tage. Zustellung und Kassierung soll durch Zeitungsboten erfolgen. (Nichtzutreffendes streichen).

Name ..... Beruf .....

Adresse ..... Org. .....

Schafwolle
Eintausch und Verarbeitung.
Stoffe — Garne
Strickwaren
G. A. Michel
Bahnhofstr. 12

---

3 gut erhalt. **Oefen,** darunter ein schöner **Gasofen,** ferner 2 große **Stehpulte, 1 Küchentisch, 1 Garderobenständer** billigst abzugeben. Gelsenkirchen, Bahnhofstraße 76 I

Westfälische Asphalt-Gesellschaft m. b. H.
Telefon 224 76 — Gelsenkirchen — Ringstraße 38

Wir liefern ein- und mehrfarbige Drucksachen nach modernen Entwürfen in kürzester Frist

BUCH DRUCKEREI VOLKS WILLE



Sommersprossen, Pickel und Gesichtsunreinheiten entfernen unästhetisch und verunstalten Ihr Gesicht. Durch Behandlung mit HERBA-SEIFE und HERBA-CREME erhalten Sie einen makellosen reinen Teint.

Achtung! Wohnungssuchende!

Abgeschlossene
2- und 3-Zimmerwohnungen
mit komplett eingerichtetem Badezimmer zu vermieten. Nähere Auskunft erhalten Sie in unserem Büro Buer, Gladbecker Straße 39.

Gemeinnütziger Bauverein A.-G., Essen
Zweigstelle Buer.

Em-Ge-Pistole
Kal. 320



waffenscheinfrei
Der beste Lebensretter — handlich, nie versagend
Hans Siem, Bahnhofstr. 18
Abteilung Waffen und Munition

Werktätige in Stadt und Land

Euer Versicherungsunternehmen, die
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft
ist die
größte Volksversicherungsgesellschaft in Deutschland

Günstige Versicherungsbedingungen! Hohe Gewinnanteile! Bei Unfalltod doppelte Versicherungssumme!

Arbeiter, Angestellte und Beamte
versichern sich und ihre Angehörigen nur bei dem eigenen Unternehmen, der

Volksfürsorge

Auskunft erteilen bezw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstelle Essen, Schillerstr. 1-5, Hansa-Haus, Zimmer 88-91 und der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5. An der Alster 58-59. G. Lachmann, Gelsenkirchen, Waltraudstr. 17 I und in Gladbeck-Zweckel: J. Sailer, Händelstr. 37.